



Jahrg. 3 Nr. 29 Juni '73

Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 50 Pf.

Gegendie Kommunisten-Jagd -Erklärung der Leitung des KB-

Folgende Erklärung gibt das Leitende Gremium (LG) des KB im Anschluß einer ausführlichen Diskussion innerhalb der „erweiterten Leitung“ ab zur Frage der derzeit laufenden antikommunistischen Kampagne der Bourgeoisie, die sogenannte „Konzertierter Aktion“ von Staatsapparat, bürgerlicher Presse und Gewerkschaftsführungen gegen kommunistische und sich so nennende Organisationen vorgetragen wird.

Diese antikommunistische Kampagne läuft wesentlich ab nach dem Muster der Zerschlagung der RKP (Rote Arbeiter-Fraktion, sog. „Bader-Meinhor-Gruppe“) sowie der Zerschlagung fortschrittlicher ausländischer Organisationen (vgl. Verbot und Zerschlagung der palästinensischen Organisationen GUPA und GUSP).

Die Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse sowie die jüngsten Maßnahmen des Staatsapparates (Verbot von Demonstrationen, Überfall und Durchsuchung vieler Privatwohnungen, Organisationsbüro und politischer Büchlein, Inhaftierung von Genossen, Einstellung politischer Prozesse gegen führende Genossen bestimmter Organisationen sowie Teilnehmer verbotener Demonstrationen usw., usw.) richten sich derzeit noch unmittelbar gegen die sogenannten „KPD“ und „KPD/ML“.

Hiermit wird der Schein erweckt, als ginge es der Bourgeoisie speziell um die Liquidierung dieser Organisation. Die Tücke dieses Manövers besteht in dem Versuch der Bourgeoisie, bei anderen linken Organisationen die Illusion zu erwecken, sich selbst durch fragwürdige Abgrenzungen aus dem Schußfeld der Illegalisierungskampagne entziehen zu können.

Das Vorgehen der Gewerkschaftsführer (hier vor allem die sog. „Antikommunismus-Beschlüsse“) indes zeigt, daß alle einflußreicheren kommunistischen und sich so nennenden Organisationen Ziel der Zerschlagungskampagne der Bourgeoisie sind. Ausdrücklich werden „KPD“, „KPD/ML“, Arbeiter-Basis-Gruppen, Kommunistische Bund sowie der schwäbische KABD in den Antikommunismus-Beschlüssen der IG-Metall und IG-Druck und Papier in einen Topf geworfen.

Dasselbe zeigt sich in den lokal und regional verbreiteten Antikommunistischen Hetzschriften und bekanntgegebenen „Ausführungsbestimmungen“ obiger „Antikommunismus-Beschlüsse“ durch einzelne Gewerkschaftsführungen. Hier wird der Katalog betroffener Organisationen noch um eine Reihe weiterer lokal oder betrieblich bedeutsamer Gruppen erweitert.

Außerdem wird durch diese Kampagne wieder deutlich, daß die KPD und ihr nahestehende Gruppen.

Um von Charakter und Ziel der laufenden antikommunistischen

Heizkampagne abzulenken, müssen vergleichsweise „harmlose“ Vorgänge als „Begründungen“ für diese Kampagne herhalten:

Der bürgerlichen-Presse dient eine während des jüngsten Teile-Besuches in Bonn durchgeführte symbolische Rathausbesetzung durch Mitglieder und Sympathisanten der Gruppen „KPD“ und „KPD/ML“ als Auslöser einer widerwärtigen Stimmungsmache und scharfer Verbotsforderungen. „Blindwütiger Straßenterror“, Zerstörung „wertvoller Rokoko-Möbel“ und „kontrollierter Gabeln“ wird diesen Gruppen zur Last gelegt. Diese „Argumente“ sollen vor allem der Verhetzung kleinbürgerlicher Schichten des Volkes dienen.

Wesentlich wird dabei in der bürgerlichen Presse verschwiegen, daß a) die materiellen Zerstörungen zu Lasten der Wasserwerfer, der Äxte und Brecheisen der das Rathaus stürmenden Polizeikommandos gingen und b) die symbolische Besetzung des Rathauses mit ähnlichen Aktionen des früheren SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), vergleichsweise harmlos waren und absolut keine „nouveau“ Stufe in der Eskalation der Gewalt“ darstellt (vgl. diverse Rhetorikbesetzungen an westdeutschen Universitäten, Erstürmung von „Amerika-Häusern“ sowie Konstituenten und Fluggesellschaften faschistischer Staaten, Besetzung von bürgerlichen Redaktionen und Theater u.v.m.).

In dem Maße, wie die bürgerliche Presse kleinbürgerliche Schichten des Volkes mit der „blindwütigen Zerstörung von Rokoko-Möbeln“, usw., usw. verhetzen will, versuchen die Gewerkschaftsführer mit dem Phantom der RGO („Revolutionäre“ bzw. „Rote Gewerkschaftsopposition“) die Gewerkschafts-Linke einzuschüchtern.

Kuhn wird behauptet, daß alle oben genannten Organisationen „die RGO gemeinsam tragen“, obgleich den Gewerkschaftsführern bestens bekannt ist, daß das „Konzept RGO“ nur von der „KPD“ und „KPD/ML“, also den beiden Gruppen mit der vergleichsweise geringsten betrieblichen und gewerkschaftlichen Verankerung, z.Zt. propagiert wird. Ausdrücklich grenzen sich alle anderen Organisationen von diesem Konzept ab. Die Praxis zwingt, daß diese Abgrenzung zwar politisch notwendig, aber keineswegs geeignet ist, die Mitglieder der eigenen Organisation vor Gewerkschaftsausschlüssen und anderen Repressalien (Funktionsverbot etc.) zu schützen.

Sowenig wie es der bürgerlichen Presse um den zukünftig höheren Schutz von Rokoko-Möbeln geht, sowenig macht den Gewerkschaftsführern das Phantom der RGO ernsthaft Sorgen um den Bestand der Einheitsgewerkschaften.

Deutlich wird, daß mit den bürgerlichen Behauptungen von „blindwütigen Straßenterror“ und „Spaltung der Gewerkschaften“ (durch RGO und ähnliches) tatsächlich nur kommunistische Arbeit in Betrieb und Gesellschaft diffamiert und kriminalisiert wird, um sie im Anschluß daran umso besser verbieten und zerschlagen zu können.

Vor einigen Jahren noch genossen Aktionen und Arbeit radikaler, außerparlamentarischer Strömungen und Gruppierungen den teilweise Schutz der liberalen und sozialdemokratischen Presse und öffentlichen Meinung durch eine mehr differenzierte Berichterstattung.

In diesem Punkt hat es einen grundsätzlichen Wandel gegeben. Bei der Hetze gegen kommunistische Arbeit und Propaganda werden die Unterschiede zwischen der rechtsradikalen und der „linkenliberalen“ Presse immer geringer.

Die zumindest in diesem wichtigen Punkt deutlich gewordene „Gleichschaltung“ der gesamten bürgerlichen Berichterstattung demonstriert einen deutlichen Sieg der faschistischen Hetze der Bourgeoisie, wie sie z.B. zur Zeit der Studentenunruhen in der BRD in dieser Form im wesentlichen nur von Springen

Schmierblättern und Straußens Bayernkurier getragen wurde.

Das „Zusammenrücken“ der bürgerlichen Presse demonstriert gleichzeitig eine stärkere Frontstellung dieser Kräfte gegen aufkeimende neue Elemente der Arbeiterbewegung der BRD.

Die profilierte „linke“ Zeitschrift „konkret“ schießt in der antikommunistischen Hetzkampagne gar in trauriger Weise den Vogel ab. Im Stil der Faschisten, die ihre Opfer, bevor sie diese physisch vernichten, psychologisch fertig machen, als „Häuflein Elend“ darstellen usw., zieht diese Zeitschrift mit frei erfundenen Geschichten über einzelne führende Mitglieder der sog. „KPD“ her. An diesen als Fortsetzungsgeschichten aufgemachten Artikeln zeigt sich die ganze Verkommenheit von großen Teilen der linken Sozialdemokratie.

Kaum besser – in einzelnen Fällen sogar schlimmer – betreiben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre antikommunistische Hetze in Betrieb und Gewerkschaft. Es genügt ihnen nicht, kommunistische und klassenbewußte Kollegen aus betrieblichen und ge-

werkschaftlichen Gremien (z.B. Betriebsrat, Vertrauenskörper usw.) zu liquidieren, sie an die Geschäftsleitung zwecks fristloser Kündigung auszuliefern, sie gleichzeitig aus der Gewerkschaft auszuschließen und ihnen damit jeden Rechtsschutz zu nehmen. Es genügt ihnen nicht, ganze gewerkschaftliche Gremien aufzulösen (z.B. den Vertrauenskörper bei Reichhold in Hamburg, mehrere Kreis-Jugendausschüsse in Niedersachsen, usw.) und mit Androhung solcher Maßnahmen andere Gewerkschafter sich gefügig zu machen.

Die Gewerkschaftsführer sind mittlerweile dazu übergegangen, öffentlich ganze Belegschaften von Großbetrieben (z.B. Hoesch, usw.) zu beschimpfen, von den Arbeitern zu fordern, sich das Vertrauen der Gewerkschaftsführer durch maßvolleres Verhalten „zurückzugewinnen“. Sie sind inzwischen dazu übergegangen, wie z.B. in der Hamburger IG Chemie, antikommunistische Hetzschriften zu verteilen, deren

Forts. Seite 2

Preissteigerungen - eine Waffe des Kapitals

Zweimal bereits gab es in Deutschland eine Inflation, beidemal als Folge eines Krieges und beidemal wurde sie gezielt und bewußt durchgeführt. Einmal (1923) um sich auf Kosten von Millionen kleiner Leute der Kriegsschulden zu entledigen und um die Reparationen an die Siegermächte herauszukommen, was jedoch nicht gelang. Die zweite Inflation von 1948 („Währungsreform“) diente dazu, die Besitzer von Waren und Produktionsmitteln wieder in die alte Stellung zurückkehren zu lassen und Deutschland wirtschaftlich und politisch zu spalten.

Die heutige fortschreitende Geldentwertung ist ein Mittel des Kapitals zur Senkung des Reallohns der Arbeiterklasse, der übrigen Werktätigen und der Rentner und ist daher auch eine Erscheinung, die ausschließlich im kapitalistischen System vorkommt. In den RGW-Ländern und den sozialistischen Ländern (China, DRV, Nordkorea) und die Preisstabilität gibt.

Es gibt gewisse ökonomische Gesetze des Kapitals, die der Inflation zugrunde liegen. Sie dürfen aber nicht

den Blick dafür verschließen, daß das konkrete Ausmaß der Inflation letztlich von politischen Entscheidungen des Kapitals und seiner Regierung bestimmt wird. Die Bourgeoisie wäre in der Lage, die fortschreitenden Preissteigerungen einzudämmen – wenn sie wollte.

In diesem Artikel sollen die konkreten Ursachen der jetzigen Preissteigerungen klargestellt werden. Es wird auf die Ideologie der Kapitalisten eingegangen, die die Kapitalisten in diesem Zusammenhang verbreiten, um die Arbeiterklasse vom Kampf dagegen abzuhalten und wie sie sich – in Arbeitsstreik mit der Gewerkschaftsführung – konkret verhalten, um zu verhindern, daß die wachsende Unruhe und die verstärkte Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gegen den Abbau des Reallohns in Streiks größeren Ausmaßes ausbricht.

Inflation - ein Mittel zur Senkung des Reallohns

Wie schon in den Jahren 1968/69 muß die westdeutsche Arbeiterklasse die Erfahrung machen, daß der wirt-

schaftliche Aufschwung voll auf ihrem Rücken ausgeht. Trotz Profitexpansion wird durch Inflationsraten und sowohl direkten als auch indirekten Steuererhöhungen ihr Lohn real gesenkt. Die Inflationsraten sind unterschiedlich, aber besonders hoch in den Warengruppen, die die Arbeiterklasse zur einfachen Existenz braucht, nämlich Lebensmittel und Mieten. Schon allein diese unterschiedlichen Inflationsraten zeigen, daß die Inflation keine „wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit“ ist, an der nichts zu ändern ist oder die nur „aus dem Ausland importiert“ ist. Sie ist eine Waffe der Kapitalisten in ihrem Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse. Während der Abschwung des Konjunkturszyklus versucht die bürgerliche Presse immer die Arbeiterklasse einzureden, Lohnerhöhungen würden die Wirtschaft nur noch weiter „belasten“, den Abschwung beschleunigen, die wirtschaftliche Situation ungesam und damit ihre eigene Lage als Arbeiter verschlechtern und für die Sicher-

Forts. von Seite 19

Forts. von Seite 1

Argumentationsmuster deutlich bei den Publikationen der NSDAP abgeschrieben sind.

Das Ausmaß dieser Kampagne zeigt, daß es der Bourgeoisie keineswegs nur um die Liquidierung kommunistischer Arbeit geht. Wenn auch die kommunistischen und sich so nennenden Organisationen vom derzeit laufenden antikommunistischen Kampagne der Bourgeoisie direkt und unmittelbar betroffen sind, und erst recht getroffen werden von den zukünftig zu erwartenden Maßnahmen des bürgerlichen Staatsapparates (Polizei, Justiz, Verfassungsschutz etc.), so geht es der Bourgeoisie doch nicht nur um die Liquidierung der direkt genannten Organisationen.

Diese Organisationen bestehen zumeist schon seit Jahren, und die Politik einzelner Gruppierungen der linken außerparlamentarischen Opposition waren weiß Gott schon abenteuerlicher als das heute z.T. noch der Fall ist und hätten somit der bürgerlichen Presse, den Gewerkschaftsführungen und dem Staatsapparat schon früher weit bessere Vorwände liefern können, wenn es der Bourgeoisie schon anseinerzeit um eine solche Kampagne gegangen wäre.

Die wirtschaftliche Entwicklung steuert international auf eine Krise zu, was sich im allgemeinen Währungsverfall und der allen kapitalistischen Staaten einbeziehenden Inflation, den ständigen Währungskrisen, usw. deutlich zeigt.

Unter diesen Bedingungen verstärken die Kapitalisten überall den Druck auf die werktätige Bevölkerung, die diese Entwicklung in Form der Senkung ihres Lebensstandards und der Einschränkung ihrer politischen Rechte zu spüren bekommt.

Zwangsläufig führt diese Entwicklung zu immer breiteren Protestbewegungen der Arbeiterklasse und anderer betroffener Teile des Volkes.

In Westdeutschland hat dieser Protest der Bevölkerung noch nicht

In Westdeutschland hat dieser Protest der Bevölkerung noch nicht das Niveau anderer westeuropäischer Völker wie etwa Italien, Frankreich, England, erreicht. Dennoch ist er in letzter Zeit immer stärker hervorgetreten.

So u.a. in der übergeordneten Streikbereitschaft der Industriearbeiter aller Branchen, den „wildten“ Streiks und selbständig durchgeführten Demonstrationen und Aktionen von Metall-, Druck- und Chemiearbeitern in diesem Jahr. So in den Urabstimmungen nach gelaufenen Tarifrunden, in denen insbesondere die Belegschaften der Großbetriebe den Gewerkschaftsführern ihre Gefolgschaft versagten (Stahl und Druck). So in den zunehmenden Protestaktionen der Bevölkerung gegen die kapitalistische Wohnungspolitik. So in den sich häufenden Schüler- und Eltern Demonstrationen, den Protestaktionen von Lehrern, Beamten und Bauern. So in spontanen Protestaktionen der Hausfrauen gegen steigende Preise.

Die jetzt laufende antikommunistische Hetzkampagne der Bourgeoisie zielt darauf ab, diese in Zukunft fraglos breiter und tiefer werdende Protestbewegung vom Teil des Volkes in Bahnen zu lenken, die ihrer Herrschaft über Staat und Gesellschaft nicht gefährlich sind. In diesem Sinn versucht die Bourgeoisie schon heute alle Gruppen, von denen sie befürchten muß, daß sie den Kampf des Volkes organisieren und ihm eine klare Stoßrichtung geben könnten, auszuschalten, oder aber die allgemeinen und spontanen Kämpfe der Bevölkerung als Ausmaß erreicht haben, wo dies nicht mehr so leicht ist.

Solidarität notwendig

Die Bourgeoisie wird versuchen, ein Verbot kommunistischer und sich so nennender Organisationen in einer Weise durchzuführen, die nicht den revolutionären Zusammenschluß, sondern das weitere Auseinanderfallen der Bewegung begünstigt. Gemäß dieser Taktik richtet sich die Hetzkampagne der bürgerlichen Presse und das Vorgehen des Staatsapparates nicht gegen alle Organisationen zugleich, sondern es werden nach einer Art Salamiaktik z.T. noch immer nur einzelne Organi-

tionen direkt vorgeknöpft. Gleichzeitig läßt die bürgerliche Presse aber keinen Zweifel daran, daß sich grundsätzlich der Schlag gegen alle das herrschende System bekämpfenden Gruppen richtet. Damit soll u.a. bezweckt werden, daß die noch nicht unmittelbar im Schußfeld stehenden Organisationen in opportunistischer Weise zurückweichen.

Für die Kampagne gegen die direkt betroffenen Organisationen – also in diesem Fall „KPD“ und „KPD/ML“ – wählt die Bourgeoisie Vorwände, von denen sie eine Abgrenzung anderer kommunistischer und sich so nennender Organisationen erwarten darf.

So hat die Bourgeoisie richtig eingeschätzt, daß die symbolische Besetzungspaktion des Bonner Rathauses und die Demonstration gegen den Brischew-Besuch von anderen Gruppen und Organisationen zumindest für taktisch unklug gehalten wird. Gerade auch davon müßten der Bourgeoisie diese Aktionen als günstiger Ansatzpunkt für ihre infame Hetzkampagne erscheinen.

Tatsächlich aber richtet sich der Angriff der Bourgeoisie gegen den Marxismus/Leninismus, bzw. wissenschaftlichen Sozialismus, zu dem die betroffenen Gruppen ein Bekenntnis abgelegt haben und das sie, wenn auch in noch so verzerrter Weise, in ihre Politik umzusetzen sich bemühen. Das Bekenntnis zum Marxismus/Leninismus ist jedoch allen kommunistischen und sich so nennenden Organisationen gemein.

Der Bemühung der Bourgeoisie, im Laufe ihrer Vernichtungsstrategie gegen die linken Gruppen die gesamte Bewegung weiter auseinanderfallen zu lassen, muß aktiv entgegengetreten werden.

Das solidarische Zusammenstehen aller grundsätzlich betroffenen Gruppen wird zum unmittelbaren praktischen Problem des Marxismus/Leninismus in der Arbeiterbewegung. Es darf der Bourgeoisie nicht unnötig leicht gemacht werden, eine linke Gruppe nach der anderen zu zerschlagen.

linke Gruppe nach der anderen zu zerschlagen. Die größte Gefahr besteht darin, daß einzelne Gruppen diese Solidarität verletzen und in opportunistischer Weise vor den Angriffen der Bourgeoisie zurückweichen. In diesem Punkt gibt es innerhalb der linken Bewegung schon verschiedene schlechte Beispiele.

Das Krassste dieser Art ist der jüngste Versuch des KBB (Kommunistischer Bund Bremen), sich in diffamierender Weise in den Chor der antikommunistischen Propaganda gegen die „KPD“ einzureihen. In einer Erklärung des ZK des KBB werden die bürgerlichen Lügen über die Zerstörung von „Rokoko-Möbeln“ usw. durch die „KPD“ übernommen und dieser Gruppe „Vandalismus“ bescheinigt. Die sog. „KPD“ wird mit einer „randalierenden Horde“ verglichen, die „völlig sinnlos ein Rathaus demolieren“, um

dadurch „ihr persönliches Mützen zu kühlen“.

Das ZK des KBB geht sogar noch einen Schritt weiter, indem es der Bourgeoisie „Großmut“ bescheinigt, weil diese nicht auf die Genossen der sog. „KPD“ geschossen habe.

Die KPD als Partei ist in der laufenden antikommunistischen Kampagne der Bourgeoisie kein potentieller Bündnispartner der verfolgten Demokraten und Kommunisten. Wenn auch die CDU und die ihr nahestehende Presse nicht müde werden zu betonen, daß ein „Verbot der KPD“ ebenfalls ins Auge gefaßt werden muß, so zeigt sich doch, daß weder die Regierung der BRD, noch die Landesregierungen, noch der Staatsapparat, noch die Gewerkschaftsführungen gegenwärtig gewillt sind, die KPD zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls zum Ziel ihrer Hetzkampagne zu machen. Die Gewerkschaftsführer nehmen die KPD sogar oft ausdrücklich von ihrer Kampagne aus.

Darin kommt unserer Meinung nach nicht zum Ausdruck, daß nicht auch die KPD zu einem späteren Zeitpunkt durch eine Neuaufnahme des KPD-Verbots von 1956 von Verbot und Zerschlagung bedroht wäre. Das wird auch bestätigt durch Äußerungen der CDU/CSU des NRW-Innenministers (FDP) und der reaktionären Presse (FAZ, „Welt“ u.a.), die die angebliche „Verfassungseindringlichkeit“ der KPD betonen.

Durch die Herausnahme der KPD aus den unmittelbaren Angriffen versucht die Bourgeoisie vielmehr, eine breitere Abwehrfront der Linken, die KPD eingeschlossen, zu verhindern. Andererseits spielt die KPD für die Gewerkschaftsführer eine nicht unbedeutende Rolle bei der Liquidierung der „Maoisten“ in der Gewerkschaft.

Die dennoch aufrechterhaltenen Verbotsdrohungen – ausgesprochen durch CDU und die ihr nahestehende Presse – sollen eine weitere Rechtswendung dieser Partei bewirken und die KPD zu immer übleren „Abgrenzungen“ von den Kommunisten verleiten.

„Abgrenzungen“ von den Kommunisten veranlassen. Die KPD ihrerseits geht auf die geschickte Taktik der Bourgeoisie in der Weise ein, auf der einen Seite nicht müde zu werden, ihre Treue zu Grundgesetz usw. zu beteuern und andererseits auf die links von ihr stehenden Organisationen einzudringen. Für diese Zwecke greift sie dankbar alle Lügen der bürgerlichen Presse über die sog. „KPD“ und andere Organisationen auf.

Trotz scheinheiliger Abgrenzungsveruche gegen bestimmte Maßnahmen des Staatsapparates (gegen kommunistische Organisationen) kann diese Partei ihre Schadenfreude über die bevorstehende Liquidierung kommunistischer Organisationen nicht verbergen. Ist es doch ihr Ziel, wie ihre Führer immer wieder betonen, die Basis kommunistischer Organisationen für den eigenen Parteidienst einzusacken. Frag-

los vergrößern sich hier ihre Chancen bei Verbot und Zerschlagung dieser Gruppen.

Im Bereich der Gewerkschaften unterstützt die DKP vorbehaltlos das Vorgehen der Gewerkschaftsführer gegen Kommunisten und klassenbewußte Arbeiter. Applaudierend drückt sie die Antikommunisten-Beschlüsse der IG-Metall in ihren Zeitungen nach.

In München wirken ihre Mitglieder an Ausschlußverfahren in der IG-Druck und Papier mit. In Hamburg verteilte die DKP Pamphlete mit denselben antikommunistischen Unterstellungen wie die Gewerkschaftsführer („Der Kampf des K'B gegen die Gewerkschaftseinheit“ – Flugblatt vor dem Hamburger Chemiebetrieb Beiersdorf). In Dortmund läßt die DKP Flugblätter an die Arbeiter verteilen, die Mitglieder der sog. „KPD“ mit den „Schlägerbanden der SA“ vergleichen. Die Reihe dieser Belästigung läßt sich beliebig fortsetzen.

Trotz dieser Haltung der „offiziellen“ Partei, die durch entsprechende innerparteiliche Verhetzung derzeit auch fraglos von der Mehrheit der Mitglieder geteilt wird, sollten die Kommunisten nicht verstimmen, im Gespräch mit den DKP-Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft darauf hinzuwirken, daß sich die laufende antikommunistische Hetzkampagne der Bourgeoisie letztlich und prinzipiell auch gegen diese Partei richtet, worin auch die notwendige Solidarität innerhalb der Arbeiterlinken begründet wäre.

Insgesamt zeigt sich auf der Linken einschließlich einiger kommunistischer Gruppen eine allgemeine Tendenz des opportunistischen Zurückweichens vor den Schlägen der Bourgeoisie, ein Verfall der gerade in solchen Zeiten besonders notwendigen Solidarität. Bis zu einem gewissen Grad sind solche Situationen für die linken Gruppen und Organisationen eine „Feuerprobe“, an der sich zeigen wird, was wirklich in ihnen steckt und wohin sie bei noch stärkeren Schlägen der Bourgeoisie treiben wird.

Bourgeoisie treiben wird. Es wird sich zeigen, inwieweit die früher abgelegten Bekenntnisse zur proletarischen Solidarität ernst gemeint oder auch damals schon bloße Lippenbekenntnisse waren, mit denen sich bestimmte Führer der Bewegung schmückten, als dies noch keinerlei Konsequenzen in der Praxis nach sich zog.

Verfehlt wäre es, wenn die Kommunisten müßige Spekulationen anstellen, zu welchem konkreten Zeitpunkt ein unmittelbares Verbot der verschiedenen Organisationen erfolgen wird. Festzustellen bleibt dagegen, daß die Bourgeoisie, ohne von irgendwelcher Seite nennenswerten Widerstand erwarten zu müssen, bereits heute jederzeit ein Verbot auszusprechen und auch durchsetzen kann.

Das Verhalten der jeweils linken Flügel von SPD und FDP sowie der auf diese Kräfte orientierten Presse

zeigt in der laufenden Hetzkampagne deutlich, daß die Bourgeoisie von dieser Seite wesentlich nur Belästigung beim Kommunistenverbot erwarten darf. Dasselbe gilt selbstverständlich für die Gewerkschaftsführungen.

Es ist lediglich als kindisch zu bezeichnen, wenn einzelne Führer kommunistischer oder sich so nennender Organisationen mit „Arbeitermassendemonstrationen“ der Bourgeoisie „drohen“ für den Fall eines Verbots ihrer Organisation. Solche kraftmeierischen Sprüche dienen bestimmten Organisationen nur als selbst verabreichte Betäubungsmittel. Wenn auch in einzelnen Fällen vielleicht ein durchaus nennenswerter Teil von Arbeitern beim Verbot bestimmter Organisationen eine gewisse Empörung zeigt, so wird diese keineswegs ausreichen, die betreffenden Organisationen wirkungsvoll zu schützen.

Längerfristig jedoch steht heute für die Kommunisten in der BRD die Situation gäster als 1956 beim Verbot der KPD. Wenn auch die KPD vor '56 und danach einer wesentlich erfahrenen Kaderstamm hatte als das heute bei den kommunistischen Organisationen der Fall ist, wenn es auch sozusagen mit der DDR über ein Hinterland verfügte und von dort aus zu operieren in der Lage war und von dort aus materiell und finanziell unterstützt wurde, so war diese Partei doch insgesamt mit einer abfallenden Linie der Klassenkämpfe konfrontiert.

Dies und der beginnende Revisionismus, der die Partei von innen immer stärker zerfrä, ließ die KPD endgültig scheitern. Heute dagegen ist eine Entwicklung sichtbar, die auf eine z.T. rasche Verschärfung aller gesellschaftlichen Widersprüche und damit auf eine ansteigende Linie in der Entwicklung der Klassenkämpfe hinweist.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung beweist, daß die Kommunisten auf dieser Grundlage bestehen können und zumeist nach einigen Jahren qualitativ und quantitativ „Jahres“ gewinnend. „Gefährliche“ gestirkt aus der Illegalität hervor-

Andererseits wird sich die Arbeit der Kommunisten nach ihrer Illegalisierung nicht gradlinig fortentwickeln, sondern es ist damit zu rechnen, daß es kurzfristig erhebliche Rückschläge geben kann, die zweifellos auch einzelnen Organisationen das Genick brechen werden. Dies gilt vor allem für Gruppen, die die Frage eines möglichen Verbots in einem überschaubaren Zeitraum allzu leichtfertig behandelt haben.

In jedem Fall steht fest, daß es der Bourgeoisie nicht gelingen wird, angesichts der auf sie zukommenden gesellschaftlichen Entwicklung mit einem Kommunistenverbot ihr eigentliches Ziel zu erreichen, nämlich die künftigen Klassenkämpfe im Griff zu behalten. Es sind die objektiven Faktoren selbst, die diesen Versuchen entgegenstehen. ■

Nein zum Kommunistenverbot!

Polizei gegen Kommunisten

Am 15. Mai wurde ein großer Polizei-Schlag gegen die sogenannte „KPD“ und mehrere ihr nahestehende Organisationen – wie etwa der „Kommunistische Studentenverband“ und die „Liga gegen den Imperialismus“ – geführt.

Büros, Wohnungen und kleine Buchläden in Dortmund, Westfalen, Bonn, Düsseldorf, München, Frankfurt und Köln wurden durchsucht, wobei u.a. große Mengen Akten und Arbeitsmaterial der Polizei weggeschleppt wurden.

In Dortmund wurde ein führendes Mitglied der „KPD“, Jürgen Hortmann, festgenommen. Gegen einen weiteren, Christian Semler, besteht Haftbefehl.

Das Vorgehen der Polizei stützt sich auf die Behauptung, daß die „KPD“ eine „kriminelle Vereinigung“ sei.

Dieser Schlag des Staatsapparates war mit mehreren Wochen direkt zu erwarten. Schon nach der „Besetzung“ des Bonner Rathauses Mitte April waren mehrere Hausdurch-

suchungen gegen die „KPD“ vorgenommen worden.

Bereits zu diesem Zeitpunkt forderten die CDU/CSU und die reaktionäre Presse in aller Schärfe und Direktheit ein Verbot der „KPD“; dieselbe Forderung wurde wenig später auch von Willi Weyer (FDP), Innenminister von Nordrhein-Westfalen, erhoben.

In Nordrhein-Westfalen ließ Weyer alle Demonstrationen der „KPD“ und ebenso der „KPD/ML“ kategorisch verbieten. Vor allem die Maidemonstrationen der „KPD“ und der „KPD/ML“ in Dortmund wurden brutal auseinandergeknöpft.

Ende April schließlich wurde bekannt, daß von der Bundesanwaltschaft „Ermittlungen“ eingeleitet werden sollen, um „KPD“ und „KPD/ML“ als „kriminelle Vereinigungen“ zu verbieten. Es hat den Anschein, daß ein solches Verbot unmittelbar bevorsteht. Zugleich ist klar, daß der Staat nicht bei „KPD“ und „KPD/ML“ stehen bleiben wird, sondern daß der Angriff sich gegen die gesamte revolutionäre Linke richtet. ■

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag Arbeiterkampf,
2 Hamburg 13, Rutschbahn 38,
verantwortl. Redaktionsrat: Kai Ehlers,
Verlagsredaktion, presserechtlich verantw.
verantwortl.: Kai Ehlers, Verlagsredaktion
Auflage: 47000, Erscheinungsweg:
monatlich, Verkaufspreis: 50 Pf.
Verlegungsstellen: Dresdener Str. 10, Köln
Nr. 481 8378 J. Reents, Postfach
Königsplatz Hamburg Nr. 240 996 J. Reents

Kontaktadressen des KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch,
Pol. Buchhandlung, 285 Bremer-
haven, Bürger 196, tel. 12.30 –
18.30 Uhr, Tel. 41 24 94

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-
Großmühl

FLensburg: Peter Petersen,
239 Flensburg, Postgarkarte
A022683

FRANKFURT: K. Scholz,
6232 Bad Soden, Postfach
108, Tel. 0611/30 61 71, Mo.
18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse:
J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutsch-
bahn 38

KIEL: W. D. Scholz, 23 Kiel 1,
Postlagernd

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Olden-
burg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Ver-
triebsgruppen des Arbeiterkampf
GÖTTINGEN: KAG im Buch-
laden „Rote Straße“, 34 Göttingen,
Rote Straße 10, Di. 17 –
19 Uhr

LOBECK: W. Stenckstein, 24
Lübeck, Postgarkarte 082332A

Kampf dem Kommunistenverbot!

In diesem Artikel soll nochmals unser Standpunkt zu einigen Fragen zusammengefasst werden, die mit dem vom Staat vorbereiteten Kommunisten-Verbot im Zusammenhang stehen. Vieles davon haben wir an der einen oder anderen Stelle schon früher gesagt. Das unmittelbare Bevorstehen schwerer Schläge von Seiten des bürgerlichen Staates macht es aber besonders erforderlich, daß in der kommunistischen Bewegung diese Fragen mit dem Ziel der Klarheit und Einheit diskutiert werden.

„Wir sind die größten ...“!

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind in erster Linie die „KPD“ und die „KPD/ML“ die Zielscheibe der Bourgeoisie.

Beide Gruppen strengen sich an, daraus den „Beweis“ zu konstruieren, daß sie von der Bourgeoisie für den „gefährlichsten“ Gegner gehalten werden. Damit wiederum soll „bewiesen“ werden, daß ihre jeweilige „Partei“ die von der Bourgeoisie anerkannte „Partei der Arbeiterklasse“ ist, abstrakt und ohne jede Grundlage.

So schreibt die „Rote Fahne“ der „KPD“:

„Durch ein Verbot und Verfolgungsmaßnahmen will man die Stimme der KPD zum Schweigen bringen, die nunmehr seit drei Jahren (!) die konsequenteste antikapitalistische und ant imperialistische Kraft in der BRD und Westberlin darstellt.“ (RF 16. 5. 73)

Die „KPD“ ist also nicht nur die „konsequenteste“, usw., usw., sie ist dies auch schon seit ihrer Gründung.

Die „KPD“ ist also nicht nur die „konsequenteste“, usw., usw., sie ist dies auch schon seit ihrer Gründung.

Im „Roten Morgen“ der „KPD/ML“ lesen wir:

„Der Hauptfeind der Bourgeoisie ist immer diejenige Partei, die die Arbeiterklasse anführt in ihrem Kampf um die Befreiung aller Werktätigen, in ihrem Kampf um den Sozialismus. Kein Wunder, daß sich in letzter Zeit die Angriffe auf die Organisation, auf die bolschewistische Partei, auf die KPD/Marxisten-Leninisten häufen.“ (RM 22. 11. 71)

„Heute soll dieser Paragraph (Kriminelle Vereinigung – Ann. des AK) in erster Linie (!) gegen die Partei des Proletariats, die KPD/ML angewendet werden.“ (RM 5. 5. 73)

Nachdem die „Parteien“ in der Praxis nichts vorzuweisen haben, was ihre permanente Selbstbehauptung rechtfertigen würde, kommt „Hilfe“ vom Staatsapparat. Wenn die „Parteien“ schon nicht von den Arbeitern im Klassenkampf als „revolutionäre Avantgarde“ anerkannt ist, so weiß doch wenigstens die Bourgeoisie die ungeheure Gefährlichkeit der „Parteien“ richtig einzuschätzen. Nach der Devise: die Bourgeoisie greift uns an, also sind wir die Avantgarde, denn sonst würde die Bourgeoisie uns ja nicht angreifen etc....

Die Unehrlichkeit dieser Behauptungen liegt auf der Hand. 1970 hat die Bourgeoisie den Heideberger SDS verboten lassen, und 1972 hat sie die „RAF“ zerschlagen lassen. Daraus haben jedoch die „Parteien“ zu Recht durchaus nicht die Schlussfolgerung gezogen, daß etwa SDS oder „RAF“ der gefährlichste Gegner der Bourgeoisie wären, Avantgarde der Arbeiterklasse, Alleinvertreter der „korrekten Linie“ usw. usf. Für sich selbst jedoch ziehen sie ständig diesen Kurzschluß.

Die Solidarität innerhalb der kommunistischen Bewegung, aber auch die Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung wird durch das kindische Beharren auf der eigenen Ausschließlichkeit und alles überragende Größe erheblich geschwächt. Um ihren eigenen Anspruch aufrechtzuerhalten, sind die „Parteien“ geradezu „gezwungen“, die Angriffe auf andere Organisationen gefühnlich zu übersehen oder herunterzuspielen.

Nach dem Polizei-Schlag gegen die „KPD“ und ihr nahestehende Or-

ganisationen am 15. 5. verbreitete die „KPD/ML“ z.B. in Hamburg ein Flugblatt, in dem es hieß:

„Mit Polizei und Klassenjustiz geht sie (die Bourgeoisie – Ann. AK) gegen die KPD/ML und (!) andere kommunistische Organisationen wie die Gruppe KPD vor...“

Von den konkreten Angriffen, die sich eben in diesem Fall tatsächlich gegen die „KPD“ richteten, – kein Wort. Kein Hinweis z.B. auf die Verhaftung des Genossen Horlemann. Und im selben Flugblatt: „Daher sind auch alle Demonstrationen der KPD/ML gegen den Breschnew-Besuch in Nordrhein-Westfalen verboten.“ Daß auch die Demonstrationen der „KPD“ verboten sind, wird nicht erwähnt. Wozu



Zu dritt auf einem bereits am Boden liegenden Demonstranten herumprügeln – typisch für den brutalen Polizeinsatz in Dortmund

Zu dritt auf einem bereits am Boden liegenden Demonstranten herumprügeln – typisch für den brutalen Polizeinsatz in Dortmund

auch?

Umgekehrt ignoriert die „KPD“ sehr weitgehend Angriffe auf andere Organisationen oder einzelne ihrer Genossen.

Das Bild ist immer dasselbe: Die Bourgeoisie greift uns an – andere natürlich „auch“, aber UNS am allermeisten, weil WIR die Allerkorrektesten und Allerwichtigsten sind....

Die eine Folge ist, daß die „Parteien“ dazu neigen, sich dann teilweise unsolidarisch gegenüber anderen Organisationen zu verhalten. Die andere Folge ist, daß umgekehrt die Solidarität anderer Organisationen mit den „Parteien“ erschwert wird. Denn es ist einfach politisch unehrlich, Aktionseinheiten mit Leuten einzugehen, die in erster Linie darauf bedacht sind, sich selbst kräftig herauszuspielen, und die dabei auf getroffene Abmachungen kaum Rücksicht nehmen.

munisten sollten all das sein, selbstlos, opferbereit“ usw. Und vor allem „offenherzig und ehrlich“, was Mao an die erste Stelle setzt. Und gerade mit der Ehrlichkeit hapert es bei diesen Revolutionären der Phrase doch sehr. Sie haben alle diese guten Eigenschaften von vornherein, weil sie eben Kommunisten (die einzig wirklich wasch- „echten“) sind.

Die Selbstbehauptung der „Parteien“ (wie natürlich auch verschiedener Zirkel) offenbart auch, welche Einstellung sie zur Arbeiterklasse haben. Faktisch stellen sie ihre eigene Gruppierung in allem über die Arbeiterklasse. Und das merken die Arbeiter natürlich sehr genau, die gelegentlich



Zu dritt auf einem bereits am Boden liegenden Demonstranten herumprügeln – typisch für den brutalen Polizeinsatz in Dortmund

Zu dritt auf einem bereits am Boden liegenden Demonstranten herumprügeln – typisch für den brutalen Polizeinsatz in Dortmund

Flugblätter dieser Machart (zwei schlicht, zwei krass) erhalten oder zufällig mal eine Demonstration der „Partei“-Werber mitanhören müssen. Und gerade in dieser Hinsicht sind doch die Arbeiter mit Recht äußerst mißtrauisch. Mit dieser Sorte von „selbstlosen“ Vertretern der Arbeiterinteressen“ etc. haben die Arbeiter ihre Erfahrungen. Hinter den „selbstlosen“ Phrasen sehen die Arbeiter sehr deutlich den nackten Egoismus und Größenwahn, der in der Selbstbehauptung zum Ausdruck kommt.

Das ist freilich mehr als eine Frage alzu aufdringlicher und plumper Formulierungen. Wir können den Genossen nur empfehlen, ihre gesamte Einstellung zur Arbeiterklasse gründlich und selbstkritisch zu überprüfen. Kommunisten sollten der Arbeiterklasse dienen, nicht etwas umgekehrt.

Bekanntlich weicht die Einschätzung des Kommunistischen Bundes von der der meisten anderen kommunistischen Organisationen ab.

Wir gehen davon aus, daß die Arbeiterbewegung einer Offensive der Bourgeoisie gegenübersteht. Diese Offensive umfaßt sowohl den Angriff auf die materielle Situation der Arbeiter (Lebensstandard) wie auch auf ihre politischen Rechte. Die Bourgeoisie betreibt unserer Meinung nach den Ausbau des Staatsapparats und den Abbau politischer Rechte vorbeugend. D.h. sie ist zu Maßnahmen wie Verabschiedung der Notstandsgesetze, Verstärkung der Polizei, Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerarmee, Verbot kommunistischer Organisationen noch nicht unmittelfach durch den Stand der Klassenkämpfe gezwungen. Vielmehr trifft sie diese Maßnahmen in einer relativen Schwäche-situation der Arbeiterbewegung mit Blick auf eine zukünftige Verhärterung der Klassenkämpfe. Daraus ergibt sich für uns die Schlussfolgerung, daß die Bourgeoisie zunächst einmal mit diesen Maßnahmen durchkommen wird, weil die Arbeiterklasse noch nicht in der Lage ist, das Vorgehen der Bourgeoisie schon heute allseitig zu begreifen und zu durchkreuzen.

Im Gegensatz dazu stehen Einschätzungen, die sich durch Begriffe wie „revolutionärer Aufschwung“, „Haupttendenz Revolution“, „Linkswendung der Massen“ und „Arbeiteroffensive“ fassen lassen.

Nehmen wir zunächst das Stichwort „Haupttendenz Revolution“, das vor allem von der „KPD/ML“ häufig vorgebracht wird. Die Antwort „Haupttendenz Revolution“ das vor allem von der „KPD/ML“ häufig vorgebracht wird. Die Anwendung dieses Stichworts ist im nationalen Mai-Aufbruch 1973 der „KPD/ML“ gut zu beobachten. Zuerst wird allgemein die Aussage gemacht: „Weltweit erleiden die beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion Schläge und Niederlagen“. Dann heißt es: „Kampf heißt die Lösung! Überall auf der Welt!“ Nun werden einzelne Beispiele für Kampf aneinandergerichtet, die von den „Urwäldern Afrikas und Brasiliens“ über die „Straßen Nordirlands“ bis nach Dortmund und Kiew reichen. Der unterschiedliche Stand der Klassenkämpfe in den einzelnen Ländern wird gar nicht berücksichtigt, alles reduziert sich auf die Formel „Kampf überall“. Dabei ist es doch ein entscheidender Unterschied etwa zwischen den Kämpfen in Indochina, dann z.B. in Italien und schließlich in der BRD.

wältigende Refrain: „Was braucht du noch, Genosse, um zu begreifen, daß die Stunde des Gewehrs geschlagen hat?“

Das ist geradezu schon das Programm der „KPD/ML“ – in Noten. Hier und dort wird krampfhaft einer auf „revolutionären“ Schwung gemacht. Das Konzept ist einfach: Was den Klassenkämpfen im eigenen Land noch an Bewußtheit und Militanz fehlt, wird durch Anleihen in Indochina etc. weitgemacht.

Die Hauptseite der politischen Arbeit wird nicht darauf gelegt, bei den Massen klare Vorstellungen der gesellschaftlichen Situation zu schaffen, sondern darauf, mit aller Gewalt und mit allen Mitteln „revolutionärer“ Demagogie die „Kampfmoral“ hochzuschütten.

Formen davon sind u.a. auch das systematische Aufbrechen von Teilnehmerzahlen der eigenen Demonstration, eine falsche Wiedergabe der Stimmung der Massen („Die Bevölkerung stand jubelnd an den Straßen. In allen Fenstern rote Fahnen und geballte Fäuste“ etc.), das Hochspielen ökonomischer Kämpfe zu halb-revolutionären Aktionen, Illusionen über das Bewußtsein der Massen („Der Reformwindel verfährt nicht mehr!“) und das Kokettieren mit revolutionären Parolen („Nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her“).

Das ist kein Marxismus-Leninismus, das ist haargenau Spontaneismus!

Völlig blind verbreitet der „Rote Morgen“ irrwitzige Illusionen über unsere Situation gegenüber den Verbotsvorbereitungen. Da konnte man z.B. lesen: „Heute ist nicht mehr 1933“. Das ist besonders makaber,

daß es heute nicht mehr 1933 ist. Das ist besonders makaber, wenn man die damalige Stärke der Arbeiterbewegung und der KPD mit heute vergleicht. Anders Beispiel: als Ernst Aust (Herausgeber des „Roten Morgen“) 1963 vor Gericht stand, hätten „Tausende Hamburger Arbeiter“ für ihn demonstriert, und heute würde es „ohne Zweifel“ noch viel mehr sein, heißt es im RM. Der RM „vergisst“ nur, daß Aust damals Herausgeber einer revisionistischen Wochenzeitung war, und daß damals die Revisionisten in jenseitigen Demonstrationen „tausenden Hamburger Arbeiter“ organisierten. Wieviel Menschen heute die „KPD/ML“ in Hamburg mobilisiert, konnte jeder u.a. am 1. Mai sehen: nicht einmal 500 auf der Demonstration gegen das geplante Kommunistenverbot am 17. Mai nicht einmal 200!

Wer soll durch soviel wilde Kraftmeierei beeindruckt werden? Etwa die Bourgeoisie, die doch wohl recht genau über die tatsächliche Stärke der einzelnen Organisationen informiert ist? Nein. Hier sollen die Arbeiter und die eigenen Genossen verarscht werden!

Vom Zirkelblock NRF/KBB wird die These von der „Linkswendung der Massen“ vertreten. Genauer muß man wohl sagen, daß diese These von den NRF/Ideologen stammt und von den KBB-Genossen wird besserer Wissens nachgebetet, um die „Einheit“ nicht aufs Spiel zu setzen.

Während die „KPD/ML“ kaum verbringt, daß sie ihre Thesen aus dem hohlen Bauch holt, bemühen sich die Zirkelblock-Ideologen um einen wissenschaftlichen Anstrich.

Die These des Zirkelblocks ist, daß die Massen „nach links wollen“. Im Grunde warten die Massen nur darauf, daß endlich eine kommunistische Partei gegründet wird, um sich an die Spitze der Kämpfe zu stellen. Diese Partei gibt es aber noch nicht, sagt der Zirkelblock, weil die Kommunisten „lokal und politisch zersplittert“ sind. Pech für die Massen! Die Zirkelblock-Genossen begreifen nicht oder wollen nicht zugeben, daß der gegenwärtige Zustand der kommunistischen Bewegung gerade das getreue Spiegelbild der Arbeiterbewegung ist.

Daher haben die Genossen auch von der Einheit der Kommunisten

Forts. nächste Seite



Im Würgegriff wird ein Demonstrant von den Polizisten weggeschleppt.

Durch die rosa Brille

Es ist prinzipiell klar: um den Kampf wirkungsvoll und letztlich erfolgreich zu führen, muß man zunächst klare Vorstellungen vom Kräfteverhältnis zwischen uns und dem Feind haben. Andernfalls wird man mit Sicherheit entweder in „revolutionären“ Amok oder in opportunistischen Defätismus verfallen.

Es ist bezeichnend, daß eine weitgehend spontaneistische Gruppe wie „Lotta Continua“ (Italien) in ihrer Propaganda genauso vorgeht wie die „KPD/ML“. Typisch dafür ist ein von LC verbreitetes Lied, in dem es heißt: „... Die ganze Welt explodiert – von Angola bis Palästina... Auch die Massen in Europa wollen nicht mehr warten – Barrikaden überall: von Burgos (Spanien) bis Szczecin (Polen) – und auch hier bei uns: von Avola bis Turin...“

Und nach jeder Strophe der über-

Die Genossen nennen das „die Partei propagieren“. In Wahrheit machen sie das Gegenteil. Sie preisen ihren Verein an wie ein neues Wundermittel „mit drei Rot-Machern“. Die „KPD/ML“ etwa prahlt sich in ihrem nationalen Mai-Aufbruch 1973 an als „Kampfklub echter (!), disziplinierter (!), selbstloser (!), opferbereiter (!) Revolutionäre“. Sie sagt nicht etwa: so einen Kampfklub muß die Arbeiterklasse sich schaffen, sondern: „Dieser, das heißt eure Partei, ist die KPD/ML“. Natürlich, Kom-

nur mechanische, abstrakte Vorstellungen. So schreiben sie in der Heideberger „Arbeiterzeitung“: „... die Kommunisten sind zerplittert und unsinnig. Diese schlechte Lage muß überwunden werden durch den Wiederaufbau der KPD“. (AZ, Mai 73) Natürlich, das ist die Lösung! Daß da vorher noch keiner darauf gekommen ist!

Aber nun geht es endlich richtig los: „In den letzten Jahren und Monaten haben die Kommunisten im Wiederaufbau der KPD zweifellos Fortschritte gemacht.“ Prima, und was heißt das konkret? – „Es haben sich Kräfte herausgebildet... „Kräfte“? Welche? Und da steht es schwarz auf weiß: der Zirkelblock hat sich herausgebildet.

Der angebliche Stein der Weisen entpuppt sich schnell als ein Stück alter Käse: die Sammlung aller Kommunisten im eigenen Zirkel wird als der große Clou zur Überwindung der Zerplitterung angesehen. Lieber Himmel, soweit war die „KPD/ML“ schon vor vier Jahren!

Die These, daß die Massen „nach links wollen“ hat u.a. auch eine abenteuerliche Vorgehensweise in den Gewerkschaften zur Folge. Der KBB, der hierzu zunächst relativ korrekte Vorstellungen hatte, ist inzwischen in die Knie gegangen und hat eine „Selbstkritik“ abgelegt.

Da nämlich, wie die NRF-Ideologen sagen, die Massen (vor allem in der Gewerkschaft) nach links wollen und sich vom Sozialdemokratismus lösen, müßten die kommunistischen Gewerkschafter unbedingt „auf allen gewerkschaftlichen Ebenen offen und als solche auftreten“. Klar: wie sollen die Arbeiter sonst ihre Vorteile erkennen, wenn die nicht „offen und als solche“ mit der roten Fahne durch Betrieb und Gewerkschaft rennen?

Die Folge ist, daß Genossen leichtfertig verheizt, in offene Messer der Gewerkschaftsführung und der Bourgeoisie geschickt werden. Wer nicht mitspielt, ist ein „Opportunist“.

Die These von der „Linkswendung der Massen“ hat eine falsche Einschätzung der kommenden Entwicklung zur Folge. In ihrem Papier „Die Massen wollen nach links“ (Anfang 73) tadeln die NRF-Ideologen unsere Einschätzung (s.o.) und behaupten: „Das Wahlergebnis (!) zeigt, daß die Einschätzung dieser Organisationen falsch ist“. Wir hätten bloß „auf die Absichten der reaktionärsten Teile (!) der Kapitalistenklasse gestarrt“, statt den „Aufschwung der Arbeiterbewegung“ zu sehen. Und könn wir behaupten: „Wenn die Arbeiterklasse und große Teile des Volkes nach links wollen, dann kann die Kapitalistenklasse nicht einfach (?) offen (?) nach rechts gehen“. – Doch doch, sie geht! Und offen genug!

Dieser Unsinn wurde seinerzeit soweit getrieben, daß in der „Wahrheit“ des KBB zu lesen war, es sei „ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie, daß sie nicht mehr in der Lage ist, durch einen Federstich eine einzelne kommunistische Organisation zu verbieten“ (November 72). Und im selben Artikel wird darauf verwiesen, daß ja auch das Verbot des Heideberger SDS 1970 die Bewegung nur gestärkt hätte.

Heilige Einfalt! Verstehen die Genossen wirklich nicht, daß die Schläge der Bourgeoisie heute eine andere Qualität haben als 1970, und daß die Bourgeoisie zu diesen Schlägen zunächst einmal sehr wohl in der Lage ist, ohne daß ihr die Arbeiterklasse in den Arm fällt?

In dem erwähnten Papier „Die Massen wollen nach links“ sei auch behauptet, die Bourgeoisie sei „gegenwärtig ideologisch in der Defensive“. Die Arbeiterklasse hätte begonnen, sich von der Bourgeoisie zu lösen und die Mittelklassen würden sich schon „abkötteln“. Von „verzweifelter Varnach der Bourgeoisie, ihren schwindenden Einfluß auf die Arbeiterklasse zurückzugewinnen“ ist dort gar die Rede. Daß die Bourgeoisie eine reaktionäre Massenmobilisierung versucht, beweist für die NRF-Ideologen nur den „Bankrott der bürgerlichen Ideologie“.

Tatsächlich, schon bankrott? Ist es nicht vielmehr so, daß die Bourgeoisie neue ideologische „Modelle“ vorausschauend entwickeln läßt zu einer Zeit, wo die alten ideologischen Fasseln durchaus noch nicht ihre Haltbarkeit verloren haben?

Ebenso wie von der „KPD/ML“ wird u.E. auch von den Zirkelblock-Ideologen den Genossen Sand in die Augen gestreut und durch verniedlichende Darstellungen die Schwere unserer Aufgaben vernebelt. Das bedeutet objektiv Schwächung des Widerstandes gegen die Offensive der Bourgeoisie. Weit geschickter zwar als die mit dem Holzhammer hantierende „KPD/ML“, aber darum nicht minder gefährlich.

Die Formel „Arbeiteroffensive“ schließlich stammt von schwächlichen KAB „D“. Die Genossen sehen zwar, daß die Bourgeoisie in der Offensive ist. Aber falsch sagen sie gleich dazu, daß die Arbeiter eben auch in der Offensive sind: „Arbeiteroffensive gegen Unternehmeroffensive“ (Bündnisfassung, z.B. für Offene Briefe) bzw. „Arbeiteroffensive gegen Monopoloftensive“ (Fassung für Fortgeschrittene).

Den 1. Mai 1973 hatte der KAB „D“ daher auch zum „1. Mai der Arbeiteroffensive“ ernannt. In diesem Sinne werden natürlich auch die Berichte vom Verlauf des 1. Mai 73 hingeschönt: „Ein Schritt voran in der Einheit und Kampfesgeschlossenheit der werktätigen Massen“, „Band zwischen den sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeitern“ ist fester geworden, „die Vertreter der Klassenzusammenarbeit erlitten eine Riesenschlappe“, die Lösungen des KAB „D“ haben „sich als richtungsweisend erwiesen“ (alles „Rote Fahne“, Mai 73).

Diese Erfolgsmeldungen sind so allgemein und künstlich, daß man sich gut vorstellen kann, daß sie schon zu Weihnachten niedergeschrieben worden sind.

Das ganze ist dahin zusammenzufassen, daß eine große Neigung besteht, die Dinge anders zu sehen als die tatsächlich sind. Die Realität wird nicht analysiert (mit dem Ziel, sie zu verändern), sondern wird auf Erfolgsmeldungen und große Parolen hingetrümmelt. Vor den auf zu kommenden Kampfaufgaben werden krampfhaft die Augen verschlossen.

Das ist angesichts der unmittelbaren Verbotsvorbereitungen besonders gefährlich. Die Propaganda vieler kommunistischer Gruppen und Organisationen beschränkt sich demgegenüber darauf, immer wieder zu beteuern, daß man, die KPD (mit oder ohne „ML“) nicht verbieten kann, daß „der Kommunismus sich nicht hinter Kerkermauern verbannt läßt“ usw. usw. Also hysterische Kraftmeierei um jeden Preis.

Tatsache ist jedoch, daß die Bourgeoisie kommunistische Organisationen sehr wohl verbieten kann, und daß dadurch unsere Arbeit unter Umständen für längere Zeit erheblich erschwert werden wird. Das wird aber auch heißen, daß an jeden einzelnen Genossen erheblich höhere Anforderungen als heute gestellt werden. Wer darüber Illusionen verbreitet, trägt zur Entfaltung der kommunistischen Bewegung bei und tut damit der Bourgeoisie einen großen Gefallen.

DKP auf Kommunisten-Jagd

Die stockreaktionäre „Frankfurter Allgemeine“ (FAZ) brachte am 26. April folgende Meldung:

„Wie groß die Gegensätzlichkeit zwischen der Deutschen Kommunistischen Partei und der neuen KPD ist, geht aus der Forderung der DKP hervor, daß die „Chaoten“ der KPD „im Verein mit der Staatsmacht zer schlagen“ werden müßten. Die DKP fordert hierzu den uneingeschränkten Einsatz des Verfassungsschutzes, der uniformierten Polizei und der politischen Kommissariate der zuständigen Kriminalpolizei.“

Diese Meldung wurde von der DKP durch eine Gegenäußerung dementiert. In dieser Form war die Meldung der FAZ wohl auch als Provokation zu verstehen. So offen sagen die Revisionisten denn doch nicht, worum es ihnen geht.

Dennoch gibt die Meldung das praktische Vorgehen der Revisionisten richtig wieder. Weder gegen das allgemeine Demonstrationsverbot für „KPD“ und „KPD/ML“ in Nordrhein-Westfalen noch gegen die Polizei-Aktionen gegen die „KPD“ haben die „aufrechten Demokraten“ der DKP ein einziges Wort des Protests eingelegt. Der Bundesvorsitz des MSB behauptet sogar zynisch, von den Polizei-Aktionen gegen die „KPD“ seien „Kommunisten und andere demokratische

Kräfte (!) nicht unmittelbar betroffen“. Das ist eine klare Aussage: Die Polizei-Aktion richtet sich gar nicht gegen Demokraten (sondern? ...), also hat die DKP nichts dagegen einzuwenden.

Und schlimmer. Die DKP führt eine Hetzkampagne vor allem gegen „KPD“ und „KPD/ML“ mit dem Ziel, diese Gruppen mit den Faschisten auf eine Stufe zu stellen.

Während die „offizielle“ DKP sich dabei noch eine gewisse taktische Zurückhaltung auferlegt, geföhren ihre bezahlten Schreibertingens umso wilder. So schreibt z.B. der Hamburger DKP-Funktionär Peter Schütt (Bundesstadtkandidat 1972) in einem Leserbrief an „konkret“, die Politik der „KPD“ sei „ihrem ganzen Charakter nach weißgardistisch und faschistisch“, und er vergleicht unverblümt die „KPD“ mit der NSDAP („konkret“, 24. Mai 73). Da die DKP natürlich das Verbot der neo-faschistischen NPD fordert, ist die Konsequenz für ihr Verhalten gegenüber der „KPD“ klar, wenn sie diese als faschistisch diffamiert. Natürlich schreckt die DKP-Führung davor zurück, o f f e n das Verbot der „KPD“ und anderer Organisationen zu fordern, weil dieser Schritt schließlich allen DKP-Mitgliedern einschneidend wäre. Objektiv tut sie aber genau dies!

Sehen wir weiter. In der UZ vom 18. Mai findet sich eine Notiz mit der Überschrift: „CDU-Führung stellt sich schützend vor Chaoten“. In dieser Meldung wird behauptet, die „KPD“ würde „Schützenhilfe“ von der CDU/CSU erhalten, die CDU/CSU stelle sich „schützend vor die ihr nützliche Seite einer handvoll Maoisten“. Abgesehen von der geradezu unglaublichen Gemeinheit dieser Lüge ist das doch wohl auch eine deutliche Mahnung an den bürgerlichen Staat, die „KPD“ nicht zu schonen, sondern endlich hart gegen sie vorzugehen.

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die von Revisionisten und „linken“ Sozialdemokraten geführte Jauche-Kampagne gegen die „KPD“ und andere linke Gruppen, z.B. Hausbesitzer, in der Zeitschrift „konkret“. Hier kotzen sich diese Leute so richtig aus, hier finden sich jene Artikel, für die sich UZ oder „Vorwärts“ zu vernehm sind.

Seit der Bonner Rathaus-Besetzung Mitte April hat „konkret“ jede Woche mindestens einen Artikel, für die sich UZ oder „Vorwärts“ zu vernehm sind.

Seit der Bonner Rathausbesetzung Mitte April hat „konkret“ jede Woche mindestens einen Artikel gegen die „Chaoten“, vor allem gegen die „KPD“ gebracht. Diese Artikel enthalten persönlichen Klatsch und Traisch, Gerüchte und Verleumdungen aller Art aus dem Mund

der Agenten des „Verfassungsschutzes“ (Urbach & Co.) – alles, nur keine politische Auseinandersetzung mit den „Chaoten“. Diese Kampagne ist für die Bourgeoisie besonders wertvoll, weil sie in jene Schichten hineinreicht, wo „Bild“, „FAZ“ etc. nicht mehr verfangen.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die Revisionisten ihre Polemik gegen die „ultra-linken Gruppen“ genau zum selben Zeitpunkt erheblich gesteigert haben, wo auch der bürgerliche Staat unmittelbar gegen diese vorgeht und wo in der gesamten bürgerlichen Presse aus allen Rohren gegen die „Chpoten“ geschossen wird. Die Revisionisten haben selbstverständlich nicht nur keine Einwände, sondern sie würden es b e g r ü ß e n, wenn alle „Chaoten“, also alle links von der DKP, möglichst schnell von der Bildfläche verschwinden würde. P o l i t i s c h wäre die DKP zur Auseinandersetzung mit den „Chaoten“ niemals in der Lage, also kommt das Vorgehen der Bourgeoisie höchst gelegen.

Dennoch halten wir die von vielen kommunistischen Gruppen und Organisationen vertretene Auffassung für falsch, daß die DKP nicht ebenfalls vom Verbot bedroht ist, weil sie sich angeblich „ihre Legitimität“ erkaufen hat, „aufs Grundgesetz eingeschworen“ sei usw. Das sind im Grunde dieselben Illusionen, denen sich die Revisionisten selbst hingeben. Aber die Bourgeoisie macht ja gar kein Geheimnis daraus, daß sie nach der Salami-Taktik vorgeht, die demokratischen Kräfte nacheinander abwürgen will und daß nach den Kommunisten

irgendwann in nicht zu ferner Zeit die DKP ebenfalls dran kommen soll.

Die Thesen mancher Gruppierungen, wonach die DKP nicht vom Verbot bedroht sei, sind nicht nur inhaltlich falsch, sondern sind auch faktisch völlig unsinnig. Diese Leute sagen doch praktisch den Mitgliedern der DKP: „Atsch, ihr seid nicht vom Verbot bedroht, weil wir die richtigen Kommunisten sind.“ Damit wird die Demagogie der DKP-Führung gestärkt und die Gewinnung einzelner DKP-Genossen zum solidarischen Kampf gegen Kommunistenverfolgung und Abbau politischer Rechte erschwert.

„Vorwärts, und nicht vergessen: die Solidarität!“

Außer der DKP haben auch einige Gruppen der kommunistischen Bewegung jede Solidarität mit der „KPD“ und „KPD/ML“ verweigert. Das sind in erster Linie die ABG München und der schwäbische KAB „D“. Diese beiden Organisationen haben klar ausgesprochen, daß es für sie „keine Solidarität“ mit diesen Organisationen gibt.

Besonders merkwürdig ist die „Abgrenzung“ des KAB „D“ gelungen. Er schreibt:

„Wer steckt hinter diesen Provokationen? Die Söhne von Kapitalisten. Wer liefert das Geld? Die Bourgeoisie und revisionistische Agenten.“ („Rote Fahne“, Mai 73) Haargenau dasselbe schreibt in Hamburg der IG Chemie-Vorstand gegen den Kommunistischen Bund. Genau mit demselben Mist füllt „konkret“ seit Wochen seine Seiten.

Eine bemerkenswerte Erklärung hat auch der KB Bremen („Wahrheit“) zur „KPD“ abgegeben. Eine Erklärung des ZK des KBB befaßt sich mit der Bonner Rathausbesetzung. Darin war die Rede von „kläglichstem Putzschmutz“, von „randalierenden Horden“, die „völlig sinnlos ein Rathaus demoliert“ hätten, um „ihre Müschen zu kühlen“. Der „KPD“ wurde gar vorgeworfen, sie habe „mit dem Großmut (!!) der Bourgeoisie gerechnet“, weil ja die Polizei aus lauter Großmut bloß wild geknuppelt, aber immerhin nicht geschossen hat. („Wahrheit“, April 73)

Die „KPD“-Führer haben aus der Rathausbesetzung ein Riesenspektakel gemacht: der Bourgeoisie wurde ein „Ultimatum“ gestellt, es wurde so getan, als hätte man sozusagen schon fast die Macht im Staat erobert, und anschließend traten die „KPD“-Führer stolzgeschwellt vor die Fernsehkameras, um zu verkünden, daß das eine Aktion der „KPD“ gewesen war. Das muß tatsächlich kritisiert werden, und damit haben

die Genossen äußerlich der Bourgeoisie den Vorwand zur Verfolgung der „KPD“ selbst in die Hand gegeben. Die Erklärung des KBB-ZK schießt jedoch über das Ziel weit hinaus, bedient sich demagogischer Formulierungen und kommt zu politisch äußerst bedenklichen Thesen („Großmut“ der Bourgeoisie). Auf der anderen Seite fehlt in der Erklärung jeder Hinweis auf die bürgerliche Hetzkampagne gegen die „KPD“, die doch unmittelbar nach der Rathausbesetzung einsetzte.

Wie jedoch reagiert darauf wiederum die „KPD“? In Hamburg hat sie unangenehm ein Flugblatt verteilen lassen, in dem unter der martialischen Überschrift „Kommunistenhetze unter der Maske der Solidarität“ gegen die SBG/„KG“ (eine Gruppe, die mit dem Zirkelblock NRP/KBB verbunden ist) polemisiert wird. (Die „KG“ hat sich in faktisch leicht abgewandelter Form die Angriffe des KBB gegen die „KPD“ zu eigen gemacht.)

Die „KPD“ nun nimmt das zum Anlaß, der „KG“ vorzuwerfen, daß sie sich „nahtlos einreißt in die gesamte Hetze der bürgerlichen Presse“, sie hätte sich in die „konterrevolutionäre Linie“ eingereiht usw. Daß die „KPD“ sich gegen unsolidarische Angriffe verteidigt, ist verständlich. Wenn sie aber einfach in herumpolternder Weise kommunistischen Gruppen mit dem Etikett „konterrevolutionäre Linie“ auszeichnet, dann ist das bestenfalls lächerlich, in der gegenwärtigen Situation direkt makaber. Die „KPD“ meint sogar – laut erwähntem Flugblatt – sie könne „auf solche Solidaritätsbekundungen“ verzichten.

Wenn man sich anseht, welche Vorwürfe in der kommunistischen Bewegung schon ausgetauscht worden sind, dann fragt sich doch, wo es überhaupt noch Solidarität geben kann, wenn man die Maßstäbe der „KPD“ anlegt. Die „KPD“ selbst z.B. hat noch unlängst in ihrer „Roten Fahne“ über den „KPD/ML“-Vorstand Ernst Aust geschrieben, er habe „Walte im Kopf und Schmutz vorm Mund“. Dagegen sind ja die „Föbeken“ der „KG“ gegen die „KPD“ noch geradezu harmlos. Dennoch hat sich die „KPD“ mit Ernst Aust – gegen den zur Zeit ein Prozeß läuft – solidarisch erklärt. Warum auch nicht?

Insgesamt kommt es darauf an, die Solidarität in der kommunistischen Bewegung zu stärken. Verzicht auf unsolidarische Polemik ist nur die eine Seite davon. Die andere Seite ist der Verzicht auf die weit verbreitete Selbstbeherrschung der eigenen Organisation und die lobhuldlerische und lägehafte Herausstellung einzelner Personen als die ganz großen Arbeiterführer. ■



Unser Weg
Zeitschrift des Kommunistischen Bundes
zu Fragen der Arbeiterbewegung

15

1. Monat (Fremde 71) Die Kampagne der Kapitalisten, das „Lohnbild“, die IG-Führung in der Tarifrunde, Tarifpolitik der DKP, die neuen 1983, Ratensingen, Abdruck zweier Polemik der neo-faschistischen ANR.

Zur Diskussion im Kommunistischen Bund.

16/17

1.80 Auswandererzeitung mit einer Stellungnahme des ZK der Arbeiter-Bund-Gruppe München unter dem Titel:

– Politik in Unterordnung unter die Interessen der Arbeiterklasse?
– Was können wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung lernen?
– Wie stehen wir zur VR China?

18

1. Anmerkungen zur NRP-Bandennummer: Kampf zweier Linien in der Kommunistischen Partei China.

Die Lärmschnecke und den Arbeitsstil verbessern! – Diskussionbeitrag der Zentralen Regionalkommission des KB. Die politische Arbeit im Bundesrat.

19

1. Zur Faschismus-Debatte: Auseinandersetzung mit KBB, NRP und SBG Polemik zu den Fragen: „Wahrheit“ und „Zwang“ zum Faschismus. Woher kommt die faschistische Massenbewegung? Suche nach dem „Sinn des Faschismus“. Weiterlegung der faschistischen Gefahr?

Erhältlich im ARBEITERBUCH, 3 Hft 12, Grindelhof 43 oder über VERLAG ARBEITERKAMPF, J. Reente, 2 Hft 13, Rutschbahn 33.

Extremistenerlaß gegen die Arbeiterklasse

Unter der Überschrift „Extremistenerlaß gegen die Arbeiterklasse“ werden wir uns in einer Artikelserie über mehrere Ausgaben unserer Zeitung mit der zur Zeit laufenden antikomunistischen Hetzkampagne in den Gewerkschaften und dem Ausschluß-Terror gegen linke und kommunistische Arbeiter und Angestellte auseinandersetzen und in diesem Zusammenhang auftauchende Fragen der kommunistischen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft erörtern. Mit dieser Artikelserie wenden wir uns gleichzeitig an die kommunistische Bewegung und Arbeiterlinke der BRD, um eine mög-

lich fruchtbare Diskussion um eine geeignete Strategie und Taktik gegen die Schläge der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Gang zu bringen.

In diesem Artikel setzen wir uns im wesentlichen mit Ereignissen im Zusammenhang der Kommunisten-Hetze in der IG-Druck und Papier auseinander. In weiteren werden wir auf die Ereignisse innerhalb der IG-Metall, der Liquidierung der Jugendbildungsarbeit und verschiedene örtliche Kreis-Jugendausstände des DGB in Niedersachsen, der IG-Chemie, GEW, DFG etc. auseinandersetzen.

In den westdeutschen DGB-Gewerkschaften läuft zur Zeit eine neue Welle von Antikommunismus-Beschlüssen. Gewerkschaftsausschüsse gegen einzelne Mitglieder, Auflösung gewerkschaftlicher Gremien usw. auf. Diese neue antikomunistische Welle wird von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern gegen die Arbeiterlinke in der BRD vorgetragen. Der Beginn dieser Antikommunismus-Welle erfolgte im wesentlichen sofort im Anschluß an die Betriebswahlen 1972, die der westdeutschen Arbeiterlinke zum Teil beachtliche Erfolge brachten. Vorbereitend dieser antikomunistischen Kampagne der Gewerkschaftsführer war die ein Jahr zuvor laufende antikomunistische Hetze der IG-Druck-Führer (Mahlheim und Stott) gegen die „Neue Linke“ im allgemeinen und die Münchner „Arbeiter-Basis-Gruppen“ (München) im besonderen (vgl. hierzu Artikel in AK 15, Feb. 72 und AK 16, März 72).

Die Kampagne in den Gewerkschaften rollt ab im Schutz und in Verbindung mit der antikomunistischen Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse sowie willkürlicher Unterdrückungsmaßnahmen der Staatsorgane gegen kommunistische Organisationen.

Die Ausschaltung kommunistischer und linker Arbeiter und Angestellter aus dem Gewerkschaftsleben ist im Grunde genommen so alt wie die Gewerkschaftsbewegung selbst, sie ist eine internationale Erscheinung und gilt für alle kapitalistischen Länder gleichermaßen. Seit die reformistischen und sozialdemokratischen Führer sich der Gewerkschaftsorganisationen und insbesondere ihrer organisatorischen Apparate bemächtigt haben, verteidigen sie ihre Stellung mit administrativen und organisatorischen Mitteln gegen die Arbeiterklasse, mit geschickt wechselnder Taktik und einer z.T. ungläublichen Demagogie gegen alle Bestrebungen, die gewerkschaftliche Kampfkraft mit für die Überwindung des kapitalistischen Systems einzusetzen. Im Sinne einer Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung benutzen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre Stellung in den Gewerkschaften zur Kontrolle der Arbeiterbewegung und zu ihrer auch politisch-ideologischen Integration in das kapitalistische System.

Bei dieser Aufgabe können sie sich auf die Unterstützung der Kapitalistenklasse, der bürgerlichen Parteien und des Staatsapparates verlassen. Die derzeit laufende antikomunistische Hetzkampagne muß vor dem Hintergrund dieser Entwicklungstendenzen in der westdeutschen Arbeiterbewegung gesehen und gewertet werden: Die für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahren unmittelbar wichtigen Ereignisse – also Tarifruhren, Streiks, Urabstimmungen, Betriebsrats- und Vertrauensleute-wahlen – zeigen inzwischen deutlich gewordene Ansätze für die Herausbildung einer allgemeinen Tendenz: Auf der einen Seite verzagen immer mehr Arbeiter, vor allem der Großbetriebe, den Gewerkschaftsführern bis zum gewissen Grad (noch weitgehend beschränkt auf Lohnfragen und unmittelbar betriebliche Probleme) Gefolgschaft und Vertrauen, auf der anderen Seite ist eine allgemeine Stärkung der Arbeiterlinke festzustellen, ein größer gewordenes Interesse vieler Arbeiter und Angestellter am gewerkschaftlichen Leben und Kampf und an politischen Fragen.

Diese neuen Tendenzen – die allerdings erst im Ansatz sichtbar werden – sind vor allem Ergebnis des in den letzten Jahren für jeden Arbeiter spürbar gewordenen materiell-finanziellen und politischen Drucks, der von der Kapitalistenklasse ausgeht.

Andererseits zeigt sich in dieser Tendenz, wenn auch beschränkt, ein gewisser Einfluß der propagandistischen und agitatorischen Arbeit kommunistischer und sozialistischer Gruppen und Organisationen, die an Klarheit und Umfang erheblich zugenommen hat. Diese Entwicklung innerhalb der westdeutschen Arbeiterklasse geht konform mit Entwicklungstendenzen in anderen gesellschaftlichen Bereichen: den zunehmenden Protesten und Aktionen gegen die kapitalistische Schul- und Ausbildungspolitik, gegen die kapitalistische Wohnungspolitik, gegen die Entwicklung bei Preisen, Mieten, Gebühren usw.

nicht dagewesenen Weise vom Leder gezogen wurde.

Wir schreiben dazu im ARBEITERKAMPF Nr. 15 (Febr. 72):

„Die Führung der IG Druck und Papier bläst zur Kommunisten-Hetze. Auf Flugblättern oder in „Mitteilungsblättern an die gewerkschaftlichen Funktionäre“ haben die Vorstände der Ortsvereine Hamburg und München mit hinfälligen und Unterstellungen, mit wilden Beschimpfungen und Diffamierung versucht, die Arbeiter gegen ihre kommunistischen Kollegen im „Kommunistischen Bund“ (Hamburg und Flensburg) und in den „Arbeiter-Basis-Gruppen“ (München) aufzuhetzen. Glaubt man den Schmierblättern dieser Ortsvereine, so würden die angegriffenen kommunistischen Arbeiterorganisationen nichts anderes im Sinn haben, als die „Arbeiternehmer zu spalten“ (Hamburg), „die gewählten (!) Betriebsräte zu verunglimpfen“ (Hamburg), „die gewählten (!) Gewerkschaftsfunktionäre zu diffamieren“ (Hamburg), „die Gewerkschaften und den DGB bei den Kollegen herabzusetzen“ (München), „Betriebsräte, Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder und ihre gewerkschaftliche Organisation sowie deren politische Parteien (!) ... in die Pfanne zu hauen“ (München) usw. ufm. Der Münchner Ortsverein, der

politische Parteien (!) ... in die Pfanne zu hauen“ (München) usw. ufm. Der Münchner Ortsverein, der von SPD- und DKP-Funktionären gemeinsam beherrscht und für deren Parteipolitik ausgenutzt wird, stellt sogar die irrazionelle Behauptung auf, daß die kommunistischen „Arbeiter-Basis-Gruppen“ (München) von Kapitalisten, Faschisten und Rechtskräften bezahlt werden würden.“

Obgleich die Angriffe der IG Druck-Führer sowohl in Hamburg als auch in München zum Teil massiv von Arbeitern, einem größeren Teil von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Delegierten und Betriebsräten zurückgewiesen werden konnten, scheute sich der erste Vorsitzende der IG Druck, Leonhard Mahlheim, nicht, schon einen Monat später in dem Zentralorgan dieser Gewerkschaft einen zweizeiligen Hetzartikel gegen „die sogenannten „Neuen Linken“ unter seinem Namen zu veröffentlichen. Bedenklos warf dieser Antikommunist kommunistische Organisationen mit „Stadtpöbeln“, „Bader-Meinhof-Gruppe“, „Tupamaros“, „Schwarze Zellen“ und – nicht zuletzt – den Faschisten in einen Topf.

Mahlheim versuchte seinerzeit in die von bürgerlichen Politikern, bürgerlicher Presse und Staatsapparat angeheizte „Bader-Meinhof“-Hysterie die kommunistischen Organisationen, speziell die Münchner „Arbeiter-Basis-Gruppen“, gleich mit einzubeziehen und abfertigen zu lassen. Wenn auch zu diesem Zeitpunkt die Presse der Kapitalisten seine Tiraden gegen die „anarchistisch-linksfaschistischen Sektierer“ (Mahlheim meint die kommunistischen Organisationen) applaudierend zur Kenntnis nahm und die Führer aller DGB-Gewerkschaften aufforderte, es Mahlheim nachzutun, blieb seinerzeit, vor gut einem Jahr also, eine unmittelbare Einbeziehung der kommunistischen Organisationen in die Bader-Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie aus.

Immerhin jubelte damals das kapitalistische „Handelsblatt“ vom 24. 2. 72 über den Mahlheim-Artikel:

„So schwarz, so offen und rück-sichtslos wie der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlheim, ... ist noch kein Gewerkschaftsvorstand mit der „Neuen Linken“ ins Gericht gegangen ...“ Und weiter an die Adresse der anderen Gewerkschaftsführer: „Sein (Mahlheims) Beitrag kann als Warnung an die deutschen Gewerkschaften

allgemein (!) verstanden werden, den „demagogischen Rattenfängern“ (gemeint sind die Kommunisten) und ihren „schizophrenen Phrasen“ entgegenzutreten.“

Vollends kurios wird es, wenn sich dieser Kapitalisten-Schreiberling im selben Artikel noch für eine starke Arbeiterbewegung im Zeug legt und die „Gefahr“ beschwört, daß die Kommunisten „die Gewerkschaftsbewegung zu zersplittern und zerstören“ versuchen. Schließlich fordert der Artikel im „Handelsblatt“ die Gewerkschaftsführungen auf, das „gestörte Bild“ einer allgemeinen kommunistischen „Unterwanderung der Gewerkschaften“ wieder schnellstens zu „korrigieren“.

Dieser Artikel im „Handelsblatt“ macht deutlich, daß die Kapitalisten durchaus an einer „einheitlichen“ und „geschlossenen“ Gewerkschaftsbewegung interessiert sind, solange dieselbe von solchen sozialdemokratischen Führern wie Mahlheim und Co. fest im Griff und kommunistische und andere linke Strömungen in der Arbeiterbewegung „klein gehalten“ werden können. Für die Kapitalisten ist diese Art „gewerkschaftlicher Einheit“ eine ausgezeichnete Möglichkeit der Zügelung und Lenkung der Arbeiterbewegung in ihrem Interesse.

Schon seinerzeit schrieb er: „Es darf damit gerechnet werden, daß die Führung der IG Druck und Papier eine Vorreiterrolle spielt und daß die Führungen anderer Gewerkschaften demnächst nachziehen werden, insbesondere wenn die Kommunisten an Einfluß in den Betrieben und Gewerkschaften gewinnen.“ (ARBEITERKAMPF Nr. 16, März 1972)

IG Drupa von der Hetze zur Liquidierung

IG Drupa von der Hetze zur Liquidierung

Der oben erwähnte antikomunistische Hetzartikel des Drupa-Vorsitzenden Mahlheim war nicht der letzte dieser Art in der „Druck und Papier“ (Zeitung für die Mitglieder dieser Gewerkschaft). Knapp acht Monate später sind die IG-Drupa-Führer dann von ihrer vorbereiteten Hetze, die die Isolierung kommunistischer und klassenbewußter Kollegen zum Ziel hatte, zu Taten übergegangen.

Am 5. Oktober 72 wurde gegen das IG-Drupa-Mitglied Hans Zintl, seit 1950 Mitglied dieser Gewerkschaft, durch „einstimmigen Beschluß des Münchner Ortsvorstands“ ein Ausschußverfahren nach § 11c der Satzung eingeleitet.

Die Gewerkschaftsführer monierten bei Hans Zintl „offensichtliches Zusammenwirken mit bekannten ABG-Sprechern“ auf einer „Demonstration der DGB-Jugend am Antikriegstag“. Genosse Zintl wurde von den Gewerkschaftsführern zur Vorstandssitzung geladen und auf seine Mitgliedschaft in den „Arbeiter-Basis-Gruppen“ angesprochen, die er auch offen bestätigte. Dieses Bekenntnis zu den ABG's reichte den Münchner Gewerkschaftsführern für ein Ausschußverfahren.

Am 23. 10. 72 begründete der Ortsverein seinen Schritt auf einem Flugblatt, das vor den Betrieben verteilt wurde. Darin finden wir die bemerkenswerten Äußerungen:

„Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: der Ausschußantrag gegen den Kollegen Zintl begründet sich ausschließlich auf dessen eingetragene Mitgliedschaft bei den Arbeiter-Basis-Gruppen und die damit verbundenen gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten. Wer Mitglied dieser Gruppierung ist, identifiziert sich mit ihrer pauschalen Diffamierung und Lügen über die Gewerkschaften und ihre Funktionäre ... Da er trotzdem weiterhin mit den ABG's zusammenarbeitet, wird, erscheint dem Ortsvorstand sein Ausschuß aus der IG Drupa unumgänglich.“

Diese Begründung ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert: ein wenig versteckt geben die Gewerkschaftsführer zu, daß sie dem Genossen Zintl persönlich nicht in

einem einzigen Fall konkreten gewerkschaftsfeindlichen Verhalten nachweisen können. Sie werfen ihm solches in ihrer „Begründung“ auch gar nicht erst vor. Stattdessen bestanden sie seine bloße Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation, die von den Gewerkschaftsführern als „gewerkschaftsfeindlich“ diffamiert wird. Später muß sogar Otto Götz – Sprecher des Ortsvereins – zugeben, daß der Genosse Zintl stets ein „guter Gewerkschafter“ war.

Was den Gewerkschaftsführer als unvereinbaren Widerspruch erscheint, ist in Wirklichkeit nur logisch: nämlich daß ein Mitglied einer kommunistischen Organisation immer ein guter Gewerkschafter ist, und dies nicht aus „taktischen“ Gründen, um sich – wie es die Gewerkschaftsführer verleumderisch darstellen – in das „Vertrauen der Kollegen einzuschleichen“, sondern aus prinzipiellen Gründen. Diese sind Ergebnis der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse ihren Zusammenschluß in Gewerkschaften braucht, um sich gegen den ständigen wirtschaftlichen und politischen Druck der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung verteidigen zu können, daß der Zusammenschluß der Arbeiter-Massen in Gewerkschaften für den Kampf um den Sozialismus notwendige Voraussetzung ist.

Zum zweiten ist bemerkenswert, daß dieser Ausschußantrag erfolgte, noch bevor der Hauptvorstand der IG Drupa seinen inzwischen allgemein bekannten „Antikommunismus-Beschluß“ verabschiedete, der die später gegründete „RGO“ (Rote Gewerkschafts-Organisation) und die damit angeblich verbundene Gefahr einer Spaltung der DGB-Gewerkschaften zum Vorwand für weitere Ausschlüsse gegen kommunistische und klassenbewußte Kollegen nahm.

Das bestätigt unsere Einschätzung, daß noch so wortreiche wie politisch richtige Abgrenzungen von dieser „RGO“ kommunistische und

klassenbewußte Arbeiter von Gewerkschaftsausschlüssen nicht schützen. Das bestätigt weiterhin, daß es den Gewerkschaftsführungen mit ihren Antikommunismus-Beschlüssen nicht um die Abwendung der Gefahr einer späteren „RGO“ geht, sondern um die Aufhetzung der Gewerkschaftsmehrheit gegen kommunistische Politik und Propaganda überhaupt. Auch ohne diese Antikommunismus-Beschlüsse sind Ausschlüsse nach den bestehenden Satzungen möglich, wie das Beispiel Zintl zeigt.

Zu dem Kollegen Zintl konkret wäre noch zu sagen, daß er seit über 20 Jahren als Gewerkschafter und später auch als Kommunist mutig für die Interessen seiner Kollegen eingetreten ist und deshalb schon mehrere Kündigungen hat hinnehmen müssen.

Besonders erbost hatten die Gewerkschaftsführer seine Aktivitäten im „Gewerkschaftlichen Aktionskomitee“, das zur Tarifrunde 72 von Funktionären und Mitgliedern der der IG Drupa gebildet wurde und das unter anderem eine Protestdemonstration zur gerade tagenden Tarifverhandlung zwischen Tarifkommissionen und Kapitalvertretern organisierte. Desweiteren kandidierte er bei den letzten Wahlen zum Ortsvorstand und erhielt die beachtliche Zahl von 78 Stimmen.

Angeichts der Drucker-Demonstration in München äußerte der berüchtigte Gewerkschaftsführer Dörhöfer (Hamburg) als Mitglied der Tarifkommission: „Diese Leute (er meint die demonstrierenden Drucker) müßte man alle fotografieren und aus den Gewerkschaften ausschließen!“

Mit dem Kollegen Zintl wurde ebenfalls der Kollege Francis Oppenauer – seit 10 Jahren Mitglied der IG Drupa, gewählter Vertrauensmann und Betriebsrat im Münchner Zeitungsverlag, Kandidat bei den letzten Wahlen zum Ortsvorstand (105 Stimmen) – von der Münchner Drupa-Führung auf seine mögliche Mitgliedschaft bei den ABG's durchleuchtet und verhört. Gegen ihn „wird weiter ermittelt“ – so der Ortsvorstand der IG Drupa im Polizei-Jargon.

Zusammenarbeit mit polizeilichen und staatlichen Organen

Nur einen Monat nach dem Ausschußverfahren gegen den Genossen

Es ist schon seit einigen Jahren üblich, daß örtliche Gewerkschaftsführungen von Zeit zu Zeit antikomunistische Hetzflugblätter vor den Betrieben verteilen lassen, die sich gegen kommunistische Organisationen richten, die sich in den letzten Jahren neu herausgebildet haben. In Hamburg tauchten bereits 1971 im Organisationsbereich der IG Chemie erstmals solche Blätter auf, die sich gegen die Agitationschriften des damaligen BALZ (Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum – jetzt KB) richteten.

teten.

IG Drupa – Führer als Vorreiter

Im Januar 72, also während der Tarifrunde in der Druckindustrie, hatte diese gelegentliche Hetze örtlicher Gewerkschaftsführer eine neue Qualität und bundesweite Ausdehnung gefunden. Etwa zur selben Zeit verteilten die Hamburger und Münchner IG Druck-Führer Flugblätter (für gewerkschaftliche Funktionäre), auf denen in bisher noch

Zintl schlugen die Drupa-Führer erneut gegen die bayrischen „Arbeiter-Basis-Gruppen“ zu. In Passau verfügte der Ortsvorstand der IG Drupa die Auflösung der örtlichen Jugendgruppe dieser Gewerkschaft, weil angeblich ihr Leiter „engere Beziehungen zu der Sympathisanten-Gruppe der Arbeiterbasisgruppe (München)“ habe.

An diese Zusammenhänge ist interessant, daß den ABG-Genossen ein Schreiben des Ortsvorsprechers Adolf Neyrall vom 30.11.72 an den „Leiter der Kriminalpolizei Passau“ in die Hände fiel (vgl. KAZ Nr. 32, Febr. 73 – Zeitung der ABG's).

In diesem Schreiben wird der Leiter der Jugendgruppe, Heinz Hiesberger, als Sympathisant der ABG's bezeichnet, bzw. daß sich in diesem Punkt Neyralls Verdacht „mittlerweile so stark bestätigt“ hat, daß es ihm „unverantwortlich“ erscheine, „diesem Mann eine Jugend anzuvertrauen“. Neyrall kündigt der Kripo dann noch ein gewerkschaftliches Ausschlußverfahren gegen Heinz Hiesberger an. Mit diesem Brief an die Kripo bezweckt die Passauer Drupa-Führung, daß Hiesberger, der Österreicher ist, aus Westdeutschland abgeschoben wird.

Diese zufällig offenbar gewordene unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden – in diesem Fall der Kripo – und einzelnen Gewerkschaftsführern bei der Jagd auf klassenbewußte Kollegen, ist keine einzelne Erscheinung.

Drei Beispiele, die uns allein aus dem Organisationsbereich der Hamburger IG Chemie bekannt geworden sind, sollen dies verdeutlichen:

1. In einem Fall ist uns bekannt geworden, daß ein Gewerkschaftssekretär eines Betriebsrat gegenüber in einem „vertraulichen Gespräch“ eine Reihe gewerkschaftlicher Vertrauensleute und Betriebsräte seines Betriebes als „Mitglieder des KB“ bezeichnete. Diese Information hätte er – so der Gewerkschaftssekretär – „kürzlich vom Verfassungsschutz erhalten“.
2. In einem mehrere Monate zurückliegenden Fall verlor ein reaktionärer Betriebsrat auf einer Betriebsratsung eine Namensliste der Betriebsratsmitglieder. Eine „Mahnrede“ von mehreren Arbeitern und Arbeiterinnen, die er als „Mitglieder des KB“ bezeichnete. Interessant dabei ist, daß er bei jedem Namen detaillierte Angaben aus dem Privatbereich der Betroffenen (die weitgehend stimmten) machte. Diese zum Teil sehr detaillierten Angaben können nur aus einer langfristigen Beschäftigungspraxis des Verfassungsschutzes stammen.
3. In einem dritten Chemiebetrieb verlor ein Gewerkschaftsleiter auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung eine Liste mit Namen von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Jugendvertretern, die er als Mitglieder des KB bezeichnete. Dabei führte er auch Namen von Kollegen auf, die in der betrieblichen Auseinandersetzung bisher kaum in Erscheinung getreten sind und die von daher den Gewerkschaftsführern gar nicht weiter auffallen konnten.

Diese wenigen (nur zufällig bekanntgewordenen) Beispiele zeigen, daß – bedingt durch die langjährige Schnöf- und Spitzelarbeit des Verfassungsschutzes, der Politischen Polizei und anderer Staatsorgane, durch das ständige Abfotografieren (und nachträgliche Identifizieren) von Teilnehmern an Demonstrationen, die von kommunistischen Organisationen durchgeführt werden – die Mehrheit aller Mitglieder und engeren Sympathisanten kommunistischer und anderer linker Organisationen auch den Gewerkschaftsführern bestens bekannt sein dürfte, wenn sie auch nicht in jedem Einzelfall völlige Klarheit haben können.

Wenn die Gewerkschaftsführer heute also noch nicht zurechnen auf einen Schlag alle ihnen bekannten Mitglieder und Sympathisanten kommunistischer Organisationen aus den Gewerkschaften ausschließen, so dies vor allem aus taktischen Erwägungen:

Zum einen spekulieren sie derzeit noch auf das opportunistische Zurückweichen kommunistischer und klassenbewußter Arbeiter und Angestellten, wenn sie an einzelnen

profilierten Linken heute das Exempel eines Gewerkschafts-Ausschlusses statuieren. Zum anderen möchten sie eine allzu starke Unruhe in den Belegschaften vieler Betriebe vermeiden, die zweifellos entstehen würde, wenn von heute auf morgen eine größere Zahl aktiver Gewerkschaftler (häufig gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsräte) geschäftet werden würden.

Gefahr des opportunistischen Zurückweichens

Die Schläge gegen klassenbewußte und kommunistische Gewerkschaftler durch die Gewerkschaftsführung (und in ihrem Verbund durch die SPD-Betriebsgruppen und sozialdemokratischen Betriebsräte) werden in nächster Zeit zweifellos härter werden. Die Gefahr eines opportunistischen Zurückweichens der Kommunisten und klassenbewußten Arbeiter wird zu nehmen.

Schon unter den jetzigen Bedingungen sind Genossen aufgetreten, die um „Rückstufung in das Sympathisantenverhältnis“ nachsichtigen, da sie sich dem „Druck und der Verantwortung kommunistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ nicht mehr gewachsen fühlen. Kollegen, mit denen es bisher enge Zusammenarbeit mit unseren Genossen gegeben hat, lassen sich, nachdem sie von Gewerkschaftsleitern direkt in die Mangel genommen wurden, zu öffentlicher Distanzierung z.B. von kommunistischen Zeitungen treiben.

In einem Extremfall (in einem Hamburger Chemiebetrieb) ist ein Betriebsratsvorsitzender, mit dem es bisher nicht nur enge Zusammenarbeit in Betrieb und Gewerkschaft gegeben hat, sondern der zeitweise sogar aktiv an kommunistischer Schulungsarbeit beteiligt war, dazu übergegangen, die von den Gewerkschaftsführern betriebene Kommunistenhetze zu unterstützen und selbst mit voranzutreiben.

Andererseits zieht die derzeit betriebene antikommunistische Hetze in den Betrieben mehr Kollegen in die politische Diskussion als das bisher üblich war. Empören sich Arbeiter über die Schweinereien der Gewerkschaftsführer und solidarisierten sich mit ihnen unter Beschuß stehenden Kollegen. Erkennen sie zunehmend den Zusammenhang zwischen der allgemeinen Politik der Gewerkschaftsführer (z.B. in Lohnrunden) und der derzeitigen Kommunistenhetze. Hier liegt eine bedeutende Chance für eine weitergehende Verankerung kommunistischer Politik, die Chance für das Knüpfen neuer Kontakte und Verbindungen durch die kommunistischen Arbeiter. Diese Chance muß offensiv genutzt werden.

Die notwendige Gegenoffensive der kommunistischen und klassenbewußten Arbeiter als Antwort auf die Kommunistenhetze der Gewerkschaftsführer darf nicht so aussehen, daß man sich z.B. darauf konzentriert, in großartigen Redeschlachten in Vertrauenskörpers und anderen gewerkschaftlichen Gremien den Gewerkschaftsführern Paroli zu bieten. Die Offensive der Kommunisten muß vielmehr mit dem Gesicht zur Masse der Kollegen geführt werden, d.h. die Kommunisten müssen auch in diese Auseinandersetzungen die konkreten und unmittelbaren Interessen der Kollegen einbringen (ohne vom politischen Charakter dieser Auseinandersetzung abzulenken) und sich bemühen, die spontane Empörung der Kollegen in politische Klarheit und Aktivität umzuwandeln.

Die Gewerkschaftsführer dagegen werden versuchen, die Auseinandersetzung mit den Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft mehr zu stärken „abstrakt-politischen“ Charakter bekommt, für die Masse der Kollegen immer weniger verfolgbar und unkontrollierbar. Dies wird gleichzeitig von den Gewerkschaftsführern ausgenutzt, um eine Isolierung der kommunistischen und fortschrittlichen Arbeiter zu betreiben, bereitet den Boden für ihre Demagogie gegen „Spinner“, „Utopisten“ etc. Ausdrücklich muß vor der Gefahr gewarnt werden, daß die Kommunisten und klassenbewußten Arbeiter in diese geschickte aufgestellte Falle tappen.

Ein opportunistisches Zurückweichen vor den Schlägen der Gewerkschaftsführer bringt den Ge-

nossen und Kollegen durchaus nicht größere Sicherheit vor Gewerkschaftsausschluß und Ausschlussschritt aus dem Betrieb, obgleich gerade diese falsche Hoffnung – bewußt oder unbewußt – viele zum Zurückweichen treiben mag.

Im Gegenteil: Haben die Gewerkschaftsführer erst mal die Erfahrung gemacht, daß ein bestimmter Kollege oder Genosse vor ihren Schlägen opportunistisch zurückgewichen ist, werden sie nicht eher locker lassen, werden ihre Schläge verstärken, bis sie ihn da haben, wo sie ihn hin haben wollen: beim offenen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, an den Interessen seiner Kollegen.

Im Grunde genommen erleichtert opportunistisches Zurückweichen von Genossen und Kollegen das Gewerkschaftsführer ihr Geschäft des Ausschlusses, wenn auch der Ausschlussschritt eines in der rechtsopportunistischen Ecke Abgedrängten mehr den Charakter der Beerdigung einer politischen Leiche hat.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Kommunisten und klassenbewußten Arbeiter unter den Schlägen der derzeitigen Kampagne durchaus überleben können, wenn sie ihrerseits zur Offensive übergehen. Die Tatsache, daß die Mitglieder der kommunistischen Organisationen größtenteils nicht nur dem Staatsapparat, sondern auch der Gewerkschaftsführung bekannt sind, ist zwar ein starkes Hindernis,



jedoch nicht allein entscheidend, wenn es ihnen gelingt in oben beschriebener Weise die Interessen der Kollegen in die Auseinandersetzung mit einzubringen.

Die Kommunisten werden nur dadurch in die Lage kommen, ihren Einfluß in der Arbeiterklasse zu halten oder gar auszubauen und zu verstärken, daß sie das politische Niveau ihrer Agitation und Propaganda, ihrer gesamten Arbeit entscheidend zu heben imstande sind.

Liquidierung der Westberliner DJU-Vorsitzenden

Nur gut einen Monat nach ihrem Angriff gegen fortschrittliche Kollegen in Passau schlug die Drupa-Führung erneut zu. Am 15. Dezember wurden nach vorausgegangenen Verhandlungen die Vorstandsvorsitzenden der Westberliner DJU (Deutsche Journalisten-Union) Jörg R. Metke und Stefan Reimer aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. (Die DJU ist der IG-Drupa angeschlossen, d.h. sie untersteht dem Vorstand der IG-Drupa.)

Vorausgegangen war die Bemühung dieser beiden Gewerkschaftler, mit einer eigeninitiiert eingeleiteten Spendenaktion 187 kurzfristig auf die Straße gewetzten Druck-Kollegen, die Opfer einer kapitalistischen Betriebsabteilung waren, über die Ägare Not hinwegzuhelfen.

Für die Drucker-Kollegen war diese Spendenaktion vor allem deswegen von großem Wert, da es – trotz anderslautenden Versprechungen – weder der Westberliner Senat noch die Drupa-Führung für nötig hielten, die auf die Straße gewetzten Kollegen finanziell zu unterstützen. In der eingeleiteten Spendenaktion der beiden DJU-Vorsitzenden sah die Westberliner Drupa-Führung „eigenmächtiges Vorgehen“ und damit „gewerkschaftschädigendes Verhalten“.

Der Westberliner Drupa-Vorstand stellte beim Stuttgarter Hauptvorstand Antrag auf Ausschlus, den dieser am 15. Dezember nach nochmaligem „Verhör“ der beiden Journalisten vollzog. Außer der „eigenmächtigen“ initiierten Spendenaktion wurde noch ein weiterer – vorerst

von der Gewerkschaftsführung jedoch geheim gehaltenen – Ausschlusgrund angegeben: der Spendenaufwurf von Metke und Reimer wurde in der sozialistischen Druckerzeitung „umbruch“ veröffentlicht. Darum mutmaßte die Drupa-Führung „Verbindungen“ zwischen den beiden Journalisten und dem „umbruch“, der von der Gewerkschaftsführung als „gewerkschaftsfeindlich“ diffamiert wird. Vor seiner Veröffentlichung im „umbruch“ kursierte dieser Spendenaufwurf allerdings schon in weiten Kreisen westberliner Gewerkschafter, so daß der Vorwurf einer „Verbindung“ willkürlich blieb.

Der Ausschlus der beiden Kollegen ist noch unter einem anderen Aspekt bemerkenswert:

Während noch vor Jahren sich im wesentlichen die Arbeiter gewerkschaftlich organisierten, ist heute ein allgemein stärker gewordener Trend zur gewerkschaftlichen Organisation auch im Bereich der Angestellten und kleinbürgerlicher Schichten erkennbar. Die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), in der Lehrer, Erzieher, Wissenschaftler usw. sich organisieren, hat einen starken Mitgliederzuwachs. Dasselbe ist bei der DGB-Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen) erkennbar. Weiter haben sich Journalisten und in letzter Zeit auch Schriftsteller in Sondergruppen der IG-Drupa angeschlossen.



Diese insgesamt positive Entwicklung birgt jedoch auch eine Gefahr in sich: Die ökonomischen Interessen von zum Teil hoch bezahlten Wissenschaftlern, Journalisten, Schriftstellern usw. können unter Umständen gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet sein, da ihre zum Teil überhöhten Gehälter häufig darin begründet sind, daß sie den Kapitalisten in dieser oder jener Weise bei der Unterdrückung und Gängelung der Arbeiterklasse hilfreich und nützlich sind.

Diese in der gewerkschaftlichen Organisation von Kleinbürgern liegende Gefahr kann nur überwunden werden, indem sich die dort Organisierten bewußt und politisch mit den Interessen der Arbeiterklasse solidarisiert und ihre eigenen gewerkschaftlichen und politischen Ziele am Gesamtinteresse der Proletariats anordnen, d.h. unterordnen.

Mit ihrer Spendenaktion für in Not geratene Drucker-Kollegen haben die Journalisten Metke und Reimer in diesem Sinne gehandelt, haben sie aktive Solidarität mit den Arbeitern geübt. Ihr Ausschlus aus der Gewerkschaft und insbesondere die Begründung durch die Drupa-Führung, die eben diese aktive Solidarität verurteilt, zeigt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in jedem Falle eine Solidarisierung der kleinbürgerlichen Gruppierungen innerhalb der DGB-Gewerkschaften mit den Interessen der Arbeiterklasse verhindern wollen. Dies ist zweifellos ein politischer Angriff auf die Arbeiterklasse.

Der Radikalisierung der IG-Drupa-Führung

Am 31. März 73 begann mit der Kündigung der alten Tarifverträge durch die Drupa-Führung die Druck-Tarifrunde in diesem Jahr. Die Drupa-Führung bereitete diese Tarifrunde, in der eine schärfere Auseinandersetzung mit der gewerkschaftlichen Basis bereits sichtbar wurde, in der ihr eigenes Art und Weis intendiert vor. Im „Zentralorgan“ dieser Gewerkschaft „Druck und Papier“ (Zeitung für die Mitglieder) erschien am 19. Februar

(Nr. 4, Jg. 111) erneut ein antikommunistischer Hetzartikel unter der Überschrift: „Die Radikalen planen den Umsturz / RGO: Zerstörung der Gewerkschaft an der Basis“.

Auf das Thema RGO (Rote Gewerkschaftsopposition) sind wir bereits im letzten AK (Nr. 27, S. 22) ausführlich eingegangen. Es ist bekannt, daß das Konzept RGO von zwei linken Organisationen mit Namen „KPD“ und „KPD/ML“ vertreten wird. In der linken Szene ist es gerade diese beiden unter den bedeutendsten Gruppen mit dem geringsten betrieblichen und gewerkschaftlichen Einfluß. Heute wird dem Konzept RGO nur größere Bedeutung für die Entwicklung der westdeutschen Arbeiterbewegung in der Hitze der Gewerkschaftsführer und des z.T. komischen „Selbstdarstellens“ von „KPD“ und „KPD/ML“ beigemessen.

Der geringe betriebliche und gewerkschaftliche Einfluß der beiden Organisationen „KPD“ und „KPD/ML“ steht offenbar im Zusammenhang mit der Befürwortung des Konzepts RGO. Insbesondere die „KPD/ML“ (Roter Morgen) versucht ihre politische und organisatorische Schwäche hinter besonders großartigerem Gerede in ihren Zeitungen zu verdecken. Den kaum vorhandenen betrieblichen und gewerkschaftlichen Einfluß dieser Organisation sollen großmäulige und politisch unnütze Ausführungen überfließen über eine hier und heute zu gründende „Rote Gewerkschaftsopposition“ als eigenständige, innerhalb und außerhalb der DGB-Gewerkschaften operierende Organisation. Die Verantwortlichen solcher Vorfindlichkeiten, die ein kleines Häuflein Arbeiter und Angestellte, die im Einfluß ihrer Organisation stehen, zusammengebracht haben, bauschen diese Angelegenheit zu einem „unerhörten wichtigen Fortschritt“ für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der BRD auf.

Die Drupa-Führer haben nun mit Bienenfleiß die Zeitungen dieser „KPD/ML“ durchgesehen und die am meisten unnütze Ausführungen darin in ihrem Artikel zusammen-

gefaßt. Diese Ausführungen (aus dem „Roten Morgen“) sollen dazu dienen, die gesamte kommunistische Bewegung zu diskreditieren, sollen einen Keil zwischen die kommunistischen und anderen linken, fortschrittlichen Gewerkschaften treiben. Die Drupa-Führer unterstellen, daß das RGO-Konzept nicht nur vom „KPD“ und „KPD/ML“ vertreten wird, sondern mehr oder weniger von allen kommunistischen Organisationen. Geschickt bemühen sie sich dann, für die Arbeiter angemessene Lohnforderungen zu „speziellen Forderungen“ der RGO und ähnlicher Organisationen zu stempeln, nur weil dieselben diese Forderungen auch propagieren.

Das Ziel ist also durchsichtig: Die aktiven Gewerkschafter sollen eingeschüchtert werden, sollen nicht wagen, sich für angemessene Lohnforderungen – wie 40 Mark wöchentlich für alle, die in vielen Druckbetrieben zur Lohnrunde aufgestellt wurden – einzusetzen und stark zu machen, ohne damit schon als „RGO-verdächtig“ zu gelten.

Einen Monat später veröffentlichte die Drupa-Führung in ihrer Zeitung den sog. „Extremisierlaß“. In der „Druck und Papier“ Nr. 6 vom 19. März – also nur eine gute Woche vor Beginn der Lohnrunde – gibt die Drupa-Führung in einem Artikel unter der Überschrift „Extremisten können ausgeschlossen werden“ folgenden Beschluß des Hauptvorstandes bekannt:

„Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier, welche sich zur Roten/Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) oder Gruppen mit gleicher beziehungsweise ähnlicher Zielsetzung bekennen, deren Bestrebungen durch ihre Mitgliedschaft, durch Äußerungen in Wort und Schrift beziehungsweise durch aktive Mitwirkung unterstützen, verstoßen gegen § 4 der Satzung der IG Druck und Papier. Auf sie ist das Verfahren nach § 11 (Ausschlus) aus der Gewerkschafts-Ziffer 1 a beziehungsweise 1 c anzuwenden.“

Die schwämmigen Formulierungen. Forts. nächste Seite

gen (z.B. „ähnliche Zielsetzung“, „aktive Mitwirkung“) sind von der Gruppe/Führung absichtlich gewählt worden, sie lassen sich völlig willkürliche Interpretationen öffnen und sind prinzipiell gegen alle Kritik der Vorstandspolitik gerichtet, wenn auch der Hauptvorstand zynisch behauptet, daß mit diesem Beschluß „Kritik und Meinungsfreiheit innerhalb unserer Organisation“ nicht unmöglich gemacht werden sollen. Selbstverständlich geht es den Gewerkschaftsführern gerade darum.

den Kapitalisten gegen die Interessen der Arbeiterklasse zusammenarbeiten. Die Kommunisten tun dies aus der grundsätzlichen Erfahrung und Einschätzung heraus, daß die Arbeiterklasse mit diesen Gewerkschaftsführern nicht einmal im wirtschaftlichen Kampf gegen die Kapitalisten bestehen kann, geschweige denn einen politischen Kampf um die Beseitigung des kapitalistischen Systems der Ausbeutung führen kann.

Die Gewerkschaftsführer sind inzwischen dazu übergegangen, die kommunistischen Organisationen in der von ihnen beherrschten Presse zu „diffamieren“ und zu „beleidigen“. Die gemainten Lügen, die größten Geschichtsfälschungen werden dort verbreitet. Die Kommunisten sind dies gewohnt. Kein bürgerliches Gericht würde je auf die Idee kommen, wegen dieser Diffamierung die Gewerkschaftsführer zur Rechenschaft zu ziehen.

In der bürgerlichen und Gewerkschafts-Presse werden heute die Kommunisten ganz selbstverständlich als „Spinner“, „Utopisten“ oder schlimmer als „Faschisten“, „Linksextremisten“ usw. bezeichnet. In diesem Sinne wird die Kritik der Kommunisten an den Führern des Reformismus in der bürgerlichen Öffentlichkeit ganz selbstverständlich als „Diffamierung“ und „persönliche Beleidigung“ aufgefäßt. Die Vorherrschaft bürgerlicher Ideologie

und antikommunistischer Vorurteile wollen sich nun die Gewerkschaftsführer zunutze machen, um mit Hilfe der bürgerlichen Gerichte diese Kritik der Kommunisten verbieten und bestrafen zu lassen. Dabei scheuen sie sich nicht, die Mitgliederbeiträge der Gewerkschaften für aufwendige Prozesse gegen die Kommunisten zu verpulvern.

wird fortgesetzt

Kriminalisierung der kommunistischen Agitation und Propaganda wird vorbereitet

Zusammen mit dem Extremisten-erlaß veröffentlichte der Drupa-Hauptvorstand einen weiteren Beschluß im selben Artikel, der bisher weder in der bürgerlichen noch kommunistischen Presse entsprechende Beachtung fand. Dieser Beschluß heißt:

„Der Hauptvorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, die Interessen von Funktionären der IG-Druck und Papier, die im Zusammenhang mit ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Publikationen der Roten Gewerkschaftsopposition (RGO) und anderer Gruppen mit ähnlicher Zielsetzung diffamiert und persönlich beleidigt werden, vor ordentlichen Gerichten zu verteidigen. Der Hauptvorstand ist der Auffassung, daß eine Rechtsverfolgung der für diese Publikationen Verantwortlichen auch im Interesse der Organisation erforderlich ist.“

Den kommunistischen Organisationen ist es noch nie um Diffamierungen und persönliche Beleidigungen irgendwelcher Gewerkschaftsführer gegangen. Aufgabe der kommunistischen Agitation und Propaganda allerdings ist es, die Funktion der Führer des Reformismus den Arbeitern immer wieder deutlich zu machen, auf ihren ständigen Klassenverrat hinzuweisen, aufzuzeigen, in welcher Weise sie mit

Aus einer ostholsteinischen Kleinstadt

Am Eutin-er Voß-Gymnasium ist der Geschichtslehrer Schotton besonders offen dazu übergegangen, Zensuren nicht nach der fachlichen Leistung, sondern nach der politischen Meinung zu vergeben. In der Geschichtsarbeit, die die „Grundlagen des Marxismus“ zum Inhalt haben soll, ist eine Spalte „Kritikfähigkeit“ am Marxismus eingeführt. Wer denn nicht bereit ist, die im Unterricht von Schotton vorverordnete „Kritik“ in der Arbeit nachzukommen, kommt wegen „mangelnder Kritikfähigkeit“ am Marxismus natürlich auf keine gute Note mehr, während üble Hezzen gegen die Arbeiterklasse und abstruse Verdrehungen des Marxismus mit einer honoriert werden!

So kann z.B. ein Juno (I) für die unterhört Aussage, daß die „deutsche Arbeiterklasse keine revolutionäre Vergangenheit“ hätte, mit einem Schlag vier Punkte kassieren, während unser Genosse, der in der Arbeit die Positionen der Arbeiterklasse verteidigt, natürlich leer ausgeht.

Je dristler die Schlage gegen den Marxismus, desto höher offensichtlich auch die Punktzahl! Wenn geschrieben wird, Marx „Irrte sich in der Verständnistheorie“, dazu noch, daß „in der bisherigen Geschichte noch kein Klassenkampf, d.h. ein Kampf mit dem Ziel der Vernichtung der anderen Klasse“, (7/1) ausgebrochen“ sei, läßt Herr Schotton in seiner Begeisterung gleich sechs Punkte springen... Die Beispiele ließen sich vermehren.

Natürlich ist Schotton kein Einzelfall. Im braunen Eutin-er Kille gedeihen vorzüglich und unbeschadet solche Sumpfplanzen wie der Rektor der Realschule, Ernst Harm (CDU), Schul-Führer Harm, Stempert auf Revanchistentreffen des in

Eutin ansehnigen „Bund der Vertriebenen“, führt die Meinungszensur und politische Entwertung auf folgende Art durch: Auf Befehl Harms werden die Schüler vom Hausmeister nach kommunistischer AP „gefilzt“, „... mach mal die Tasche auf!“, Flugblätter, die vor (I) der Schule verteilt werden und auch der ARBEITERKAMPF, der vor der Schule verkauft wird; werden den Schülern vom Hausmeister weggenommen! Diese Methoden des Meinungserrors haben eindeutig faschistische Vorbilder.

Programatisch erklärt Harm dazu: „Ich tu, was ich will, und es klappt!“ An der Eutin-er Berufsschule treiben Offiziere und Hauptleute der Hitlerarmee ihr braunes Unwesen daran, daß sich sogar das CDU-Kultusministerium in den 60er Jahren zu einer Verurteilung Hauptmann Rösners wegen zu offener rechtsradikaler Propaganda veranlaßt sah.

Auch das Eutin-er Mädchengymnasium kann mit einem rechtsradikalen Folgekann an der Spitze aufwarten. Rektor Jarmatz, Mitglied im „Freundekreis der CSU“, schafft auf erprobte Art und Weise „Disziplin und Ordnung“. Anlässlich eines geplanten Schülerstreiks gegen die Verabschiedung des reaktionären Landeshochschulgesetzes (LHG) in Schleswig-Holstein, brief Jarmatz Schülerversammlungen ein, auf denen er sich für die LHG und scharf gegen Streik, die Schülervertretung usw. aussprach. Dabei umrassete er jede Diskussion, wörtlich: „Dies ist eine Belehrung und keine Diskussion!“

Als das immer noch nicht genügend fruchtete, schrieb er einen Brief an alle Eltern, indem er zwischen Lügen und Diffamierungen offene Drohungen gegen politisch aktive Schülerinnen entwickelte. Gleich sahen

sich auch seine braunschweigigen Mitklaffer, Obermeister und Koweg, zu den unverschämten Diffamierungen veranlaßt, daß die Aktivitäten der Schülervertretung Parallel zu den Methoden der Nationalsozialisten zeigten.

Die braune Spur führt weiter zur Lokalschule, zum Zusammenstoß mit Schreibern vom „Ostholsteiner Anzeiger“ (Verleger NPD-Mitglied, Chefredakteur CDU). Im Zusammenhang mit einem möglichen Streik der Eutin-er Gymnasialisten wurde die antikommunistische Hetzmachinerie wieder auf Hochtouran gebracht. — Da war denn die Rede davon, daß die Kommunisten sich „eingemischt“, zum Streik „aufgewiegelt“ hätten usw.

Dieser kleine Ausschnitt steht repräsentativ für die Eutin-er Verhältnisse. Obiges geschieht nämlich vor dem Hintergrund, daß Eutin eine alte SA-Hochburg war, die Hitler schon in den 20er Jahren mehrere Male aufgeschoben hatte.

Diese Tradition ist natürlich nicht gebrochen. Beispielsweise werden die großen Polizei- und Bundeswehrverbände („Heimatschutzkommando“) von alten „erfahrenen“ SS-Leuten angeführt. Und genauso, wie damals die SA ausrückte, um Arbeiterdemonstrationen in Preetz und Kiel zu zerschlagen, rückt heute die Eutin-er Polizei gegen Demonstrationen in Hamburg, Kiel, Flensburg usw. aus.

KL-Gruppe Eutin

»Der erste



Schuß muß tödlich sein

Den Kapitalisten genügt es nicht, sich über sie Augen und Ohren über die Kampfkraft der Arbeiter zu informieren. Auch Notstandsgesetze, Verfassungsschutz, Bürgerkriegsausübung des Bundesgrenzschutz und spezieller Polizei-Einheiten sind noch nicht alle Waffen, die die Unternehmer sich gegen selbständige Politik der Arbeiterklasse geschaffen haben. In aller Öffentlichkeit werden jetzt private Spitzel- und Kilierttruppen organisiert: nach dem „bewährten“ Vorbild faschistischer Terrorgruppen.

Jüngstes Beispiel: Eine „Firma“ mit vier Millionen Jahresumsatz in Kassel, die sich (nach dem Vorbild des US-Geheimdienstes) „CIA“ nennt. Chef ist ein gewisser Gerd Milm, der früher bei der amerikanischen Spionagewehr CID (I) arbeitete und sich im Wahlkampf 1969 zur Bewachung des NPD-Parteivorstandes anheuern ließ.

Ihren Profit macht diese saubere Firma hauptsächlich mit „Industrieschutz“, sie ist bereits bei zahlrei-

chen größeren Unternehmen „im Geschäft“, wo sie für die Überwachung „pro tausend Arbeitnehmer“ jährlich 156 000 DM plus Spesen kassiert!

Unerkant arbeiten im Auftrag dieser Truppe vierzig „Spezialagenten“, darunter vier Frauen. In westdeutschen Betrieben. Alle sind sie bewaffnet und können Karate. Um nicht aufzufallen, werden sie vorher monatlang auf ihren Spezialauftrag trainiert. Sie bilden jedoch nur den „harten Kern“ — in Verbindung mit ihnen arbeiten noch etwa 5 000 sogenannte „Zeitagenten“ — „das sind sehr zuverlässige und angewohnte Mitbürger“ (Milm) — die sich mit Spitzeldiensten zusätzlich Geld verdienen wollen.

Als Ausbeute der Schnüffelei unter den Arbeitern und Angestellten sind im Archiv der Firma „CIA“ bereits Akten über 20 000 (zwanzigtausend!) Personen angelegt mit Angaben bis in die intimsten Persönlichkeits-Bereiche. Vieles wird an den Verfassungsschutz weitergeleitet. Die Kasserer „CIA“-Leute

„schauen scharfen Auges nach links“ (sagt ihr Chef), angeblich, „um die demokratische Grundordnung zu schützen“ (!).

Dazu der Sohn und Kompagnon von Gerd Milm, Frank Milm: „Wir machen alles, wenn es nicht gegen die deutsche Industrie geht.“

Die mit Minikameras, Tonbandgeräten, Infrarot-Nachtsichtgläsern und einem Legendetektor ausgerüsteten Agenten, über deren Einsatz angeblich stets auch Arbeitsdirektor oder Betriebsrat informiert werden, wählen zunächst die Personalakten einer „schutzbedürftigen“ Firma durch. „Wir prüfen die finanziellen und privaten Verhältnisse, stellen eventuell fest, welche Parteizugehörigkeit, da diese Unterwanderungen zumeist ja doch von recht linker Seite erfolgen.“

Soweit Frank Milm über die Methoden, mit denen fortschrittliche Kollegen, die der Geschäftsleitung „politisch verdächtig“ sind, überwacht werden sollen.

Die „Jautlos“ arbeitende Spitzeltruppe ist jedoch nur das eine Bein dieser Privatarmee. Sie wird ergänzt durch eine uniformierte, militärisch ausgebildete „Industrieschutztruppe“. Frank Milm: „Unsere Leute sind scharfer als die normalen Wertschutztrupps mit ihren laihnen Scherhunden. Wir können uns vor Aufträgen kaum retten.“

Wovon spricht er? Seine Leute werden von indoktrinierten Karatelehrern darauf trainiert, mit bloßen Händen Menschen zu töten. Nicht nur das: Auf einem eigenen Schießstand wird täglich trainiert unter der Parole: „Der erste Schuß muß tödlich sein!“ Geschossen wird auf eine Scheibe, auf die menschliche Umrisse gemalt sind — nur bis zur Gürtellinie, Schlüsse auf Beine und Füße, die nur kampfunfähig machen, werden gar nicht er gelbt.

Diese Kilierttruppe wird bei Streiks „zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Ordnung“ (Milm-Dienstleistungsbezeichnung) in Betrieben gegen die Arbeiter eingesetzt. Dann „werden alle dienstfreien Industrieschutzangehörigen zur Verstärkung des regulären Dienstes hinzugezogen und für die Dauer des Streiks im Werkgelände untergebracht.“

Damit die Truppe „scharf“ bleibt,

wird zum Beispiel bei der hannoverschen Gido-Brauerei die Mannschaft alle 14 Tage ausgewechselt. Frank Milm: „Sie sollen nicht erst heimlich werden. Keine Vertraulichkeiten mit den Arbeitern.“

Auch die Bundeswehr hat ihre Proten in diesem Kilierttrupp! So ist der Chef-Ausbilder der „Industrieschutztruppe“ (Schiemann) zur Zeit Feldwebel bei der Bundeswehr, Zeitsoldat auf acht Jahre, hat Einzelkämpferausbildung und ist Träger der „goldenen Schützenschnur“. Überhaupt werden Leute vom Bund, Grenzschutz oder der Polizei bevorzugt eingestellt. „Da ist schon Drill drin.“

(Ähnliches wird grundsätzlich für die gesamte Polizei angestrebt. Auf einer Tagung der führenden Polizeibeamten und Staatsanwälte des ganzen Bundesgebietes wurde unter großem Beifall der „gezielte Todebschuß“ gefordert. Der Todebschuß der Polizei sei der „letzte, aber legale Ausweg“, um gegen „Extremfälle totaler Kriminalität“ vorzugehen. Was darunter zu verstehen ist, hat



Milm's faschistische Privattruppe: „Auf Mann“ abgerichtete Bluthunde und bewaffnete, uniformierte „Agenten“ gehören ebenso dazu, wie konspirativ arbeitende Spezialisten mit Minikameras, Abhörgeräten etc.

das Vorgehen gegen die Bander-Meinhof-Gruppe im vorigen Jahr deutlich genug gezeigt.)

Neben der „gründlichen“ Ausbildung besitzt die Wertschutztruppe Milms noch eine Hundestaffel mit mannschaft abgerichteten Schä-

ferhundestellen, die sofort an die Kehle springen.

Niemand hat bis jetzt etwas gegen diese auf Einsatz gegen Arbeiter gedrückte Kiliertorganisation unternommen. Im Gegenteil. Der Schießstand wurde eigens vom Kasseler Oberbürgermeister genehmigt, der Landesinnenminister in Wiesbaden hat sich noch nicht geäußert. Auch von der Gewerkschaft kam noch kein Einspruch — interessiert sie sich nicht für diese Mordorganisation? (nach: „Stern“, 14/73)

„Protest“ gegen die Organisation Milms kam lediglich vom Bund deutscher Detektive e.V. „Eigentlich sollte Herr Milm wissen, daß z. B. die Sicherung von Betrieben heute noch keineswegs gefährlich ist, jedoch sehr viel Takt (!) und Fingerspitzengefühl erfordert. Für diese Arbeit benötigt der Detektiv Köpchen und kein Schießseisen.“ (Stern, 10.5.73). Das heißt nichts anderes, als daß zur Zeit noch die „einfache“ Spitzeltätigkeit gegen fortschrittliche Kollegen und Gewerkschafter im Betrieb weitgehend ausreicht, daß aber schon morgen der massive Einsatz von Organisationen wie der Milmtruppe zum Kampf gegen die Arbeiterbewegung notwendig sein kann. Die Kapitalisten wissen das sehr genau — nicht umsonst kann sich Milm „vor Aufträgen nicht retten“.

Berichte aus Japan zeigen, welche Bedeutung solche „Abwehrorganisationen“ (Milm selber nennt seine Truppe die „größte private Abwehrorganisation Europas“) gewinnen können. Dort stehen riesige Gangsteryndikate, mit z. T. mehr als 120 000 Mitgliedern, zur Zusammenarbeit mit der Polizei, höchsten Wirtschaftskreisen und Politikern bereit. (Der Name der größten Organisation ist beziehend: „Verein zur gegenseitigen Unterstützung“) Für jedes schmutzige Geschäft können Gangster angeworben werden, insbesondere, wenn es gilt, „widerspenstige Gewerkschafter im Betrieb einzuschüchtern“ (Stern, 15/73). Hier ist nicht nur eine vielseitig verwendbare faschistische Kampfruppe, sondern zugleich der Ansatz einer faschistischen Massenorganisation geschaffen.

Hamburg:

GEW-Vorstand knapp gescheitert

Am 26.4.1973 fand die ordentliche Hauptversammlung der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) in Hamburg statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt: Abschaffung der Hauptversammlung, die als Versammlung aller ordentlichen Mitglieder das höchste Beschlussorgan des Verbandes bildet. Nach Willen des Vorstands und eines großen Teils der Mitglieder sollte stattdessen eine Delegiertenversammlung eingesetzt werden (siehe ARBEITERKAMPF 26, S. 10). Die Absicht, die der Vorstand mit dieser Satzungsänderung verfolgte, war klar: Die HV, die mehr und mehr zu einem Organ innergewerkschaftlicher Kritik und Kontrolle wurde, sollte zugunsten eines vorstandsfreundlichen Akklamationsorgans ausgeschaltet werden. Dieser Frontalangriff auf die innergewerkschaftliche Demokratie kam im ersten Anlauf erfolgreich abgelehnt werden. Der Vorstand verfehlte knapp die für eine Satzungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit; die HV bleibt vorerst bestehen.

Diese Auseinandersetzungen sind auf dem Hintergrund der Krise kapitalistischer Bildungspolitik zu sehen. Die von einem erblichen Teil der Eltern, Schüler und Lehrer in die sozial-liberale Regierung gesetzten Erwartungen, nämlich grundlegende Reformen des Bildungswesens, sind gründlich enttäuscht worden. Mit dem erschütterten Vertrauen in die SPD macht sich gleichzeitig ein wachsender Unmut über die Schulmisere breit, und die Bereitschaft steigt, sich in dieser oder jener Weise kämpferisch für die Bewältigung der Mißstände zu engagieren.

Das ist die objektive Ursache für den Tatbestand, daß auch Teile der in der GEW organisierten Lehrer nicht nur Pläne, Debatten und fruchtlose „Spitzengespräche“, sondern endlich einmal Taten von ihrer Gewerkschaft sehen wollen – und zwar ohne Rücksicht darauf, ob darunter das Ansehen irgendeiner Partei oder gar „unseres demokratisch-sozialen Rechtsstaates“ Schaden nehmen könnte.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der GEW Hamburg haben gezeigt, daß die Gewerkschaftsführer diese Entwicklung für gefährlich halten und daß sie auch vor weitreichenden Mitteln nicht zurückzucken, um diese Bewegung zu

halten und daß sie sich vor weitreichenden Mitteln nicht zurückschrecken, um diese Bewegung zu stoppen.

GEW-Vorstand gegen „Fundamentalisten“

Der Hamburger GEW-Vorstand hat bewußt die Frage der prinzipiellen Einstellung gegenüber „unserem demokratisch-sozialen Rechtsstaat“ in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt, und nicht etwa die Frage der prinzipiellen Einstellung zu den Interessen der Bevölkerung an Schule und Ausbildung.

Zwar ist nach Meinung des 1. Vorsitzenden des Hamburger Verbandes, Wunder, der Erfolg der „Bildungsreform“ durchaus noch fraglich: „Es gibt viele Anzeichen, die auf einen negativen Ausgang der Auseinandersetzung um die Bildungsreform hindeuten.“ (Hamburger Lehrerzeitung, 6/73). Im folgenden wird jedoch nicht etwa so argumentiert, daß die GEW zunächst einmal alle Möglichkeiten ausschöpfen will, die der BRD-Staat den Gewerkschaften bietet, um dann – je nach den Ergebnissen dieser Politik – darüber zu entscheiden, ob die grundlegende Zielsetzung einer fortschrittlichen Schulpolitik in diesem Staat überhaupt zu verwirklichen ist.

Vielmehr wird ein prinzipieller Bekenntnis zur SPD/FDP-Regierung und zum Staat abgelegt und von allen Mitgliedern gefordert. Wunder bekundet sich nämlich zur „Aufhebung der Gewerkschaften des DGB, die diesem Staat prinzipiell als ihren eigenen Staat zwar kritisch sehen, aber dennoch bejahen, die eine SPD-Regierung prinzipiell als eine

gewerkschaftsfreundliche Regierung von einer CDU-Regierung zu unterscheiden wissen.“ (HLZ 6/73)

Die Wahrheit ist, daß sich die deutschen Lehrverbände zu allen Zeiten freudig zu „diesem Staat“ bekannt haben. Ob das nun das Reich Bismarcks oder Kaiser Wilhelms oder gar die faschistische Diktatur war. Hierin drückt sich der alte Untertanengeist aus, eine Sache nicht danach zu beurteilen, was sie für die Interessen der Bevölkerung bringt, sondern ob sie den obrigkeitlichen Segen hat.

Wohlgemerkt: Wunder selbst sieht sich nicht in der Lage, den Beweis darüber zu führen, daß dieser Staat die berechtigten Interessen und Forderungen der Bevölkerung – in diesem Fall in der Schulpolitik – tatsächlich erfüllt. Er gesteht im Gegenteil ein, daß die „Bildungsreform“ (von der SPD schon 1969 und früher mit Pauken und Trompeten versprochen) wahrscheinlich einen „negativen Ausgang“ nehmen wird, d.h. daß aus der Sache nicht sehr viel herauskommen wird. Aber trotzdem: „Wir bekennen uns zu diesem Staat“, und wer da nicht mitzieht, ist selbstverständlich ein Extremist, der bloß zerstören will.

Der GEW-Vorstand behauptet, die Politik der Linken sei eigentlich nur so zu erklären, daß für sie „die Mißstände im Bildungswesen nur der Anlaß (sind), um diesen Staat und seine demokratischen Strukturen immer heftiger zu bekämpfen“ („GEW-aktuell“, 16.4.73). Hier werden wieder einmal bewußt Ursache und Wirkung vertauscht. Denn gerade wegen der immer krasser werdenden gesellschaftlichen Mißstände – nicht nur im Schulbereich – kommt eine wachsende Zahl von Menschen zur Einsicht, daß grundlegende gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind. Wunder kehrt die Sache genau um. Er behauptet, daß diese Menschen aus Prinzip unzufrieden sind und nur nach Gründen suchen, um „unseren Staat“ kaputtzumachen. Dasselbe hat die Reaktion schon zu Zeiten Bismarcks den Sozialdemokraten vorgeworfen, dasselbe haben die Faschisten den „Marxisten“ vorgeworfen. Von dort führt eine gerade Linie zur „Liquidierung“ der „destruktiven Elemente“.

Polarisierung innerhalb

Elemente“.

Polarisierung innerhalb der Lehrerschaft

In dieser Auseinandersetzung, die ihren Kristallisationspunkt in der Frage der Satzungsänderung hatte, fand eine sich seit längerem abzeichnende Polarisierung ihren Ausdruck. In der Abstimmung über die Abschaffung der Hauptversammlung fanden auf den einen Seite die organisierten Lehrer zusammen, die in dieser oder jener Weise unzufrieden waren mit der bisherigen Politik der Partnerschaft mit dem SPD-Senat (bzw. der SPD-Regierung) und mit dem Verzicht auf Kampfmaßnahmen seitens der GEW, außerdem die Lehrer, die die innergewerkschaftliche Demokratie verteidigen wollten, oder die nicht einverstanden waren mit der undemokratischen Vorgehensweise des GEW-Vorstands in dieser „Kampagne“: mit der antikommunistischen Hetze die einen Teil der Mitglieder disziplinieren sollte, mit der groben Nichtbeachtung von Beschlüssen gewerkschaftlicher Gremien u. a.

Auf der anderen Seite scheute der GEW-Vorstand keinen Aufwand und keine Kosten, um die „schweigende Mehrheit“ zu mobilisieren. Dramatische Appelle im Stil von „Rettet die GEW vor der kommunistischen Unterwanderung“ stellten eindeutig auf die Mobilisierung des reaktionären Potentials innerhalb der GEW und der gesamten Lehrerschaft ab. Der GEW-Vorstand fand dabei die tatkräftige Unterstützung durch die gewerkschaftsfeindliche Springer-Press.

Dennoch fehlten dem Vorstand auf der Hauptversammlung vom 26.4. Stimmen zur Erreichung

seines Ziels. 2774 Lehrer hatten für die Einführung der von Vorstand vorgeschlagenen Delegiertenversammlung gestimmt, 1477 dagegen. Der GEW-Vorstand wird sich mit dieser Entscheidung nicht abfinden. Noch auf derselben Versammlung erklärte der erste Vorsitzende Wunder, man werde im Herbst einen 2. Anlauf in Richtung Delegiertenversammlung unternehmen. Der Vorstand kalkuliert (nicht zu Unrecht) damit, daß die reaktionären Reserven in der Lehrerschaft noch nicht ausgeschöpft sind. Zu diesem Ziel will er – mit der Parole des Antikommunismus – neue Mitglieder für die GEW werben.

Der Kommunistische Bund hatte zur Hauptversammlung vom 26.4. dazu aufgerufen, einen Antrag mehrerer GEW-Mitglieder zu unterstützen, der die Verurteilung der Vorgehensweise des Vorstands und aufgrund dessen Nichtbefassung mit dem Antrag auf Satzungsänderung zum Inhalt hatte. Dieser Antrag forderte stattdessen die Einleitung eines Diskussionsprozesses über die bisherige Politik der GEW und danach erneute Entscheidung darüber, ob eine Satzungsänderung notwendig ist. Dies war nicht nur ein taktischer, sondern auch ein grundsätzlicher Fehler. Der Vorstand hatte seine Absichten unmißverständlich dargelegt: Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie. Was der Vorstand wollte, war auch den meisten Lehrern klar. Sie hatten sich in zwei Lager gespalten und eine eindeutige Stellung zu dieser Frage eingenommen. Notwendig war hier nicht, das ganze noch einmal zu diskutieren, notwendig war hier, ein klares Votum gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu erreichen. Ebensoviele war und ist es angebracht, darüber zu diskutieren, ob eine Satzungsänderung „an sich“ notwendig wäre oder ob ein „demokratisches Delegiertenmodell“ „an sich“ denkbar wäre. Wir haben es mit den Delegiertenversammlungen der DGB-Gewerkschaften zu tun und die sind zweifellos eine erhebliche Verschlechterung hinsichtlich der Demokratie und genau mit dieser Absicht von den Gewerkschaftsführern eingeführt worden.

Unsere Politik wollte gewissermaßen alle Lehrer auf der Basis der „Demokratie“ vereinen und übernahm dabei genau die Tatsache der Polarisierung, die zwangsläufig in allen

„Demokratie“ vereinen und übernahm dabei genau die Tatsache der Polarisierung, die zwangsläufig in allen

kleinbürgerlichen Schichten bei einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung eintritt, und die ein fortschrittlicher Prozess ist. Dabei stellte unsere Politik faktisch ein weder-nach-der und war letztlich ein Zurückweichen vor den Angriffen der GEW-Führung. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß der von uns unterstützte Antrag praktisch unter dem Tisch fiel und keine Rolle auf der Hauptversammlung spielte.

GEW-Führung auf Spalterkurs

Die Entwicklung der letzten Zeit weist deutlich darauf hin, daß die GEW-Führung die Politik der Spaltung stärker und bedenkenloser als bisher zur Anwendung bringen wird, um dem „Rechtsstaat“ eine „gut funktionierende GEW“ als „Partner“ zu erhalten. In Hamburg wird zunächst vom Vorstand versucht werden, einen Keil zwischen die verschiedenen Gruppierungen der relativ starken Opposition zu treiben. Das geschieht vor allem dadurch, daß es der Vorstand nicht an Winken und Hinweisen an die Adresse der DKP fehlen läßt, sich irgendwie miteinander zu arrangieren. „Die DKP neigt zwar in Zielansagen immer wieder dieser fundamentalistischen Linie zu, zeigt sich aber in der Praxis vielfach der bisherigen GEW-Linie verbunden.“ (Wunder; HLZ, 6/73). Und gleich darauf: „Kommunistische Gruppen links von der DKP... führen gegen die (!) Gewerkschaften scharfe Attacken“. In dieser Unterstellung, in der es den Herren Vorsitzenden wieder einmal gefällt, sich mit der Gewerkschaft insgesamt gleichzusetzen, zeichnet sich bereits wie in anderen Gewerkschaften der Vorwurf „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ und die Vorbereitung von Ausschüssen ab.

Angesichts der unzweideutigen Ziehbewegung des GEW-Vorstands sollte aber klar sein, daß das Bemühen um gemeinsamen Handeln und um die Solidarität der Linken für eine demokratische Politik in der GEW eine Frage von Sein oder Nichtsein ist. Wenn eine Gruppe – im Austausch gegen bestimmte Posten o.ä. – in dieser Frage Kompromisse mit der GEW-Führung schließen sollte, sagt sie damit ganz klar an eigenen

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

Leider muß in diesem Zusammen-

menhang die DKP genannt werden, da sie in ihrer letzten „Kommunistischen Lehrerzeitung“ (5/73) eine ganz übliche Polemik gegen die „vom Großkapital bezahlte und von der Springerpresse hochgeschätzte spaltenscheitliche Tätigkeit von linksorientierten Abenteurern und Chaoten“ führt, ohne im mindesten Beweise anzuführen, ohne konkret zu werden, ohne offen zu sagen, welche Schlussfolgerungen sie daraus für ihre weitere Politik in der GEW Hamburg zieht.

Sollte es der Vorstand nicht schaffen, die Linken im organisatorischen Rahmen der bisherigen GEW „zurückzudrängen“, ist durchaus mit „radikaleren“ Maßnahmen der GEW-Führung zu rechnen. Das zeigt sich am Beispiel Bremen, wo außerhalb des GEW-Ortsverbandes ein reaktionärer Gegenverband gegründet worden ist, in den laut Satzung keine „Linksextremisten“ aufgenommen werden. Dieser „Verband Bremer Lehrer und Erzieher“ ist so in die GEW-Landesverbände (Bremen und Bremerhaven) aufgenommen worden. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen über das Berufsverbot gegen den DKP-Kollegen Griese, über die Forderung nach Streikrecht für Lehrer und über das undemokratische KPD-Verbot. Ebenso scheint die Beteiligung einer Anzahl von Lehrern des alten Ortsverbandes an der Mai-Demonstration – obwohl diese von der DGB-Führung abgelehnt worden war – Anlaß für die Reaktionäre gewesen zu sein. Der „Verband Bremer Lehrer und Erzieher“ will Massenübertritte aus dem alten, noch bestehenden Ortsverband erreichen und „einen Präzedenzfall für unsere Kollegen in anderen Bundesländern“ schaffen.

Hier handelt es sich im Grunde genommen um den Versuch der Zerschlagung eines ganzen Ortsverbandes der GEW auf kaltem Weg. Auch die DKP-Kollegen können sich an fünf Fingern abzählen, was das für eine demokratische Politik bedeutet. Aber ein solches Vorgehen kann für die Gewerkschaftsführer ein Pyrrhus-Sieg werden, wenn die demokratischen Kräfte ihre Stärke und Solidarität erhöhen und sich auch bei einer Verschärfung der Auseinandersetzungen nicht gegenseitig auspielen lassen.

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Bündnis-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Auf leisen Sohlen

Verfassungsschutz sucht Agenten gegen KB

Der gesetzliche Auftrag des Verfassungsschutzes (kurz: VS) ist das Sammeln und Auswerten von Informationen für die Staatsorgane „zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.

Daß die tatsächlichen Aufgaben und Praxis des VS darüber hinausgehen, ist allgemein bekannt: so gehören dazu die Einschleusen von Spitzeln in „extremistische“ Organisationen, das Planen und Durchführen von Provokationen usw. Man denke z.B. an den VS-Agenten Dietrich U r b a c h aus Berlin, der systematisch in Wohnungen von Linken Sprengstoff deponierte, der von der Polizei bei „Routineaktionen“ prompt gefunden wurde. Oder an K r a h b e r g, der maßgeblich mit Staatsauftrag die militänt-faschistische Westeuropäische Befreiungsbewegung aufbaute, Mitglieder warb, Waffen, Sprengstoff und Munition besorgte und schließlich diese Gruppe aufhängen ließ. Krahberg ist die typische Figur des „agent provocateur“.

Der VS arbeitet zielstrebig gegen linke und kommunistische Orga-

nisationen. Seine Tätigkeit in faschistischen Kreisen dagegen dient der Verschleierung seines „Hauptbetätigungsfeldes“. Die Arbeit unter den Faschisten soll aber auch Übungsfeld für die Arbeit gegen die Kommunisten sein.

Folgerichtig ist die sog. „scharfe Rüge“ vom Hamburger Bürgermeister Schulz an der „Arbeitsweise“ des VS nur als Kritik an der allzu entlarvenden Vorgehensweise des VS zu verstehen: Im Februar dieses Jahres hatte das Landesamt für Verfassungsschutz den Fehler gemacht, in sehr nachlässiger Art und Weise den Rechtsreferendar Rieger zu „überprüfen“. Rieger ist ein stadtbekannter faschistischer Schläger, außerdem Sprecher der „Aktion Oder-Neiße“ (AKON) und des CSU-Freundkreises Hamburg. Mitglied der NPD und gewiß auch verschiedener militänt-faschistischer Gruppen. Bekannt über die Grenzen Hamburgs wurde er, als er beim Stoph-Besuch 1970 in Kassel die Fahne der DDR vom Mast holte. In seinen Schriften und Publikationen verteidigt er die Theorie von der

„natürlichen Ungleichheit der Rassen“ und beschwört die Gefahr der Inbesitznahme Europas (!) durch das polnische Volk in Form eines „paneuropäischen Stenvenstastes“.

Der VS sah „keine Beanstandung“, als sich Faschist Rieger als Gerichtsreferendar beim Öffentlichen Dienst bewarb. Nachdem diese Angelegenheit ruchbar wurde, war klar, daß da auch ein sozialdemokratischer Bürgermeister die Geduld verliert und sagt: Wie könnt ihr nur so offen, Leute...

„Am Anfang 300,- DM...“

Als der junge Kollege S. in Hamburg am 23. Februar 1973 nach Feierabend den Betrieb verläßt, spricht ihn ein Herr an, der offensichtlich auf ihn gewartet hatte: „Guten Abend, Herr Z.“. Der Herr weist sich als Herr Cordes vom Landesamt für Verfassungsschutz aus. Er möchte sich gern einmal mit S. unterhalten.

Fortf. nächste Seite

Forts. von Seite 8

Er lud S. zu einem Glas Wein ein. Herr Cordes kommt auch gleich auf den Kern der Sache zu sprechen: er soll einen Mann für die Spitzeltätigkeit in linken und kommunistischen Organisationen gewinnen. Auf die Frage, wieso er gerade auf S. gekommen sei, führt Cordes aus: nie halten ihn für einen politisch interessierten Menschen, der auch bereit sei, politisch aktiv zu arbeiten. Außerdem führt Cordes aus, weil dem VS bekannt, daß er früher Kontakte zum damaligen Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum, SALZ (heute KB), gehabt habe. Wie der VS den S. heute einschätze, legte Cordes zunächst nicht dar. Auf der anderen Seite gibt Cordes ohne Umschweife zu verstehen, daß er über S. gut informiert sei. So wisse der VS, daß S. z.Z. nicht zu Hause, sondern bei seiner Verlobten wohne u.ä. Dies hätte ein Beamter durch „einfaches Benachrichtigen“ herausgefunden.

Cordes umreißt das gedachte Betätigungsfeld für S. genauer: dem VS käme es besonders auf Informationen aus dem KB an. Ihm werde 300,- bis 400,- DM geboten („Verhandlungssache“), und Cordes sagt weitere Finanzmöglichkeiten zu.

Cordes tritt als politisch-fortschrittlicher Mensch auf, er stellt besonders die Bedeutung der „Friedenspolitik“ der Regierung heraus, seine Ablehnung von Kriegen, Gewalt usw. In dem Gespräch teilt er die Kritik S. an den politischen und sozialen Verhältnissen der BRD an der ungerechten Verteilung des Vermögens und anderes mehr. Seine Arbeit beim VS begründet Cordes mit der Notwendigkeit, daß der Staat doch über alles im Land Bescheid wissen müsse. Es gehe ja gar nicht darum, konkret jetzt etwas zu unternehmen, sondern nur Informationen über radikale Gruppen und Organisationen zu erhalten.

Nach einiger Zeit erklärte Cordes dem S., daß er ihn aufgrund ihrer eigenen Berichte und seines persönlichen Eindrucks in diesem Gespräch für den „geeigneten Mann“ halten würde.

Die Gefährdung des S. bei dieser geplanten Spitzeltätigkeit sei – nach Cordes' Ausführungen – umso geringer, je mehr S. bei seiner politischen Arbeit „mit ganzem Herzen dabei sei“. Außerdem sei der VS in der Lage, seine Informanten zu schützen. S. brauche ihn dann nur unter seiner Dienstnummer anzurufen (Tel. 2482 5808). Schließlich sei es ja der „oberste Grundsatz“ des VS, seine Quellen und Informanten zu schützen. Bei Ruhland hätte es allerdings nicht geklappt (!), weil Ruhland zu sehr Aufsehen erregt hatte. (Ruhland wurde von der Klassenjustiz als Kronzeuge gegen angebliche Mitglieder der RAF – „Beader-Melnhof-Gruppe“ – aufgeführt). Aber S. hätte ja auch die Möglichkeit, „Jederzeit auszusteigen“.

Cordes präzisierte die Aufgaben von S.: das wesentliche sei, daß S. in „radikalen“ Organisationen mitarbeite, Demonstrationen und Veranstaltungen besuche. Über alles hätte er dann Berichte zu schreiben, die von Cordes ungefragt werden würden, damit die Berichte von S. dann vernichtet werden könnten.

Wichtig sei es eben für den VS, politische Standpunkte, Aktivitäten und Arbeitsweise der „Linksextremisten“ zu erforschen. Allerdings müsse er manchmal auch Namen nennen, „z.B. wenn so einer in den Staatsdienst gehen will“.

Auch dadurch könnte S. nicht gefährdet werden. Schließlich lese Cordes täglich Berichte über DKP-Betriebsräte, ohne daß diesen etwas passieren würde, was die Informationsquelle gefährden könne.

Die Bedenken von S. sind aber noch nicht ausgeräumt; Cordes arbeitet ihn weiter: den Namen von S. brauche Cordes in seinen Bericht nicht zu nennen, es sei denn, S. hätte in der betreffenden Organisation eine „zentrale Stellung“ eingenommen! Der VS hätte jedenfalls viele Möglichkeiten; „im Falle der Gefahr genügt ein Anruf“.

Am Ende des Gesprächs erzählt Cordes noch, wie er selbst vom VS gekommen sei: vorher hätte er in einer anderen Verwaltung gearbeitet, sich aber dann beim Hambur-

ger Stahl beworben, so sei man auf ihn aufmerksam geworden. Drei Jahre hätte er insgesamt Berichte ausgewertet. Jetzt sei es seine Aufgabe, im Außendienst Kontakte zu knüpfen. Das sei aber auch gefährlich. Bei Ausländern z.B. müsse er mit einem Messer rechnen, wenn er erzähle, weshalb er überhaupt komme. Auch würden die sich nicht – wie Cordes es formuliert – an „ideologisch gestiegene Leute herannahen, weil diese sich meist nicht überzeugen lassen“.

Aus S. wurde „John“

Zum Abschluß gibt Cordes S. den Decknamen „John“. Man verabrede sich für das nächste Mal am Rande der Innenstadt; dann wolle Cordes von S. seine Entscheidung hören, aber S. soll sich gleich auf eine etwa einstündige Diskussion einstellen.

Cordes mißfällt der späte Termin; er sagte, daß sie sich eigentlich früher als erst in vier Tagen treffen müßten, damit S. „nicht so viel Zeit zum Grübeln“ hätte.

Beim nächsten Mal führt Cordes mit einem blauen Renault 12 II (Kennzeichen: HH - KC 1662). Er schlägt vor, zur Autobahnstation Hamburg-Stilhorn zu fahren, weil „man ihn hier vielleicht erkennen könnte“. S. lehnt ab. Sie gehen in ein nahegelegenes Restaurant. Wieder nimmt Cordes alles auf seine Rechnung.

S. teilt Cordes seine Entscheidung mit: er lehne aus prinzipiellen Gründen eine Arbeit beim VS ab, ihm gefalle auch die vorausgegangene Beitzelung nicht usw., was würde seine Verlobte dazu sagen, Cordes konter: seiner Verlobten könne er doch erzählen, daß er Überstunden machen müsse. Cordes bietet S. „fest“ 300,- DM an, auch sei der VS bereit, im nächsten Jahr ihm bei der Wohnungsschaffung „mit einer größeren Summe“ unter die Arme zu greifen. Cordes will S. eine schriftliche Erklärung geben, daß S. aus dieser Tätigkeit „keinerlei Nachteile“ erwachsen könnten. Er würde S. auch seinem Chef vorstellen, d.h. seinem direkten Vorgesetzten. Der hätte sowieso schon

gesagt, daß S. der richtige Mann sei!

Cordes Bemühungen schlagen fehl. Da führt er den alten Kontakt des S. zum SALZ wieder ins Feld. Diese solle S. doch wieder aufnehmen. S. hält entgegen, daß die wenigen Personen, die er gekannt hatte, vielleicht gar nicht mehr in Hamburg seien. Aber Cordes sagt, daß man das konkret überprüfen müsse. Wer sonst noch in Betracht käme, müßte die „Auswertung für den KB“ noch mitteilen. Jedenfalls braucht der VS für die Arbeit beim KB „noch einige Leute“.

S. fragt noch einmal, wie der VS gerade auf ihn kommt. – Bei der Durchsicht ihrer entsprechenden Karteien, so Cordes, sei man auf ihn gestoßen. In den Karteien befände er sich, weil er von der Politischen Polizei im Oktober 1971 beim Flugblattverleiten erkannt worden sei.

Cordes drängt, man wolle doch nur Informationen über die politische Richtung erhalten.

Als es auch für Cordes klar zu sein schien, daß S. bei seiner Ablehnung bleibt, änderte Cordes seinen Kurs und beschwichtigte: er könne die Argumente des S. verstehen, er sei auch nicht enttäuscht von ihm und respektiere seine Gründe. Er hätte bei seiner Einstellung beim VS „genau so überlegt!“! Der VS könne eben nur im Gespräch herausfinden, wer der geeignete Mann für die sei. Wenn es wie bei S. „nicht klappt“, sei das sehr schade, da sie eigentlich gedacht hätten, daß der S. ihnen helfen könne. Auf jeden Fall werden ihm keine Nachteile entstehen, er möchte nur über die ganze Angelegenheit schweigen...

Ein neuer Versuch

Einen Monat später klingelt Cordes beim Genossen T. an der Haustür und stellt sich vor mit: „Cordes, Behörde für Inneres. Kann ich mich mal mit Ihnen unterhalten.“ T. fragte zurück, worüber, und er antwortete: „Über den KB z.B.“. Er würde doch den ARBEITERKAMPF verkaufen. T. lehnt ab, es sei denn, Cordes hätte eine Vorladung, was dieser verneinte.

Schließlich geht Cordes, nachdem er sich für die „Störung“ entschuldigt hatte!

Was können wir daraus lernen

Wer von der Erwartung und Vorstellung ausgeht, im Verfassungsschutz auch im Auftreten ein direktes Abbild der Gestapo vorzufinden, kann sich – wie dieser Fall zeigt – sehr getäuscht sehen.

Cordes bezieht Positionen sozialdemokratischer Politik. Auf diesem Hintergrund entwickelt er das sozialdemokratische Verständnis vom Wesen des Staates: er propagiert die „Theorie“ von der Unabhängigkeit und Neutralität des Staates.

Der VS hofft – wie Cordes offen zugibt – eine vermutete mangelnde ideologische Festigkeit von Linken direkt auszunutzen zu können; Cordes erklärt von Anfang an eindeutig seine Absicht. Nicht zuletzt wohl deshalb, um so eine allgemein vorhandene Abwehrhaltung gegen Staatsorgane zum erstenmal zu unterlaufen. Dieser politischen Abwehrhaltung liegt oft nur ein falsches „taktisches Feindbild“ zugrunde (Gestapo-Parallelen), so daß dieses offene, vom Charakter her sozialdemokratische Vorgehen, die grundsätzliche Abwehrhaltung überrollen kann.

Es ist nicht aus dem Auge zu verlieren, daß rechtswidrige Inhaftierungspraxis, physischer und psychischer Terror in den Gefängnissen, überfallartig inszenierte brutale Schlägereien durch die Polizei bei Demonstrationen z.B. nur die eine Seite im Kampf des Staatsapparates gegen Kommunisten darstellen. Die Kapitalistenklasse verfeinert die Methode des Einschleusens, Unterwanderns und Bespitzelns erheblich; Ziel und Zweck bleiben unverändert! So wird die Skala in der Technik der politischen Unterdrückung erweitert und ergänzt. Dieses Vorgehen der Kapitalistenklasse bedeutet: auf letzten Schölen, aber festen Schritten...

– Leitung der Bezirksorganisation, KB-Gruppe Hamburg –

Demonstration gegen Kommunisten-Verbot in Hamburg

Am 17. Mai, zwei Tage nach den Polizei-Aktionen gegen die „KPD“, demonstrierten in Hamburg etwa 2000 Menschen gegen Kommunistenverfolgung und KPD-Verbot.

An dieser Demonstration beteiligten sich der Kommunistische Bund, die SSG/„KG“, die „KPD“, die „KPD/ML“, zwei trotzkistische Gruppen und der Ring Blindlicher Jugend. Die Evangelische Studentengruppe hatte eine Solidaritäts-Adresse geschickt.

Auf der Abschiedsrede sprachen Vertreter der „KPD“, der „KPD/ML“, der SSG/„KG“ und des Kommunistischen Bundes.

Seit der Enschließung Petra Schelmis im Juli 1971 hatte es in Hamburg keine dortige Aktions-einheit mehr gegeben. Dazu sind jedoch noch einige Anmerkungen zu machen.

Prinzipiell gehen wir aufgrund mehrfacher schlechter Erfahrungen mit einer starken Portion Mißtrauen in dortige Aktions-einheiten hin. Denn bisher hat sich gezeigt, daß solche gemeinsamen Aktionen von vielen Gruppen vor allem als Gelegenheit zur Selbstdarstellung mißverstanden werden. Je unbedeutender eine Gruppe ist, umso pompöser und wichtigerer tritt sie normalerweise auf. Es stellt sich dann die Frage, ob durch eine dortige „Aktions-einheit“ der Sache überhaupt noch genutzt werden kann.

Außerdem hat es sich als schwierig erwiesen, einmal getroffene Vereinbarungen auch durchzusetzen. Das zeigte sich auch diesmal wieder. So war eine Abmachung getroffen worden, daß die Reden keine gegenwärtigen Angriffe, keine Organisati-

ons-Propaganda und keine Aufrufe zur Demonstration gegen den Brechnew-Besch enthalten sollten.

Diese Abmachung wurde vor allem von der „KPD/ML“ gebrochen. Ihr Sprecher hielt eine wilde Propaganda-Rede auf seine „Partei“. Weit dezent, aber immerhin fehl am Platz, waren dortige Töne auch beim Sprecher der „KPD“. Beide Gruppen, besonders aber die „KPD/ML“, riefen zur Brechnew-Demonstration auf.

Das zeigt, daß die Genossen so-

achneid immer noch nicht in der Lage sind, die Situation richtig einzuschätzen. Denn sonst würden sie nicht versuchen, die Aktions-einheit durch geradezu kindische Gemeinheiten und Betrügereien zu belasten.

Auch die SSG/„KG“ demonstrierte erneut, daß sie in erster Linie auf Spaltung und politischen Schwindel aus ist.

Am Abend nach dem Bekanntwerden der Polizei-Aktionen trafen sich Vertreter der „KPD“ und „KPD/ML“, des Kommunistischen Bundes, der SSG/„KG“ sowie drei

ausländischer Gruppen zum Gespräch, nachdem schon im Lauf des Tages Kontakt aufgenommen worden war.

Gleich zu Anfang verkündete der Genosse von der SSG, dieser Kreis hier sei ihm viel zu klein. Die SSG hätte schon für den nächsten Abend ein eigenes Bündnis-gespräch angesetzt, das sehr viel „breiter“ sein würde.

Der Genosse wurde daraufhin gefragt, mit welchen Organisationen und Gruppen denn nach Auffas-

sung der SSG/„KG“ noch zu rechnen sei. Diese Frage konnte der Genosse nicht beantworten, er erwähnte Einladungen an gewerkschaftliche Gremien (!) und versicherte nochmals, das von der SSG angesetzte Bündnisgespräch würde „breiter“ sein.

Als der Genosse dann noch forsch erklärte, daß er mit den anwesenden Organisationen gar nicht verhandeln wolle, sondern nur ein „Beobachter“ sei (weil das „richtige“ Gespräch ja erst am nächsten Abend bei der SSG/„KG“ sei), wurde er an die Luft gesetzt. Er kam jedoch nach einer längeren Denkpause reumütig zurück und war nun doch zu Gesprächen bereit.

Der weitere Verlauf hat dann gezeigt, daß hinter dem angeblich so „breiten Bündnisgespräch“ der SSG tatsächlich absolut nichts steckt. Die versprochenen „Demokraten“ existierten nur in den Wunsch-träumen der SSG. Das ganze Schwindel-Manöver hatte nur dazu dienen sollen, die SSG/„KG“ in den Vordergrund zu spielen und sich vielleicht doch noch die „Führung“ in der Aktion zu ergarben.

In der Rede des Kommunistischen Bundes auf der Abschieds-kundgebung wurde bedauert, daß die im Gespräch getroffenen Abmachungen wiederum nicht eingehalten worden waren. Es wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die Solidarität zwischen den Kommunisten zu stärken, Gaunereien, Schwindel-Manöver und spalterische Mätschen sind dabei stets von Übel.



Polizeiterror gegen Hausbesetzer

Am 19. April 1973 (Gründonnerstag) besetzten etwa 60 junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten ein fast leerstehendes Haus in Hamburg-Hohenfelde, das der „Bewobau“, einer Tochtergesellschaft der „Neuen Heimat“ gehört. Am 23. Mai frühmorgens 4.00 Uhr wurde dieses Haus von schwer bewaffneten Spezialeinheiten der Polizei mit brutaler Gewalt wieder geräumt. Kurz darauf wurde das Haus von einer bestellten Abbruchfirma unbewohnbar gemacht, indem Fenster und Türen herausgeschlagen, das gesamte Dach abgedeckt, die Möbel auf den Hof geschmissen wurden etc. 61 Jugendliche wurden von der Polizei zusammengeschlagen, gefesselt und verhaftet und noch am gleichen Tag dem Haftrichter vorgeführt. Dieser überwies 30 Besetzer in das Hamburger Untersuchungsgefängnis. Alle Besetzer sollen wegen mehrerer „Vergehen“ und „Verbrechen“ verurteilt werden. Der Hauptpunkt der Anklage lautet auf Bildung einer „kriminellen Vereinigung“. Dies ist identisch mit den Beschuldigungen gegen kommunistische Organisationen, die derzeit von bürgerlicher Presse und Staatsapparat erhoben werden. Eine Protestdemonstration am Nachmittag desselben Tages wurde gleichfalls von der Polizei zusammengeknüpelt, es gab weitere 30 Verhaftungen. Am darauffolgenden Sonntagabend protestierten erneut ca. 1.300 Menschen mit einer Demonstration gegen die kapitalistische Wohnungspolitik, die Polizeibrutalität und gegen die Kriminalisierung von Protestaktionen der Bevölkerung.

Warum haben die Jugendlichen das Haus Ekhofstraße 39 besetzt?

Die Besetzung war eine Reaktion auf die katastrophale Wohnsituation in Hamburg. Nach der offiziellen Wohnungszählung von 1968 lag Hamburg schon damals mit einem Anteil von 6% Familien ohne eigene Wohnung an der Spitze.

der Bevölkerung allgemeine Sympathie, besonders bei denjenigen Mietern, die von der „Neuen Heimat“ ebenfalls mit Kündigungen bedroht worden sind.

Bewobau/Neue Heimat – „gemeinnützige Unternehmen“?

In Hamburg-Hohenfelde hat die

schlechten Zustand (locke Fenster, seit zehn Jahren keine Farbe mehr auf den Fassaden, Haustüren und Treppenaufgängen), daß Albert Vitor, Chef der „Neuen Heimat“, durchaus bereit ist, die „alten Wohnungen abzureißen und sie durch moderne Behausungen zu ersetzen – allerdings zu weit höheren Mieten („Stern“).

Heute ist die „Neue Heimat“ der mächtigste Baukonzern der Welt. Mit 360.000 gebauten Wohnungen in der BRD, einer Bilanzsumme des Unternehmens von 9 Milliarden DM und Bauunternehmern in 70 Ländern der Welt (Luxushotels in Monaco, Prominentenwohnungen in Südamerika, Wohnungen und Einkaufszentren in der Negev-Wüste, in Jerusalem und Haifa, CCH-Hotel in Hamburg usw. usw.) ist aus der gewerkschaftseigenen Firma ein imperialistischer Riesenkonzern geworden. Daß sie als „gemeinnützige Unternehmen“ eingetragen ist, bringt ihr auch noch handfeste steuerliche Vorteile, denn gemeinnützige Unternehmen brauchen für ihre Erträge (wie z.B. Mieteinnahmen) so gut wie keine Steuern zu zahlen (die Gewinnerwartung an den DGB ist auf 4% begrenzt).

Aus den überschüssigen Mitteln werden immer wieder „Volks-

hochhäuser mit 450 Eigentumswohnungen (Preis pro Wohnung ca. 500.000 - 600.000 DM), müssen eben die Altmieten „umgesetzt“, d.h. rausgeschmissen werden, denn wie sagt doch Albert Vitor: „Wenn wir Sozialpolitik machen wollen (!) brauchen wir Kapital“. Und das Kapital ho! It man sich eben von den Arbeitern und Angestellten „und dabei „vergift“ Vitor & Co. dann auch die „Sozialpolitik“.

Perfektes Zusammenspiel von Polizei, bürgerlicher Presse und dem SPD-Senat / Neue Heimat

Polizei, bürgerliche Presse und Neue Heimat spielten von Anfang an ein Spiel mit verteilten Rollen bei der Einschüchterung der Mieter in Hohenfelde im allgemeinen und den Hausbesetzern im besonderen. Da die Bewobau – im Abstimmung mit dem SPD-Senat – aufgrund der breiten Sympathie, die die Hausbesetzung bei der Bevölkerung gefunden hatte, das Haus nicht sofort räumen lassen konnte, ohne gleichzeitig ihr „soziales“ Image einzubüßen (Hausbesetzungen sind Delikte, die nur auf Anzeige hin verfolgt werden), versuchte die Polizei im Auftrag des SPD-Senats die

teile u.ä. Die Methode der Polizei, die Hausbesetzer zu Kriminellen zu erklären, konnte nur durch Provokationen und Terror erreicht werden. Allein durch ihre ständige Anwesenheit (nachts wurden die Häuser z.T. mit Scheinwerfern angestrahlt) und durch ständige Auswahlkontrollen, plötzliche Überfallen auf einzelne, die häufig brutal zusammengeschlagen wurden, terrorisierte die Polizei Anwohner und Besetzer. So wurden z.B. Besetzer auf dem Weg zur U-Bahn „weggediebt“, wie die „Morgenpost“ das so humoristisch ausdrückt, d.h. daß die Besetzer, wenn sie sich einzeln auf die Straße wagen, in die Polizeiautos geschleppt wurden (z.T. an den Haaren über die Straße geschleift und zusammengeknüpelt), um auf der Wache „erkennungsdienslich“ behandelt zu werden.

Wenn sich die Besetzer nicht provozieren ließen, wurden, um die Hetze in der Presse nicht erkalten zu lassen, schlicht Lügen erfunden: „Hausbesetzer schlugen 2 Polizisten nieder! Beide Polizisten schwer verletzt“ stand als Horrormeldung in der „Morgenpost“, am nächsten Tag wurde dann korrigiert: „Ein Polizist erlitt leichte Verletzungen einem



Nachrichtlichkeit der Polizei: Brutal werden die Besetzer zur „erkennungsdienslichen Behandlung“ geschleppt.

blühte.

In Hamburg fehlen mindestens 60.000 Wohnungen, bei den Bezirksämtern sind rund 10.000 Dringlichkeitsfälle registriert; vermehrt wird der Fehlbestand durch den Abriss von Wohnungen (in Hamburg jährlich ca. 2.000). Mehrere zehntausend Wohnungen sind hoffnungslos überaltert, weil sich die Eigentümer vor allen notwendigen Renovierungsarbeiten drücken. Der jährliche Neubedarf durch Familienzuwachs liegt bei 9 bis 10.000 Wohnungen. Allein um den Fehlbestand in den nächsten Jahren langfristig aufzuholen und die allermodernsten Sanierungen und den Neubedarf auszugleichen müßten im Jahr mindestens 20 bis 25.000 Wohnungen gebaut werden.

Im langfristigen Wohnungsbauprogramm des Senats ist aber nur der jährliche Neubau von 10.000 Wohnungen vorgesehen (und selbst für dieses Programm ist die Finanzierung noch längst nicht gesichert). Gerade erst in diesen Tagen hat der Hamburger SPD-Senat eine weitere Streichung von schon bereitgestellten Geldern für den Wohnungsneubau verkündet, worauf ihm umgehendes Lob für diese „Stabilitätsgeleitete Maßnahme“ aus Bonn zugeht.

Im Hamburger Wohnungsbau sind die Zahlen stark rückläufig: 1968 wurden noch 18.259 Wohnungen gebaut, 1970 waren es nur noch 12.087. Zur Verschärfung der Wohnungsnot kommt noch hinzu, daß die Mittel für den sozialen Wohnungsbau stark gekürzt wurden. (Anteil der Sozialwohnungen am gesamten Wohnungsbau der BRD heute 28% – 1959 waren es noch 51%.)

Immer mehr Hauseigentümer gehen dazu über, noch gut erhaltenen Wohnraum abreißen zu lassen und stattdessen profitfrüchtige Baroneubauten, Eigentumswohnungen etc. zu bauen. Die Altmieten werden rücksichtslos aus ihren Wohnungen vertrieben und in die am Stadtrand gelegenen Wohnsiedlungen „umgesetzt“ (vgl. AK 16/17 und AK 28).

Mit ihrer Besetzungsjagd protestierten die jugendlichen Besetzer der Ekhofstr. 39 gegen den skandalösen Abriss von noch bewohnbaren Häusern. Ihr Protest richtete sich damit gegen die kapitalistische Wohnungspolitik, die das Wohnungswesen durch Verknappung von Wohnraum ebenso ständig vergrößert wie die Mietpreise. Statt Abriss forderten die Jugendlichen aus dem leerstehenden Haus Ekhofstr. 39 ein Jugendzentrum zu machen. Für die entsprechenden Umbauten wollten sie selbst aufkommen. Die Besetzungsjagd fand bei der Hohenfel-

den Heimat“, ein 30.000 qm großes Grundstück mit 111 relativ billigen Altbauwohnungen aufgekauft. Die Bewobau plante, alle Häuser der aufgekauften Grundstücke möglichst schnell abreißen und stattdessen profitfrüchtige Eigentumswohnungen bauen zu lassen.

Den Bewohnern der Altbauwohnungen wurde gekündigt, obwohl der neue Bebauungsplan für dieses Gebiet noch längst nicht genehmigt ist. Einzelne Wohnungen wurden nach bewährtem Rezept durch Rollkommandos unbewohnbar gemacht.

Als die Methoden der Bewobau in der sozialdemokratischen Presse vorsichtig kritisiert wurden, wählte die Bewobau – in perfekter Zusammenarbeit mit dem SPD-Senat – einen Weg, diese Kritik im Keim zu ersticken: sie „besorgte“ ganz „unbürokratisch“ 80 Sozialwohnungen für die gekündigten Mieter. Daß der Trick mit den Sozialwohnungen nur auf Kosten anderer Mieter gelingen kann, verschwieg die Presse dann. Sozialwohnungen nämlich sind bekanntlich so rar, daß allein in den Wartelisten des Bezirksamtes Hohenfelde 1.500 bedürftige Familien gemeldet sind, die jetzt noch länger auf eine Wohnung warten müssen.

Zu dem „unbürokratischen“ Vorgehen der Bewobau sagt Thomas Schäfer, Sprecher der Mieterinitiative Hohenfelde: „Bisher sah es so aus: Für jeweils vier neu gebaute Wohnungen hat der Bauträger Anspruch auf eine Sozialwohnung. Da die Bewobau in Hohenfelde noch keine neuen Wohnungen gebaut hat, dürfen auch keine Sozialwohnungen an sie vergeben werden. Und außerdem muß sie sich solche Wohnungen bei anderen Bauträgern selbst besorgen und nicht von der Behörde bringen lassen.“ („Konkret“, 26.4.73)

Die gute Zusammenarbeit mit den Hamburger Behörden kann aber nur so gut klappen, weil die Bewobau über die „Neue Heimat“ eng mit der SPD verbunden ist.

Die „Neue Heimat“ gehört zu hundert Prozent dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg hatten die deutschen Gewerkschaften gemeinnützige Wohnungsbauvereine gegründet, um den Arbeitern billige Wohnungen zu verschaffen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die „Neue Heimat“ dann schnell ins Baugeschäft ein. Vor allen Dingen in den sozialdemokratisch registrierten Bundesländern entstanden „Volkswohnungen“, die aus dem Boden gestampft wurden, um den ausgebombten Massen zunächst einmal eine Unterkunft zu verschaffen. Diese „Volkswohnungen“ sind heute bereits in einem derartig

Wohnungen“ gebaut werden. Da das auf die Dauer nicht sehr profitfruchtig ist, hat die Neue Heimat eine Vielzahl von Tochterfirmen gegründet, die sich nicht an diese Richtlinien zu halten brauchen – so z.B. die Bewobau, die auf Eigentumswohnungen spezialisiert ist.

Auf den Vorschlag der Mieterinitiative Hohenfelde, für die von der Bewobau gekündigten Mieter Sozialwohnungen zu bauen, antwortete dann noch Norbert Tietz, Geschäftsführer der Bewobau zynisch: „Der Bau von Sozialwohnungen ist für uns eine reine Frage der Kosten“. (Er meint natürlich Profite) Und da Sozialwohnungen natürlich längst nicht so viel einbringen, wie die in Hohenfelde geplanten 15-stöckigen

Taktik ständig zu provozieren, um sie dann wegen ihrer „kriminellen Handlungen“, wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ o.ä. aus dem Haus prägen zu können. Gleichzeitig sollten durch Meldungen von „kriminellen Handlungen“ die Hausbesetzer von der Bevölkerung isoliert werden. Dieses Vorgehen läßt sich an einer Aufstellung vom 22.5. des K 4 (Politische Polizei) über die „Straftaten“ der Hausbesetzer deutlich ablesen. Die „Straftaten“, die die Zugehörigkeit zu einer „kriminellen Vereinigung“ belegen sollen, sind: „Widerstand bei Personalienüberprüfung“ (alle überprüften Personen wurden „erkennungsdienslich behandelt“), „Bewerfen der Polizeiautos mit Farbebu-

den der Räumung des Hauses gegen die Polizei dann bürgerkriegsmäßig vor. Dazu wurde auf der Pressekonferenz, die nach der Räumung stattfand, gesagt: „Bereits in der letzten Woche entschloß sich die Polizei, die Räumung mit angemessenen (!) Mitteln zum günstigsten Zeitpunkt durchzuführen... Als taktisch günstigster Zeitpunkt wurde der heutige Morgen zum Eingreifen festgesetzt, weil sich am Wochenende jeweils viele (!) Jugendliche im Haus befanden. Aus dem gleichen Grund verbietet sich auch ein Einsatz während der Tageszeit...“ („Die Bild-Zeitung“ macht daraus: „Die ‚schwache Stunde‘ war die Zeit gegen 4 Uhr morgens... die meisten Politrockers waren betrunken ins Bett gewankt“).

Die „angemessenen“ Mittel waren das Mobile Einsatzkommando (MEK), das nach den Münchner Ereignissen zur „Bandenbekämpfung“ gebildet wurde, Wasserwerfer, 10 Panzerwagen, Druckluftschlämmer, Drehleitern, mindestens 500 Polizisten. Die Bürgerkriegslage lief perfekt ab: Das Viertel wurde abgeriegelt. Anwohner, die sich auf der Straße sammelten, wurden auseinandergetrieben. Die Besetzer wurden im Schlaf überrascht. Die Polizei hatte leichtes Spiel durch einen V-Mann, der sich während der Besetzung als „guter Onkel“ eingeschlichen und die Jugendlichen mit Essen versorgt hatte. Er kam in der Räumungsnacht mit dem Verpflegungswagen vorgefahren, die Besetzer machten ihm – und damit der Polizei die Tür auf. (Es darf angenommen werden, daß dieser V-Mann der Polizei nicht nur Essen für die jugendlichen Besetzer brachte. Seit der westberliner V-Mann Urbach aufgeklappt war, ist bekannt, daß es eine beliebte Praxis der Polizei ist, „Molotov-Cocktails“ und anderes „belastende Beweismaterial“ bei unliebsamen Personen und Gruppen heimlich von solchen eingeschlichenen Kreaturen deponieren zu lassen, um es tags darauf „auffällig“ dort zu finden, wozu sie ihre Opfer auf Jahre hinaus ins Gefängnis stecken können.) Die „Hauswache“ der Besetzer wurde von Karatekämpfern zusammengeschlagen (Träger des Schwarzen Gürtels), wie die „Mopo“ „stolz“ meldete, im Haus wurde geschossen (ein Besetzer soll am Kopf schwer verletzt sein), nach kurzer Zeit waren viele Besetzer krankenhaufisch geschlagen. Gefesselt wurden die Besetzer in die Polizeiautos geprügelt.

Als am Tag nach der Räumung spontan eine Demonstration ausging nach Hohenfelde zog, ging die Polizei

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 10

gegen die Demonstranten mit gezogenen Knäulen und Knüppeln vor (Kommentar der „Mopo“: „Kein Pardon der Polizei“). Brutal wurde der Zug auseinandergeknüpelt. Patienten wurden verprügelt, am Boden liegende Demonstranten noch weiter mit Knüppeln bearbeitet, weibliche Demonstrantinnen „an den Haaren gebündelt“ („Mopo“). Dennoch konnte die Polizei nicht verhindern, daß sich immer mehr Menschen umstellten, die bis spät in die Nacht noch diskutierten.

Die Hetze in der bürgerlichen Presse dient der Kriminalisierung der gesamten Linken

Den Jugendlichen Besitzern lagen vielfältige Erfahrungen von Besetzungskämpfen aus anderen westdeutschen Großstädten vor, bei denen die Besitzer ebenfalls brutal aus den Häusern herausgeprügelt wurden. Um sich davor zu schützen, verbarrikadierten sie das Haus, schützten sich mit Helmen vor den polizeilichen Schlägern und verdeckten ihre Gesichter mit Tüchern, um sich so einer späteren Identifizierung zu entziehen.

Die äußeren Umstände dieser Besetzung: Verbarrikadierung, Helme und Gesichtsmasken – boten der bürgerlichen Presse, allen voran Springer Schmierblätter, von Anfang an einen ausgezeichneten Vorwand, in faschistischer Manier gegen die Aktion der Jugendlichen zu hetzen, um gleichzeitig vom eigentlichen Problem der Sache abzulenken, nämlich der kapitalistischen Wohnungspolitik und ihren z.T. schon existenzgefährdenden Auswirkungen für die Bevölkerung.

Schon bei der Besetzung wurde über „dpe“ (Deutsche Presse-Agentur) an sämtliche Zeitungen in der BRD bekanntgegeben, „herumtrotzelnde Poltrocker“, die die Bevölkerung terrorisierten, hätten das Haus besetzt. Die unglaublichesten Gruselgeschichten über die „Poltrocker“ (sie verletzten kleine Kinder, greifen die Polizisten an, versetzen die Bevölkerung in Angst und Schrecken) werden z.B. in der „Bild“-Zeitung regelmäßig von dem provokierenden Schluß begleitet: „... und die Polizei sieht zu!“ Springer Blätter rufen offen zur Bildung einer faschistischen „Bürgerwehr“ auf (wenn die Polizei zu schwach ist, müssen wir uns vor diesen randalierenden Horden, diesen Schlägerbanden, eben selber schützen), die Jugendlichen

den, diesen Schlägerbanden, eben selber schützen), die jugendlichen Besitzer wurden in faschistischer Manier als Psychopathen, entlaufene Sträflinge, aufgedunsene Typen usw. diffamiert.

Bemerkenswert ist das „Zusammenrücken“ der sozialdemokratischen, liberalen und offen reaktionären bürgerlichen Presse in ihrer Hetzkampagne. In der Zeit der großen „Studentenunruhen“ hat die „linkliberale“ und sozialdemokratische Presse noch zum Teil Partei für die revoltierenden Studenten ergriffen, noch in der Zeit der Saader Meinlof-Fahndung hatten sich kritische Stimmen zur Hetzjagd gemeldet, bei der Hetzkampagne gegen linke Organisationen in der letzten Zeit waren sich alle, alle einig. Das deutlichste Beispiel für diese „Gleichschaltung“ ist wohl die „linke“, „konkrete“, die der „Bild“-Zeitung an Diffamierung der Hausbesetzer nicht nachsteht möchte Unter der Überschrift „Der Wanderzirkus“ wird über die Hausbesetzung in Hamburg-Hohenfelde gemeldet: „Bin paar Wilde (!), die sich Kommunisten nennen, ziehen durchs Land. Schreiben in Bonn Möbel und in Frankfurt Polizisten kaputt (!). Zu Ostern kamen sie nach Hamburg. Aber nicht einmal die Polizei hat auf sie herein (!)“.

Die weitgehende „Gleichschaltung“ in der Argumentation ist zweifelslos als Erfolg der faschistischen Hetze der Bourgeoisie zu werten. Wie Meldungen aus dem OKW (das faschistische „Oberkommando der Wehrmacht“) lassen sich denn auch die Berichte über die Räumung

„Im Handstreich hatten wir die Leistung gewonnen“, bespricht das „Hamburger Abendblatt“ das brutale Vorgehen der Polizei, „die oft beschimpfte Polizei hat diesmal ein Meisterstück geliefert“, „Ihr fei das besetzte Haus innerhalb weniger Minuten in die Hände“, und Hamburgs Innenminister Ruhnau zeigte sich

vom Verhalten seiner Beamten „begeistert“.

In dieser „Begeisterung“ war er sich einig mit der gesamten Hamburger Bürgerschaft (als Praktikant!) Die CDU hatte lediglich noch zu bemängeln, daß der Einsatz nicht schon früher gelaufen war.

Die Offensive der Bourgeoisie ist allseitig

Die Hetze und Demagogie in der bürgerlichen Presse, das provokative Vorgehen von Polizeikommandos usw. ist nicht nur gegen die Jugendlichen aus der Ekhostraße gerichtet. Sie dient vielmehr der Abschreckung der Bevölkerung vor Widerstandskämpfen jeder Art, z.B. gegen das brutale Vorgehen der Haus- und Grundeigentümer. Diese Hetze fügt sich nahtlos ein in die laufende Hetzkampagne der Bourgeoisie gegen kommunistische Organisationen und Gruppen.

Insgesamt versucht die Bourgeoisie, Verbot und Zerschlagung aller linken und kommunistischen Gruppen anzustreben. Damit versucht die herrschende Klasse einen Gegner auszuschalten, von dem sie befürchten muß, daß er die zunehmende Unruhe und den vielfältigen Protest

denktausch) und vom Studentenwerk ASIA, Studentenwerk und Uni-Präsidium sind seit 1971 „im Samierungsgeschäft“ tätig. Seit dieser Zeit gibt es ein Abkommen mit Maklergruppen und Wohnungsunternehmen, in dem vereinbart wurde, daß in dem Zeitraum zwischen Zwangsraumung und endgültigem Abriß der Wohnungen in den Sanierungsgebieten (meistens ein bis zwei Jahre) Studenten in die Wohnungen ziehen können.

Nun ist es ja ein legitimes Bedürfnis der Studenten, wenigstens für kurze Zeit eine erschwingliche Wohnung zu haben. Entscheidend aber ist, daß ASIA und Studentenwerk die Verträge so abgeschlossen haben, daß die Studenten aufgrund der „Nutzungsverträge“ außerhalb der – ohnehin minimalen – Schutzbestimmungen des Mietrechts stehen.

Nach den vom ASIA/Studentenwerk bereitwillig abgeschlossenen „Nutzungsverträgen“ sind die Studenten nur noch beliebige austauschbare Objekte, die aufgrund ihrer völlig rechtlosen Situation und wegen der unerschwinglichen Mieten auf dem „freien“ Wohnungsmarkt für die Wohnungsunternehmen zu einer gut kontrollierbaren und jederzeit

auf, „die Wohnung in einen Zustand zu versetzen, der den Anforderungen im Blick auf Ordnung und Sauberkeit in einem zivilisierten (!) Land genügt“, sie überwachen die politische Zugehörigkeit der Mieter zu einzelnen Gruppen, schicken sogar einem Studenten, der wegen „illegalen Aufenthalts in der BRD“ in Abschiebehäft ist, ein Kündigungs-schreiben ins UG („es wurde uns mitgeteilt, daß Sie sich illegal in der BRD aufhalten. Unter diesen Umständen kann Ihnen das Studentenwerk einen Wohnraum nicht mehr zur Verfügung stellen...“). ASIA und Studentenwerk betreiben also einen schwindehaften Menschenhandel mit Studenten, die sie kontrollieren, bespitzeln und einschüchtern und machen sich bereitwillig zum direkten Handlanger des reaktionären Ausländergesetzes.

Für die Spekulanten sind mit diesen Verträgen mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

- In dem Zeitraum, der für die Vertreibung der Altmietler notwendig ist, haben die Wohnungsunternehmen keine Verluste durch leerstehende Wohnungen.
- Die Wohnungsunternehmen brauchen für die Studenten

den reformistischen Hamburger ASTA sich bemüht, die Widersprüche der kapitalistischen Wohnungspolitik zwangsläufig hervorzuheben, zu verschleiern und die arbeiterv- und menschenfeindliche Politik des SPD-Senats abdeckt.

Auch in Hohenfelde mischte der ASTA kräftig mit. Nur glaubte hier die Bewobau zunächst, daß es aufgrund ihrer guten Beziehungen zum Senat die Hilfe des ASTA nicht nötig haben würde, sondern die Räumung des gesamten Viertels schnellstens über die Bühne gehen könnte, eine Anfrage des ASTA, ob die freivermieteten Wohnungen an Studenten vermietet werden können, wurde zunächst dankend abgelehnt.

Nach der Hausbesetzung wurde aber deutlich, daß der Abriß nicht so unkompliziert vor sich gehen würde. Darum wurden Bewobau und ASTA/Studentenwerk sich nun doch schnell handelseinig. Bis zum 31. März 1974 sollten Studenten in die bereits leerstehenden Häuser ziehen, bereits bestehende Mietverträge (Ekhostr. 43) sollten bis zu diesem Zeitpunkt verlängert werden. So sollten vor allem weitere Besetzungskämpfe verhindert werden.

Die Harmonie zwischen Studentenwerk und der Bewobau wurde empfindlich gestört, als am 2.5. in einem Gespräch zwischen Bewobau, Studentenwerk und Initiativkreis Hohenfelde (eine Selbsthilfe-Organisation der Mieter), letzterer es ablehnte, die Wohnungen mit Studenten belegen zu lassen und stattdessen forderte, die Wohnungen mit Individualmietverträgen zu vergeben (der Initiativkreis legte eine Liste mit Namen von bedürftigen Kündigungen zurückzunehmen, und dann noch – wie die „Welt“ am port berichtete – andeutete, daß sie selbst Häuser besetzen könnten).

Die Vertreter des Studentenwerks und der Bewobau reagierten gleichermassen sauer. Sofort nach der Räumung des besetzten Hauses Ekhostr. 39 konnten ASTA/Studentenwerk wieder in Aktion treten. Die leerstehenden Häuser werden an Studenten vermietet, die Aktion hat damit, wie die sozialdemokratische „Hamburger Morgenpost“ („Mopo“) aufrief, die verschärften, ein zufriedenstellendes Ende gefunden.

Über die Wohnungspolitik ASTA/Studentenwerk liegt inzwischen eine Dokumentation vor, die von den Hausbesetzern zusammengestellt wurde. – Als die Hausbesetzer auf einem Teich an ankündigten, sie würden bisher interne Dokumente über

den bisher internen Dokumente über die „Wohnungs- und Sozialpolitik des Hamburger ASTA“ veröffentlichten, kam es zu Auseinandersetzungen mit Vertretern des MSB und SHB. Die Hausbesetzer hielten sich die Akten und Unterlagen später aus der ASTA-Baracke. In einem Grenzschutz der Polizei (mit Hubschraubern, Stoppen eines U-Bahn-Zuges, Hausdurchsuchungen etc.) wurde versucht, die Akten noch vor ihrer Veröffentlichung zu beschlagnahmen. Der ASTA behauptete in einem Flugblatt, er habe auf eine Anzeige verzichtet, die Besetzer sagen, ASTA und Studentenwerk seien Auslöser dieser Großfahndung (tatsächlich dürfte geklärt sein, daß eine entsprechende Anzeige des ASTA gegen die Hausbesetzer Auslöser der polizeilichen Großfahndung war, die kurz nach dem Einstieg in die ASTA-Baracke bereits auf Hochtouren lief. Ziel dabei war, in jedem Fall die internen ASTA-Akten noch vor ihrer Veröffentlichung zurückzuschaffen und so eine Entlarfung der ASTA-Politik zu verhindern).

Die Politik der Reformisten und Revisionisten: Abweigeln, Spalten, Verwirrung stiften

Auch das Haus Ekhostr. 43 (neben dem besetzten Haus) ist vom ASTA und Studentenwerk mit Studenten belegt worden. Einige der Bewohner gehören der Initiativgruppe Hohenfelde an, die sich vor ca. 1 1/2 Jahren gebildet hat. Die Mieterinitiativ hat versucht, gegen den Abriß der Gebäude den Widerstand der Bevölkerung zu mobilisieren. Durch Unterschriftenaktionen, Gespräche mit den Behörden usw. wollte man versuchen, wenigstens



So schützt die Polizei das Eigentum der Bewobau

So schützt die Polizei das Eigentum der Bewobau

der Bevölkerung gegen niedrige Löhne, hohe Preise und Mieten organisiert und ihnen eine politische Störfunktion geben kann.

Damals Vorgehen finden wir heute bei den Gewerkschaftsführern, die gegen die Arbeiterlinke in Betrieb und Gewerkschaft vorgehen. Linke und kommunistische Arbeiter und Angestellte werden von den Gewerkschaftsführern bei ihren Kollegen diffamiert, an die Geschäftsleitung zwecks fristloser Kündigung ausgeliefert, um ihnen so auch noch jeden Rechtschutz zu nehmen.

Auch die Kriminalisierung kommunistischer Organisationen läuft derzeit nach demselben Muster ab. In der bürgerlichen Presse wird die unglaublichesten Gruselgeschichten aufgetischt, da wird die „Sicherheit der Bevölkerung“ beschworen, die die Kommunisten angeblich gefährden, da werden kommunistische Organisationen mit genau den gleichen Vokabeln beschuldigt wie die jugendlichen Hausbesetzer aus der Ekhostraße.

Mit ihrer gesamten Hetzkampagne gegen kommunistische und andere linke Organisationen, gegen Hausbesetzungen und Mieterstreiks, gegen spontane Streiks der Industriearbeiter usw. versucht die herrschende Klasse sich einer allgemeinen Entwicklung in der Bevölkerung entgegenzusetzen, von der sie langfristig eine Bedrohung ihrer Profite und Profite, ihrer Herrschaft über Staat und Gesellschaft befürchten muß.

ASTA und Studentenwerk – in einem Boot mit SPD Senat und Wohnungsunternehmen

Schülerhilfe bei der Räumung der Häuser erhielt die Bewobau vom Hamburger ASTA (Allgemeiner Stu-

denarbeitsrat) und vom Studentenwerk ASIA, Studentenwerk und Uni-Präsidium sind seit 1971 „im Samierungsgeschäft“ tätig.

Die „Nutzungsverträge“ sehen vor:

- vierwöchentliche Kündigungsfrist (z.T. bis zu 14 Tagen vor Abbruch)
- Das Wohnungsunternehmen übernimmt keine Gewähr für den baulichen Zustand
- Das Studentenwerk hält das Wohnungsunternehmen von allen haftungsrechtlichen Ansprüchen frei
- Ansprüche auf weitere Instandhaltung können nicht dem Wohnungsunternehmen gegenüber geltend gemacht werden
- Bei Beendigung des Nutzungsverhältnisses hat das Studentenwerk das Nutzungsobjekt dem Wohnungsunternehmen geräumt zu übergeben, ohne daß Anspruch auf Ersatzwohnungen besteht
- Das Studentenwerk hafet bei nicht fristgemäßer Räumung (bis zu 100 000 DM hatten die Beteiligten zu je einem Drittel, für Ansprüche über 100 000 DM hatten sie als Gesamtschuldner)

Diese Vereinbarungen hat der ASTA freiwillig abgeschlossen, und als „gute Geschäftleute“ sorgen ASIA und Studentenwerk auch gleich gründlich dafür, daß die Bestimmungen auch wirklich eingehalten werden. So fertigten ASIA und Studentenwerk schwarze Listen über Mietrückstände an, so sprachen sie Kündigungen bei „unkontrollierbarer Überbelegung der Wohnungen besonders durch Ausländer (!) aus sie sorgen dafür, daß die Verträge nur verlängert werden, wenn die Mieter polizeilich gemeldet und, so Saubermann fordern sie die Mieter

keine Ersatzwohnungen zu be-

- Die Studenten stellen ein Mieterreservoir dar, das aufgrund der Verträge völlig rechtlos ist
 - ASIA und Studentenwerk sorgen für rechtzeitige Räumung (also kein Ärger und keine Verzögerung für die Hausbesetzer und maximaler Profit)
- In dieser Eigenschaft tritt der ASTA den Studenten als Vertreter der Kapital-Seite gegenüber, hinter dem sich die Spekulanten und Wohnungsunternehmen bestens verstecken können. Die Politik des Hamburger ASIA entspricht in diesem Punkt genau den Vorstellungen des rechten CDU/CSU-Studentenbundes RCDS von studentischer „Sozialpolitik“. Allerdings wird der Hamburger ASIA vom linkssozialdemokratischen SHB und revisionistischen MSB (Studentenorganisation der DKP) gestellt.

Das ASIA Politik auf diesem Sektor auch anders aussehen kann, beweist der Frankfurter ASIA. Er bemüht sich – z.T. mit Erfolg – den Kampf der Mieter gegen drohenden Abbruch ihrer Häuser zu unterstützen. Er unterstützt Hausbesetzungen von Arbeitern und Studenten und kämpft um die Aufhebung der Rechtlosigkeit der Studenten auf dem freien Wohnungsmarkt. Auf der Grundlage dieses Kampfes konnten Arbeiter und Studenten dem SPD-Senat relativ günstige Wohnungsverträge abringen, z.B. dürfen und dürfen eine Reihe Frankfurter Häuser jahrelang umsonst bewohnt werden. Was noch mehr zählt, ist die Tatsache, daß die Politik des Frankfurter ASTA in diesem Punkt eine zunehmende politische Klarheit über das Wesen kapitalistischer Wohnungspolitik geschaffen hat und weiter schafft, während die Politik

Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Am diesjährigen 1. Mai haben mehrere Millionen Arbeiter und andere fortschrittliche Menschen in vielen Ländern der Welt in Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit sind, für die Durchsetzung ihrer unmittelbaren Belange und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

In den Ländern des Sozialismus feierten die Menschen die Erfolge des sozialistischen Aufbaus und demonstrierten auf vielfältige Weise ihre Solidarität mit dem Kampf des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker.

In der VR China nahmen allein in Peking mehrere hunderttausend Arbeiter und andere Werktätige an den Mai-Feiern teil, die auch in diesem Jahr wieder in Form eines Volksfestes begangen wurden. In Anwesenheit mehrerer tausend ausländischer Gäste und führender Vertreter der chinesischen Partei- und Staatsführung vergnügten sich die Menschen mit Sport und Tanz, sahen mit Interesse revolutionäres Theater und sangen begeistert die traditionellen Lieder ihres Kampfes.

In der Demokratischen Republik Vietnam konnte das Volk zum ersten Mal seit Jahren wieder Mai-Kundgebungen ohne die Bedrohung durch den Bombenterror der USA-Luftwaffe durchführen. Alle Mai-Feiern standen im Zeichen des Sieges über den US-Imperialismus. Zehntausende versammelten sich allein in den zerbrochenen Straßen Hanoi und demonstrierten auf dieser ersten öffentlichen Massenkundgebung seit 1964 ihre Entschlossenheit, bis zum endgültigen Sieg über den US-Imperialismus und das reaktionäre Thieu-Regime den Kampf weiterzuführen. Ministerpräsident Phan Van Dong dankte in einer Ansprache allen Menschen in der Welt, die uns in unserem ruhmreichen Kampf unterstützt haben.

In den Ländern des faschistischen Terrors Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei sind den alle Aktionen der Arbeiter und anderer Kräfte des antifaschistischen Widerstandes wie bisher unter Verbot. Da sich die Arbeiter von der faschistischen Diktatur ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht zu demonstrieren, nicht verbieten lassen und auch nicht durch die Aufmärsche von Militär und Polizei eingeschüchtert werden konnten, ging es an vielen Orten gewaltsam zu.

In Portugal wurden fast hundert Antifaschisten bereits vor dem 1. Mai in die Kerker geworfen. Dieser Maßnahmen waren ausgedehnte Polizeirazzien vorausgegangen.

Trotz Verbot und dieser „Präventivmaßnahmen“ wurde vor allem in Lissabon am 1. Mai demonstriert.

In Spanien wurden am 1. Mai zahlreiche Kundgebungen von Polizei und Militär überfallen, viele Demonstranten brutal mißhandelt und festgenommen. In Madrid wurde ein Agent der faschistischen Geheimpolizei von der aufgebracht Menge erschossen. Am Vorabend des 1. Mai waren bereits bei SEAT in Barcelona (dem größten Industriebetrieb des Landes) 24 000 Arbeiter ausgesperrt worden. Mehrere Hundertschaften der Polizei besetzten das Fabrikgelände. Trotz der brutalen Vorgehensweise der Kapitalisten und ihres faschistischen Staatsapparates waren gerade die SEAT-Arbeiter auf Demonstrationen in Barcelona mit kläpfelnden Parolen aktiv vertreten. Allein in Barcelona demonstrierten 16 000 Menschen!

Bei einem Feuerüberfall wurden in der mexikanischen Provinz, ad Puebla drei Studenten der Polizei erschossen, als sich in der Stadt mehrere hundert Menschen zu einer Mai-Demonstration formieren wollten.

Sieben Millionen Arbeiter, Angestellte und Studenten demonstrierten am 1. Mai in 850 Städten Japans um die Erfolge ihres „Frühlingskampfes“ zu feiern. Seit zehn Jahren hat die japanische Arbeiterklasse vor allem in den ersten Monaten des Jahres große Arbeitskämpfe für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen durchgeführt. In den diesjährigen Kämpfen, an denen sich in den Monaten März und April rund acht Millionen Arbeiter beteiligten, konnten bedeutende Lohnerhöhungen, höhere Ruhegehälter, kürzere Arbeitszeit und die Wiedereinsetzung des Streikrechts erkämpft werden.

Auf zahlreichen Massenversammlungen wurde der Rücktritt der reaktionären Regierung Tanaka und die Bildung einer fortschrittlichen Regierung von Sozialisten und Kommunisten gefordert.

In England, wo der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag ist, streikten weit über eine Million Arbeiter und Angehörige gegen die Angriffe auf ihre Lebensbedingungen und die gewerkschaftsfeindliche Politik der Heath-Regierung. Obwohl die englischen Gewerkschaftsführer diesen Kampf nicht unterstützten und zu spalten versuchten, gelang es den Arbeitern dennoch, bedeutende Teile der Industrie und des öffentlichen Lebens lahmzulegen und in Massenveranstaltungen ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen (Siehe auch unseren Bericht weiter unten).

Ganz im Zeichen der bereits seit Monaten andauernden Arbeitskämpfe und Protestmärsche standen die Mai-Veranstaltungen in Italien und Frankreich.

Die größten Manifestationen der italienischen Arbeiterklasse gab es mit ungefähr 50 000 bzw. 100 000 Teilnehmern in Rom und Mailand. Größere Umzüge fanden auch in Turin, Bologna, Triest und anderen Städten statt. In Frankreich haupt-

stadt Paris versammelten sich auf zwei größeren Demonstrationen fast 100 000 Menschen.

Die konkreten Lösungen des Kampfes, für die Millionen Menschen an diesem 1. Mai auf die Straße gegangen sind, waren entsprechend den besonderen Verhältnissen in den jeweiligen Ländern unterschiedlich – alle Aktionen richteten sich jedoch gegen das Kapital und die politische Reaktion gegen Krieg und Imperialismus für Frieden, Demokratie und Sozialismus!

Überall dort, wo die Arbeiter und fortschrittliche Menschen aus anderen Schichten des Volkes ihre Meinung frei und unzensuriert zum Ausdruck bringen konnten, betonten sie die Verbundenheit mit dem Kampf der unterdrückten gehaltenen Völker. In diesem Sinne war der

1. MAI

1. Mai 1973 ein Schnitt nach vorn in der Verwirklichung der großen Lösung.

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker – vereinigt euch!



Spanien: Faschistische Polizei und Militär gehen in Barcelona gegen Arbeiter vor

Der Appell der Bourgeoisie

Anläßlich des 1. Mai 1973 richtete das Deutsche Industrieinstitut im Auftrag des Großkapitals einen Appell an seine „Kollegen“ von der DGB-Führung „nicht über neuen Forderungen die gemeinsame Aufgabe zu vergessen, in der BRD die bewährten (!) Grundlagen des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts (!) gegenüber allen radikalen Kräften zu verteidigen.“

Die bisher errungenen „Erfolge“ sei-

Die bisher errungenen „Erfolge“ seien „ausdrücklich der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Unternehmen in der „freien Wirtschaft und nicht dem Klassenkampf zu verdanken.“

Diese Willensäußerung traf sich gut mit den Vorbereitungen der DGB-Führung zu den gewerkschaftlichen Mai-Veranstaltungen. „Ordnungsgruppe“ („die geübte Fäule“), wie der Appell begann, so die Frankfurter DGB-Führer Heise und Pöhl. Hundertschaften wurden zum Schutz der DGB-Kundgebungen bestellt. Die Arbeiter in den Betrieben wurden mit Gruselgeschichten über „geheime Extremisten“ auf Zusammenstöße bei den Mai-Veranstaltungen „vorberichtet“ und selbst zum Zupacken aufgefordert (siehe Bericht aus Frankfurt).

Bereits vor der Bourgeoisie hatte der DGB-Bundesvorstand in einer Erklärung zum 1. Mai als Leitlinie die Devise ausgegeben: „SOLIDARISCH ALLE VERBÜCHE ZUR UMWANDLUNG DER DEMOKRATIE ABWEHREN.“ (DGB-Nachrichtendienst vom 26. April 73).

Daß mit Ausnahme von einigen DKP-Schülern und anderen verurteilten Elementen diesem Aufruf zu antikomunistischen „Solidarität“ keine Arbeiter gefolgt sind, ist der Grund dafür, daß es „trotz der Demonstrationen an diesem 1. Mai“ relativ friedlich zugeht. Es ist ja deshalb nicht der Verdienst der Gewerkschaftsführer, sondern der Besonnenheit der Linken zu danken, daß sich die „Ordnenden“ Übergriffe der Polizei (siehe Bericht über Köln) und Ordnungsmaßnahmen an verschiedenen Orten keine größeren Anstrahlen.

Die Antwort der DGB-Führer Leere Phrasen

In fast allen größeren und mittleren Städten der BRD kamen zehntausende zu Kundgebungen und Demonstrationen zusammen, die von den Gewerkschaften oder von sozialistischen und kommunistischen Gruppen organisiert worden waren. Darin drückte sich erneut die gewerkschaftliche Kampfkraft der Arbeiter aus, weil sie sich nicht von allem in den zurückgehenden Tarifauseinandersetzungen gezeigt hat. spontane Arbeitskämpfe in bedeutenden Metallbetrieben, Ablehnung von Tarifabschlüssen in Urabstimmungen Branchenzweige der Druckerei.

Diese Entwicklung hat die Führer des DGB veranlaßt, in stärkerem Maße als in den vergangenen Jahren zu öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen aufzurufen und sich in ihren Reden mit antikomunistischen Phrasen an die „Seite der Bewegung“ zu stellen. Wenn z.B. DGB-Vorsitzender Viehöver in München vor über 20 000 Demonstranten die Frage stellt, „ob unser Wirtschaftssystem auf

der Grundlage des privaten Eigentums, der privaten Unternehmerentscheidung nicht langsam aber sicher seine Rechtfertigung verliert“, so ist das nichts anderes als ein ganz demagogischer Spruch von einem Mann, dessen Existenz gerade mit diesem kapitalistischen System aufs engste verbunden ist.

Derartig radikal klingende Phrasen, die hier und da bei allen Festrednern des DGB gezielt eingesetzt wur-

den, sollen die Arbeiter über die Taten der Gewerkschaftsführung hinwegtäuschen. Über die Tatsache z.B., daß der Führer aller DGB-Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren und den Tarifabschlüssen haben die nicht einmal die geringsten Preise ausgetrieben haben, und daß sie dort, wo die Arbeiter oft in den Rücken geraten sind, wie diese sich das in Streiks zu holen versuchten, was ihnen die Gehaltskommission der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung nicht bringen konnte.

In den wenigsten Fällen haben die offiziellen Veranstaltungen des DGB den Arbeitern die Möglichkeit ihre Forderungen in der Weise zum Ausdruck zu bringen, wie sie das ohne die Bevormundung durch die Gewerkschaftsführung getan hätten. Redner waren oftmals die Stars aus den Gewerkschaftsvorständen und Persönlichkeiten des „öffentlichen Lebens“, aus den Betrieben sind kaum Kollegen zu Wort gekommen. Die Arbeiter brachten vor allem auf Transparenten und durch Sprechergelächter ihre Kampfparolen zum Ausdruck, soweit diese nicht der Zensur der Hauptkommission zum Opfer gefallen waren. Dort, wo sich die Lösungen des Klassenkampfes durchsetzen, scheitern die DGB-Führer nicht daran zurück, Demonstrationen zu spalten. So geschahen in Bremen, wo die Führer des DGB einen bereits aufgestellten Demonstrationzug von mehreren

... und Antikomunismus

In mehreren Städten der Bundesrepublik waren die von Sozialisten und Kommunisten angeregten Demonstrationen verboten (z.B. Dortmund und Aachen). Die sogenannte KPD, die seit mehreren Wochen vom Verbot bedroht ist, war nicht nur in der antikomunistischen Hetze der DGB-Führer die am meisten angegriffene Gruppe, sondern auf ihrer Demonstration in Dortmund haben sich mehrere hundert Teilnehmer in der ersten Knapplage aus ca. 60 Demonstrationen aus den festgenommenen Demonstrationen die mit Bussen und Zügen nach Dortmund fahren werden vor und in der Stadt von Parasken mit Prügel am Aussehen gehindert.

Zu allem Westkapitalismus und antikomunistischen Tönen machte die DGB-Führung jedoch deutlich, daß sie mit sei den Behörden fest auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse steht. Nach ein mal Vetter.

Die Arbeitgeber scheinen noch gar nicht gemerkt zu haben, daß wir (?) nicht allein bestimmen sondern mitbestimmen wollen. Bei streik noch stehen sie auf diesem „mit“ herum, bis aus der Mitbestimmung eine Selbstbestimmung geworden ist!



Vietnam: In Hanoi – das vietnamesische Volk feiert den Sieg über die US-Imperialisten

1973

Der Sozialismus, die Klassenherrschaft der Arbeiter wird von der DGB-Führung nicht als anzustrebendes Ziel gesehen. Ganz im Sinne der Verteidigung der bestehenden Verhältnisse werden die massiven Angriffe auf oppositionelle und kommunistische Gruppen, die sich entweder an DGB-Veranstaltungen beteiligen oder die Arbeiter zu eigenen Demonstrationen aufrufen hatten. Zu einer Spitzenleitung an Antikommunismus brachte es der DGB-Führer Hans Richter der in Regensburg auf kirchliche Zeichenrufe antwortete: „Wir haben radio E. bekommen und ebenso ihre kommunistischen Abkürzungen (1) weil wir wissen daß am Prinzip kein Unterschied besteht zwischen Faschismus und Bolschewismus.“ (in „Sozialistische Zeitung“ v. 2. Mai 73)

Hamburg

Wie bereits im vergangenen Jahr gab es auch diesmal in Hamburg am 1. Mai mit rund 7500 Demonstranten (zusammengerechnet) aus der Bewegung nicht größer als im Vorjahr. An der vom Kreisjugendausschuß (KJA) des DGB und einer Vielzahl von Organisationen und Verbänden durchgeführten Demonstration beteiligten sich 4800 (nach Angaben der Veranstalter sollten es 6000 gewesen sein) – wovon etwa 800 000 im Sozialistischen Block marschierten, an dessen Spitze ein Lautsprecherwagen der Sozialistischen Studentenfront (SSF) fuhr.

- Etwa 2500 Menschen waren dem Aufruf des KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB) gefolgt und demonstrierten durch die Arbeiterviertel Altona und Eimsbüttel.
- Jeweils etwa 300 Demonstranten beteiligten sich an den Mai-Umzügen von KPD und der KPD/M.

Die offizielle Veranstaltung des DGB im „Congress Centrum Hamburg“ war die von 3000 Leuten besuchte, eine große Anzahl von Teilnehmern an der KJA-Demonstration die keine Karten mehr bekommen hatten, wurden am Eingang abgewiesen.

Die Taktik der Hamburger DGB-Führer

Die Taktik der Hamburger DGB-Führer

Seit Jahren wird von der Hamburger DGB-Führung darauf verzichtet, am 1. Mai (wie auch sonst) gewerkschaftliche Demonstrationen durchzuführen. Seit zehn Jahren finden die offiziellen „Faschisten“ sogar im Saal vor geleiteten.

In einer Erklärung die DGB-Kreisvorstandes wird diese Praxis vor allem mit zwei „Argumenten“ legitimiert:

1. „...trotz der erheblichen finanziellen Aufwendungen und nachhaltigen Bemühungen des DGB ist die Zahl der Beteiligten seit Jahren rückläufig.“

2. Das Aufreten sozialistischer und kommunistischer Gruppen habe „das Ansehen des DGB und seiner Gewerkschaften zusätzlich herabgesetzt und geschädigt“ und das überhies hätte man gar nicht durch, „denn radikalen Gruppen wird Einfluß in der DGB-Führung verweigert.“

Der schieren Feststellung von der Rückläufigkeit der Teilnehmerzahlen an den Mai-Veranstaltungen des DGB kann man sich leicht verschließen. Denn runder umgekehrt:

- Am 1. Mai 1970 gab es in Hamburg jeweils über 10 000 Teilnehmer.
- 1970 vorm Gewerkschaftshaus waren es über 10 000.
- 1971 gab es lediglich eine Saalfest mit ca. 5000 Teilnehmern.
- 1972 hatte die helle „gewerkschaftliche“ Demonstration des AZ 3-4000 Teilnehmer.

Was aber sind die Ursachen für diese Entwicklung?

Diese Frage wird von der DGB-Spitze natürlich gar nicht erst gestellt.

centen Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche gesehen werden.

Auf der Grundlage dieser Belegungen (die die DGB-Führung als „gewerkschaftliche“ Overtone für ihre Politik – die natürlich auch am 1. Mai in Form und Inhalt unter dem Banner der Klassenkämpfe steht und nicht des Klassenkampfes steht).

Den 1. Mai wieder als Kampftag des internationalen Proletariats durchzuführen – das werden wir die sich ihrer Klasseninteressen bewußt werdenden Arbeitermassen tun.

Gegenwärtig kann aber noch kein Rede davon sein, daß es eine M A S S E N bewegung in diese Richtung gibt.

Obwohl die DGB-Führung 1972 davon berichtet im vergangenen Jahr einmal wieder eine Demonstration mit halb-gewerkschaftlichem Charakter durchgeführt zu haben, so ist die DGB-Führung auf das Wirken jener „radikalen Gruppen“ (Kommunisten) zurückzuführen, die die DGB-Führung die Frage „Herabgesetzt und ge-



der DGB überlassen. Der dreifache Kuhhandel der Jugendgruppen mit der Gewerkschaftsführung erschrack ebenfalls den Aufruf zu einer Jugenddemonstration durch den KJA andersorts eine Route, die um 8.30 Uhr durch die laute Innenstadt in Richtung Congress Centrum führte, um so die Abstinenz für einen Kampferischen 1. Mai möglichst zu vermeiden. Der Aufruf wurde durch den KJA nicht nur wenig aufgerufen. Das versprachen dann allen voran die OKP, das als gewerkschaftliche Mai-Demonstration herauszutreten. Die DKB war noch ein übriges dazu, ihr Verständnis einer gewerkschaftlichen Demonstration zu zeigen, sie versuchten weitgehend auf roter Fahnen um den sozialistischen Block von dieser Demonstration abzubringen.

OKP und SSG versuchten es so darzustellen, als sei die KJA-Demonstration Ausdruck davon, daß die gewerkschaftliche Basis geradezu zu einer Mai-Demonstration drängt. Dem Papier nach hätten laut DKB praktisch die Hälfte der Hamburger Gewerkschaften zur KJA-Demonstration kommen müssen. Das wurde mit dem Aufruf einer Reihe von gewerkschaftlichen Gremien begründet (insbesondere die Jugendgremien hatten zur KJA-Demonstration aufgerufen und mobilisiert, ohne daß allerdings diese Gremien größeren Einfluß besitzen).

Schönkte man die SSG Glauben an diese Gewerkschaftsführung sogar „Ihr habe Not III“ damit den wachsenden

Druck von der Basis abzuwenden, ohne sich selbst zu isolieren“ (wie ging es dem „Willen vieler fortschrittlicher KJA“ eigen entsprechend darum diese KJA-Demonstration zu einer Demonstration aller Arbeiter zu machen).

Der KB geht dagegen davon aus, daß es in den letzten Jahren verstärkt die Forderung nach einem kämpferischen 1. Mai gegeben hat, wie es sich etwa in Hamburg in den sozialistischen Demonstrationen zum 1. Mai niederschlug, daß andererseits gegenwärtig die gewerkschaftlich organisierten Massen nur geringe Neigung zur Mai-Demonstration haben. Es kommt somit darauf an, durch die Agitation und Propaganda zum 1. Mai die Forderung nach einer (1. K.) in gewerkschaftlichen Mai-Demonstration mit breiter Mobilisierung zu verbreiten und zu vertiefen. Die halb-gewerkschaftliche Demonstration des KJA wesentlich auf Grund des Drucks von außen in den letzten Jahren zugeworfen worden war, zog der KB daraus den Schluß, auch in diesem Jahr nicht darauf zu verzichten, eine Demonstration durchzuführen, die durch Zeitpunkt und Route möglichst viele Menschen erreichen.

Das trug dem KB von einigen Organisations-Anwarte ein, wie „Gewerkschaftsleute“ (DKP) oder KB in „Schmähartikel“ von der SSG (Eine ausführliche Auseinandersetzung über den 1. Mai in Hamburg wird in UNSER WG 20 erscheinen.)

West-Berlin

Insgesamt waren in diesem Jahr am 1. Mai in West-Berlin 75 000 Menschen auf der Straße. Allein dem Aufruf des „Makomitee 73“, das im wesentlichen von der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) bestimmt wurde, waren über 50 000 Arbeiter, Angestellte und Studenten gefolgt. Der kilometerlange Demonstrationszug führte durch die Arbeiterviertel Kreuzberg und Neukölln.

Der West-Berliner DGB dagegen hatte wie im letzten Jahr wieder zu einer Saalfest eingeladen. Mit einem „Kämpferischen“ Mai-Programm in geschlossener Gesellschaft, bestehend aus Tengel-Tengel-Musik und Liedern wie „Schön ist die Welt“ versuchte er, die Arbeiter an ihrem Kampftag vor den Fernseher zu locken. Daß ihm das noch weniger als im letzten Jahr gelungen sei, beweist die deutlich gesunkene Zahl der Demonstranten.

Mit ihrer Entscheidung, unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Saal zu „feiern“ setzten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ganz bewußt über den erklärten Willen der kämpferischen Berliner Arbeiter hinweg. Ebenso wie die Vertreterversammlung zwischen Berliner Arbeiterinnensinn, ebenso wie die Vertreterversammlung der IG Bau, der Landesbezirksrat der IG DRUPA, der Hauptvorstand der IGW die Jugendkonferenz der IG Metall u.a.m. protestierte auch der Bezirksjugendausschuß der OTV gegen die Entscheidung der DGB-Führer und forderte in einer beispielhaften Erklärung:

Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, an dem die Lohnabhängigen macht voll und solidarisch für ihre Forderungen demonstrieren. Nicht nur, weil es den guten Traditionen der Arbeiterbewegung entspricht, sondern in noch stärkerem Maße, weil die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, die Gewerkschaften, in der kapitalistischen Gesellschaft ihre Forderungen nur durch steten kämpferischen Einsatz durchsetzen können, wäre es notwendig gewesen, daß der Landesbezirksvorstand des DGB am 1. Mai 1973 die Durchführung einer gewerkschaftlichen Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel beschlossen hätte.

und Neukölln aufgerufen hat, eine anerkennungswürdige Initiative.“

Zum Schluß der Erklärung heißt es: „Der BJA ist auch der Meinung, daß am 1. Mai 1973 vor allem konkrete Forderungen vertreten werden müssen und daß unvermeidliche Diskussionsrunden unter weitgehend ausgewählten Kollegen – wie sie in der Meschale, aufgeführt werden sollen, nichts dazu beitragen, durch Mobilisierung die Kampfkraft der Gewerkschaften zu stärken.“

Auch in diesem Jahr hatte die SEW relativ frühzeitig die Initiative zur Bildung eines „gewerkschaftlichen“ Mai-Komitees ergriffen. Erwartungsgemäß sei jedoch auch in diesem Jahr keine Aktionsseinheit mit Sozialisten und Kommunisten ein. Mökierte sich sogar die „FWF-rendliche“ Wochenschrift „Berliner Extra-Dienst“ über das „ungeduldige Bevormundung“ durch ihre Genossen, die „andere Linke“ verpreßt, wenn ihnen zu deutlich (!) die Rolle des natürlichen Feindes oder gar des unzulässigen Idioten angewiesen wird.“ (ED, Nr. 35, 3.5.73)

Die Hälfte der Demonstranten (mehr als 25 000) marschierten im Block der SEW. Der andere Teil in den Blöcken der sozialistischen Arbeiter- und Schülergruppen, der Betriebe- und Stadtteilgruppen, in den Reihen gewerkschaftlicher Gruppen der ML-Hochschulorganisationen der Trotzkisten und Anarchisten. Die gewerkschaftlichen Gruppen demonstrierten unter den Parolen „Gegen Mitbestimmungsmüllionen und Sozialpartnerschaft für Klassenkampf“, „Kampf dem Kapital! Klassenkampf ist international“, „Gegen die ökonomischen und politischen Angriffe der Kapitalistenklasse – die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse!“ u. a. m.

An diesem 1. Mai mischte auch die SPD mit. Deren „Joker“ FDG-Geleute und die Jungs veranstalteten eine eigene Demonstration, die eine Stunde vor der anderen Gruppen begann und auf der gleichen Route entlangführte. Daran nahmen rund 5 000 Menschen teil. Diese Demonstration muß als Einstieg in die vom West-Berliner SPD-Vorstand propagierte „verwirklichte Arbeit an der Basis“ gewertet werden. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Aufbau von „Betriebsprojektivgruppen“ und an den Schulen liegen, um dem Einfluß der Kommunisten in diesen Bereichen entgegenzuwirken. Daß dieser Einstieg am 1. Mai 73 nicht so recht gefiel, ist, zeigt die (für West-Berliner Verhältnisse) niedrige Teilnehmerzahl an dieser Demonstration.

Die „Parolen“ (KPD/KPD/ML) und ihre „Massenorganisationen“ machten ihren Umzug wieder im Wedding. Die Teilnehmer waren wie immer zum großen Teil Studenten, die sich zu 6 000 dort eingefunden hatten.

Demgegenüber sah der BJA im „Mai-Komitee 73“ ... welches zu einer Demonstration in Kreuzberg

Der BJA hält an „angesichts der reich ständig verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen, angesichts steigender Preise und sich verschärfender Auseinandersetzungen an der Tariffront geradezu für eine Verhöhnung unserer Kollegen und für eine ungeheure Zuspitzung für alle Gewerkschafter, wenn wir aufgefordert werden, am 1. Mai 1973 zusammen mit abgeschiedenen Showstars wie Paul Kuhn und Othello Molina auf einer billigen Versteif Veranstaltung die Traditionen und Inhalte des Kampftages oder Lohn abhängigen mit Füßen treten zu lassen.“

Demgegenüber sah der BJA im „Mai-Komitee 73“ ... welches zu einer Demonstration in Kreuzberg



suchen, daß der 1. Mai nicht zum Feiertag der Sozialdemokratie wird.

Klare Sicht schaffen

Das war das Ziel, mit dem die Kommunistische Arbeitergruppe Göttingen (KAG) ihre Branchenkampagne für die Kollegen der Metall- und Druckindustrie zum 1. Mai herausgab und den Verkauf des ARBEITERKAMPF organisierte. Klare Sicht über die Lage der Arbeiterklasse und über ihre Gegner, die Kapitalisten und ihre Verbündeten in der Führung der Gewerkschaften, klare Sicht über die Angriffe der Kapitalisten und des Staates auf die Arbeiterklasse, klare Sicht auch über die Versuche der Spaltung und Schwächung der Gewerkschaften, die die Gewerkschaftsführung durch ihre Kommunistenagende betreibt.

Betrachtet man nun den dreißigjährigen 1. Mai, so gibt's keinen Grund zu feiern oder zu jubeln. Wenn auch SPD-DGB-Führer Siegfried Krüger, kein Bein an die Erde kriegte, wenn auch die Ringgruppe „Kurze Links“ mit ihrem Lied „Hütten wir die Mitbestimmung – wir's das nicht passiert!“ Pfiffe und schallendes Gelächter ertönte, wenn auch rote Fahnen und Arbeiterlieder dem Ganzen ein gutes Aussehen gaben, können jedenfall wir nicht übersehen, daß diesen Protest wenige Kollegen, aber viele, viele Studenten unterstützten, und wir dürfen die Unterstützung der studentischen Kollegen und Genossen nicht verdrehen und sagen: „Die Göttinger Arbeiterklasse erteilt der verfeindeten Politik der DGB-Führung eine Abfuhr“.

Dieser 1. Mai war bis auf die Zwischenrufe fest in der Hand der Gewerkschaftsführung. Die Vorbereitung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Die Transparente wurden im Kreisvorstand beschlossen, für die Demonstration dann auch andere „geduldet“. Bis zum 30. April leistete der DGB-

Kreisvorstand keinerlei Mühearbeit, der Ortsvorstand der IG Druck und Papier weigerte sich gar, die Forderungen der Arbeiter am 1. Mai zu demonstrieren. „Solange die Gefahr besteht, daß dort linke Gruppen ihr Söppchen kochen“, will die Göttinger DruPe-Führung vom 1. Mai nichts wissen.

Zu wenig war dieser 1. Mai von den Kommunisten und den aktiven Gewerkschaften, auch von den Genossen und Sympathisanten unserer Organisation, in den Betrieben vorbereitet worden, viel zu nachlässig wurde die Frage des 1. Mai in den gewerkschaftlichen Gremien, in Arbeitskreisen und Jugendgruppen der Einzelgewerkschaften diskutiert. Doch unsere Forderungen setzen wir den Kapitalisten die Einheit von Arbeiterschaft, Vertrauensleuten und Betriebsräten entgegen und Gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie – für eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften! nutzen nicht, wenn wir nur in unseren Zeitungen stehenbleiben oder wenn wir auf Transparenten durch die Straßen getragen werden. Diese Parolen müssen rein in die Betriebe und die Gewerkschaften, mit ihnen muß gearbeitet werden. Da müssen wir mehr tun, das war noch zu wenig.

Dennoch kamen mehr als 7.000 Menschen zur Demonstration und über 3.000 Zuhörer nahmen an der abschließenden Kundgebung auf dem Marktplatz teil. Mit dem Motto „Mitleiden – Mitbestimmen – Mitverantworten“ fand der DGB-Kreisvorsitzende Krüger keine Zustimmung, seine Einleitung zur Kundgebung ging in den Sprechchören unter: „Macht den Unternehmern Dampf – nicht Mitbestimmung – Klassenkampf“.

Der Jugendvertreter Otmar Köhler formulierte als wichtigste Aufgaben den Aufbau einer gemeinsamen Kampffront von Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen. Viel Beifall konnte seine Rede ernten,

als er forderte, die Gewerkschaften nicht nur zahlenmäßig, sondern auch politisch zu stärken. Trotz der Zensur dieser Rede durch den Kreisvorstand war klar, was gemeint war: Gegen die spätere kommunistische Lohnpolitik der Gewerkschaftsführung, die Arbeiterpolitik der Gewerkschaften zu stärken.

Ein „amarter“ Professor aus Dortmund versuchte zum Schluss der Kundgebung noch den Mitbestimmungsgedanken zu retten. Indem er sagte, Mitbestimmung sei kein Verzicht auf Klassenkampf, sondern der Kampf der Gewerkschaft um Mitbestimmung sei selbst schon Teil des Klassenkampfes, Unsonst, Sprechchöre „Macht den Unternehmern Dampf – nicht Mitbestimmung – Klassenkampf“ vernichteten die Worte des Gastredners des DGB-Kreisvorstandes.

Der KKB (Kommunistischer Bund Göttingen, der dem Zirkelblock um KB Bremen und NRF Heidelberg angehört) feiert diesen 1. Mai schon als „einen deutlichen Aufschwung der Arbeiterbewegung und der wachsenden Stärke der Kommunisten“ und schwärmt von „einem Meer von roten Fahnen und klassenkämpferischen Parolen“. Die Genossen jubeln, wie so oft, am Kern der Sache vorbei.

Der Unmut, der in den Parolen gegen die Mitbestimmungslösung der Gewerkschaftsführung zum Ausdruck kam, erfasste allerdings auch einen größeren Teil der Kollegen. Denn auf dem Hintergrund der Niederlagen in den hinter uns liegenden Tarifkämpfen, auf dem Hintergrund der „Mit“ Tierschaft der Gewerkschaftsführung an diesem Lohnraub, ist die Hoffnung in die sozialpartnerschaftliche Mitbestimmung stark angeklungen. Hier muß unsere weitere Politik ansetzen, um die klassenkämpferische Linie in den Gewerkschaften zu stärken.

KAG Göttingen

1. Mai 1973

hin dem Kreisjugendausschuß des DGB jegliche Aktivität zur Vorbereitung des 1. Mai. Er würde nicht so gern unter roten Fahnen marschieren, meinte Schmidt.

Daß DGB-Schmidt mit dieser Meinung durchaus die Stimmung des kämpferischen Teils der Bremer Arbeiterschaft getroffen hatte, zeigte sich bereits bei der Aufstellung des Demonstrationszuges am 1. Mai auf dem Bremer Osterdeich. Etwa 6.000 – 7.000 Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten hatten sich hinter die kämpferischen Parolen und unter die roten Fahnen gestellt, die von Gewerkschaftern und Genossen des Kommunistischen Bundes Bremen getragen wurden.

Als die Gewerkschaftsführer erkennen mußten, daß die absolute Mehrheit der Demonstranten sich für die Forderungen der Arbeiterklasse entschieden hatte, beschlossen „fünf vorher (!) bestimmte Vertreter“ (der reichlichen DGB-Führung, Ann. d. Red.) nach kurzer Beratung, „den Mitgliedern zu empfehlen, sofort auf dem kürzesten Wege zum Domhof zu gehen und die Kundgebung zu beginnen.“ („Bremer Nachrichten“, vom 3. Mai)

lose Kampagne gegen alle konsequenten Gewerkschaftler (vor allem gegen Genossen des KBB) eingeleitet.

In lügenhafter Weise begründeten die DGB-Führer ihr Vorgehen zunächst damit, daß Arbeiter aus Metall- und Hafenbetrieben den Abbruch der Demonstration verlangt hätten. Der Presse gegenüber wird er deutlich, um was für „Kollegen“ es sich dabei gehandelt hat. Schmidt: „Es war weder dem Gewerkschaftsvorstand (!) noch mir (!) zuzumuten, einen Demonstrationszug anzuführen, in dem so viele rote Fahnen mit Hammer und Sichel getragen werden.“ („Weserkurier“, 3. Mai 73)

Um die eigene Pleite zu vertuschen und den Erfolg der klassenbewußten Gewerkschaftler herabzumindern wird sogar von Schmidt die offenkundige Lüge aufgetischt, daß die sogenannten KPD ihre für Dortmund geplante Demonstration abgesagt hätte und versucht habe, „die Teilnehmer auf andere Orte umzuleiten. In Norddeutschland sei dafür Bremen, ausserhalb worden. Also traf man sich hier (!)“ („Bremer Nachrichten“, 3. Mai 73)



Köln

Bereits in der Vorbereitung der 1. Mai Veranstaltungen hatten die örtlichen DGB-Führer in Zusammenarbeit mit der Lokalpresse versucht, eine antikommunistische Front gegen die Initiative mehrerer linker Gruppen zu einer kämpferischen Mai-Demonstration aufzubauen. Mit Gruselgeschichten aus der Mottenkiste des Antikommunismus sollte die Stimmung für gewaltsame Zusammenstöße hergestellt werden.

reter Hundertschaften Polizei auf und spalteten den sozialistischen Block von der übrigen Demonstration ab. Höhnisch berichtet der KSA zwei Tage später:

Fäulisch um 9.15 Uhr hatte sich die Spitze der Demonstration zum am Ebertplatz in Marsch gesetzt. Kaum aber hatte die letzte Gruppe des offiziellen DGB-Zuges den Sudermannplatz passiert, als die Polizei den bis dahin angehal-

Teil der Demonstration erst mit großer Vorspannung erreichte, versuchten wiederum zwei Hundertschaften Polizei, die Demonstranten zu spalten. Auch hier erhielten die „Ordnungsbüher“ handfeste Unterstützung durch die DGBST (DGB-Schlägertruppe).

Inhaltlich näher auf die Darlegungen des Festredners E. Friester (GEW-Vorsitzender) einzugehen wäre Platzverschwendung, da sie aus den gleichen Phrasen und antikommunistischen „Abgrenzungen“ bestanden wie die Reden der DGB-Großen andernorts.

In Köln ist es den DGB-Führern in diesem Jahr mit Hilfe des Staatsapparates gelungen, die im Block aufgetretene Linke von der Masse der Demonstranten abzuspalten. Die fortgeschrittenen Arbeiter werden auf der Grundlage dieser konkreten Erfahrungen Bilanz ziehen und für andere Anlässe eine zweckmäßige Taktik entwickeln müssen.

Bremen

Durch die Erfahrungen des vergangenen Jahres gewarnt, als in Bremen rund 15.000 Menschen unter roten Fahnen und den Forderungen des Klassenkampfes demonstrierten und damit dem Mitbestimmungsschwund der DGB-Führer eine klare Absage erteilten, haben die Bremer DGB-Führer in diesem Jahr von vornherein nichts unversucht gelassen, die einheitliche Kampffront der Arbeiter von vornherein zu vereiteln und am 1. Mai selbst die einheitliche Demonstration zu spalten.

Entsprechend dem Beschluß der Kreisjugendkonferenz, den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse durchzuführen, hatten sich insbesonders die jungen Gewerkschaftler und Arbeiterjugendliche engagiert. In den Betrieben wurden Forderungen diskutiert und festgelegt.

Der Kreisvorsitzende des Bremer DGB Erwin Schmidt verbot darauf

Dieser Schritt der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bedeutete die offene Spaltung der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration – er ist in seiner Art „absolute Spitzenklause“ in der ohnehin auf Sabotage, Desorientierung und Spaltung der Arbeiterkampffront gerichteten „offiziellen“ Gewerkschaftspolitik.

Sehr zum Leidwesen der DGB-Führer folgten diesem Aufruf nur 1.500 – 2.000 Demonstranten, vor allem DKP-Leute und andere Sozialdemokraten. Die Bremer DKP-Großen wieselten durch die Reihen, um ihre Leute herauszuziehen und Kollegen (u.a. den Block der KLOCKNER-Arbeiter) ebenfalls zur Spaltung anzustiften. Bei den Arbeitern erhielten die Revisionisten eine klare Abfuhr.

Während die DGB-Spitze in aller Eile auf dem Domhof „ihre“ Kundgebung über die Bühne brachten, demonstrierten rund 5.000 Menschen durch die Straßen Bremens. Als die der Marsch am gleichen Platz endete war die offizielle Veranstaltung bereits beendet.

Sprecher des KBB führten die Kundgebung eine kurze Kundgebung durch. Auf dieser Kundgebung wurden die Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung für die Verteidigung der Lebensbedingungen und Sozialismus ausgedrückt. Die Spaltungsmacherei des DGB-Vorstands wurden von mehreren Rednern, die ihre Stellungnahme vortragen konnten, verurteilt. Die Kundgebung wurde durch das gemeinsame Singen der Kampflieder der Arbeiterklasse beendet. (aus einem Flugblatt des KBB nach dem 1. Mai)

ANTIKOMMUNISMUS UND AUSSCHLUSSTERROR – BREMER DGB-FÜHRER LAUFEN AMOK

Nach dicker als am 1. Mai selbst kommt es jetzt in der nachträglichen „Abrechnung“ der Gewerkschaftsführer, in ihrer „Reihe“ zu tiefen getroffen haben eine beispiel-

Von dieser unverschämten und nicht mal geschickten Verlogenheit bis zur Diffamierung der 5.000 Demonstranten als „Ultra-Linker“, „Anarcho-Kommunisten“ und „Maohisten“ („Bremer Nachrichten“), bis hin zur jetzt laufenden Ausschlusswelle in verschiedenen DGB-Gewerkschaften ist es natürlich nicht weit.

Die Bremer GEW-Führung hat als erste durch ihren Vorsitzenden News erklären lassen, daß die Anwesenheit von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Gewerkschaftlern nach diesem 1. Mai in „einer“ Gewerkschaft „nicht länger zu ertragen ist“ (BN)

„News betonte, daß damit nicht Angehörige der DKP gemeint seien, die sich in vorbildlicher Solidarität (!) an die von der Gewerkschaft beschlossenen Lohnsagen gehalten haben.“ (BN 3. Mai 73)

Da Ausschlüsse von Kommunisten aus Sitzungsgründen nicht möglich seien, zehe die GEW-Führung die Spaltung der bestehenden Organisationen vor. Laut BN wollen die GEW-Führer einen neuen Verein aufmachen.

Der nächste Schlag traf den Kreisjugendausschuß (KJA) am 11. Mai. Hier die DGB-Führer durch Übereinkunft auf und verbotenen seinen Mitgliedern im Namen des DGB zu sprechen. In der Begründung für diese Maßnahme heißt es:

„Der KJA ist maßgeblich vom KBB bestimmt.“ Und weiter: „Die jugendlichen DGB-Mitglieder werden von revolutionärer Kaderarbeit verblendet (!).“

In mehreren Einzelgewerkschaften laufen derzeit Ausschlussverfahren gegen eine ganze Reihe von Kollegen (so u.a. in der Deutschen Post Gewerkschaft und der IGIM) wegen deren Beteiligung an der Mai-Demonstration.

Es liegt auf der Hand, daß die hier geschilderten Maßnahmen erst der Beginn eines Kampfes der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind die auf die vollständige Zerschlagung einer konsequenten Klassenpolitik überhaupt gerichtet ist.



Die sozialistischen Gruppen hatten angekündigt, im eigenen Block an der offiziellen Demonstration des DGB teilnehmen zu wollen. Nach Lesart der bürgerlichen Presse „in den Demonstrationseindringungen (!)“, so der KÖLNER STADTANZEIGER vom 1./2. Mai. Ganz offensichtlich in Abbruch mit der kleiner DGB-Führung kam es bei Demonstrationseindringungen nicht.

tenen Querverkehr für einen Augenblick freigab. Der bis dahin dicht aufgeschlossene Marschblock der Linksradianten geriet ins Stocken, die Chantiers wüben im Chaos (!) fest – so lange bis der aufgestaute Autoverkehr wieder abfloss und die Polizei den Marschweg wieder freigeben konnte (!!).

Auf dem Kundgebungsplatz am Neumarkt, den der abgespaltenen

Dortmund

Während im vergangenen Jahr rund 90.000 Menschen zur zentralen Kundgebung des DGB in Dortmund zusammenkamen, waren es am 1. Mai dieses Jahres nur magere 5.000, die sich um 10.30 Uhr im Westfalenpark versammelten. In einer Art "Sternmarsch" führten 4 Demonstrationszüge zum zentralen Kundgebungsplatz, wobei der Marsch der HOESCH-Arbeiter mit 1000 Teilnehmern wohl noch der stärkste war.

Kennzeichnend für alle Demonstrationen und die anschließende Kundgebung war, daß kaum rote Fahnen zu sehen waren, die DGB-Mitbestimmungspapieren überwiegen und Anschläge von Sprechern immer wieder verurteilten.

Ihre Flugblätter und Zeitungen (KPD, KPD ML, SDAJ und MI BOCHUM). Als wir versuchten, den ARBEITERKAMPF innerhalb der Demonstration zu verkaufen, wurden wir von DGB-Ordern aufgefordert, entweder die Zeitungen einzupacken oder die Demonstration zu verlassen.

In Gesprächen wurde von einigen Demonstranten die Meinung geäußert, daß die Demonstration dieses Jahr nicht sehr doll sei.

Im Westfalenpark hatten sich ca. 5.000-7.000 Leute zur Kundgebung eingefunden. Nachdem zunächst einige Süße Big-Band-Jazz à la Kurt Edelhagen gespielt und sodann von einem Mädchen-Chor ein unbedarftes Liedchen gesungen wurde (was

Mit derartigen Phantastereien können sich die Linken nicht mal selbst dienen - geschweige denn der Sache der Arbeiterklasse

KPD - Demonstration von der Polizei zerschlagen

Die Gruppe "KPD" hatte unter anderem nach Dortmund zu einer ihrer zentralen Demonstrationen aufgerufen, die hier wie auch in Frankfurt verboten wurden.

Mit dem Vorwand, daß von der KPD Demonstration Gewalt ausgehen würde, hatte die Polizei von vornherein angekündigt, daß man in jedem Fall jede Ansammlung verhindern und auflösen werde. Entsprechend waren die Vorbereitungen.

- Aus zahlreichen (auch entfernten) Städten waren Bereitschaftspolizisten nach Dortmund und Umgebung geschickt worden - insgesamt mehr als 2.000.
- Alle nach Dortmund führenden Straßen und Autobahnen waren durch Straßensperren "gesichert". Mehrere Hundert Demonstranten wurden bereits außerhalb Dortmunds an der Weiterfahrt und damit an der Teilnahme an der Demonstration gehindert.
- Bahnhöfe wurden ebenso "kontrolliert" wie öffentliche Busse.

Alles, was nach potentiellen Demonstranten aussah, wurde ohne weiteres festgehalten, gefolgt und seit raubenden "Prüfungen" unterzogen. So u.a. auch KB-Genossen, denen über 100 ARBEITERKAMPF abgenommen wurden, deren Personalien festgehalten wurden, die schließlich bis zum Abend in Dortmund bleiben mußten, bis sie einen Teil der Zeitungen zurückbekamen. Wie sehr die Polizisten auf ihren Einsatz gedrillt waren, zeigt die Reaktion der Beamten, der uns die Zeit-

ungen anahm. "Wir können das nicht unterscheiden, ob Sie von der 'KPD' sind oder nicht. Die Zeitungen sind vorläufig sicher gestellt!"

Unsere Genossen berichteten: Gegen 12.00 Uhr befanden sich auf dem Nordmarkt, einem kleinen Park im Arbeiterviertel Nordstadt, ca. 200-300 Demonstranten. Um den Nordmarkt herum und auf den gegenüberliegenden Straßenseiten stan-

den Nebenstraßen zu formieren. Dabei kam es zu einer Schlägerei, bei der zwei Menschen niedergeschlagen wurden, weil die Bullen versuchten, die Straße abzuräumen.

Die Demonstranten lösten sich auch hier auf und zogen in kleinen Gruppen zum Hauptbahnhof, die Bullen in ihren Wagen hinterher.

Gegenüber dem Hauptbahnhof sammelten sich die Demonstranten



"Schwarz-rot-gold" - die dominierenden Farben in Dortmund

den abwartend nochmals ein paar Hundert Menschen. Ältere Kollegen sah man kaum.

An allen Ecken des Platzes waren Polizisten postiert, in den Seitenstraßen standen eine Reihe von Mannschaftswagen und Polizeiovanibusen bereit. Über dem Platz kreiste ständig ein Polizeihubschrauber.

Dann wurden Demonstranten und Zuschauer per Lautsprecher aufgefordert, den Platz zu räumen, da die Demonstration verboten sei. Gleichzeitig führten mehrere Wasserwerfer und Mannschaftswagen auf. Der größte Teil der Demonstranten verließ nach mehrmaliger Aufforderung den Platz und versuchte, sich in einer

auf der Freitreppe. Hier wurden dann auch die "Partei"-Fahnen entrollt.

Der Platz vom Bahnhof war sofort von allen Seiten durch Polizeiketten abgeriegelt. Als eine Bullenkette näher herandrückte, erfolgte ein lautes Pfeifkonzert der Zuschauer am Bahnhof, unter denen sich auch eine Reihe älterer Kollegen befanden. Die Bullen zogen sich daraufhin wieder zurück. Nach dem abschließenden Singen der "Internationale" löste sich die Versammlung auf.

Im Verlauf dieser Demonstration wurden ca. 60 Demonstranten festgenommen und weit mehr z.T. brutal zusammengeschlagen, als unsere Genossen beobachten konnten.

England

Am 1. Mai - in England kein Feiertag - streikten über zwei Millionen Arbeiter und Angestellte

Die Gewerkschaftsführung war 10.000 Kollegen, obwohl der Ma-

England

Am 1. Mai - in England kein Feiertag - streikten über zwei Millionen Arbeiter und Angestellte. Zehntausende beteiligten sich an zahlreichen Demonstrationen gegen das Antiriotgesetz und den Lohnstopp der konservativen Tory-Regierung. Unter dem Druck der Mitgliedschaften hatte die Führung des TUC (Dachverband des größten Teils der englischen Gewerkschaften) im April dazu aufgerufen, am 1. Mai einen Generalstreik gegen die arbeiterfeindliche Politik der Tory-Regierung durchzuführen.

Von da an tat die Gewerkschaftsführung allerdings alles dafür, das Zustandekommen einer breiten Massenbewegung zu sabotieren.

Einerseits führte sie keinen Finger, um die Mitglieder zu einer breiten Protestaktion zu mobilisieren. Zum anderen tat sie aber alles, um im Interesse der Kapitalisten mit der Regierung eine Politik gegen die Arbeiter auszuhandeln. Dabei kümmerte sie sich nicht um die zahlreichen Beschlüsse aus den Betrieben, die eine konsequente Ablehnung des Antiriotgesetzes und des Lohnstopps forderten.

So hatte z.B. die Vollversammlung der Eisenbahngewerkschaft (AUEW = Amalgamated Union of Engineering Workers) im Februar eine Resolution verabschiedet, in der sie ihren Generalsekretär Hugh Scanlon aufrief, "beim TUC darauf zu drängen, in keinem Fall an Diskussionen mit der Regierung über den Lohnstopp teilzunehmen". Eine Ablehnung des Antiriotgesetzes wurde schon 1971 bewilligt.

Scanlon hingegen, der als "linker" Gewerkschaftsführer gilt, gab auf einer Pressekonferenz kurz darauf bekannt, er wolle der Antiriotpolitik nur einige "Änderungen" am Antiriotgesetz vorgenommen werden müßten.

Außerdem sprach Scanlon davon, eine "freiwillige Politik auf der Basis dessen, was angeboten wird" (von der Regierung) - also auf der Grundlage des Lohnstopps - herauszuarbeiten.

Die Gewerkschaftsführung war so voll auf die von den Kapitalisten gewünschte Linie eingeschwenkt. Das kam auch zum Ausdruck, als die TUC-Führung offiziell erklärte, ein Proteststreik am 1. Mai sei "unnötig".

Die bürgerliche Presse tat ihr übriges dazu, die Arbeiter zu entmutigen. Unter Schlagzeilen wie "Die Zustimmung zum Streik bröckelt ab" wurden Gerüchte verbreitet, immer mehr Belegschaften hätten sich gegen einen kämpferischen 1. Mai ausgesprochen.

Trotz der verfälschten Politik ihrer Führer und des Stimmungsmache durch die bürgerliche Presse organisierten große Teile der englischen Arbeiter ihre eigenen Protestaktionen am 1. Mai. London: Mehr als 20.000 Arbeiter und Angestellte demonstrieren durch die Stadt. Birmingham (eine der größten Industriestädte in "Mittelengland"): 500.000 streikten, 20.000 demonstrieren. Es war die größte Demonstration in Birmingham seit dem Generalstreik 1926. Die Fabriken Austin, Rover, Pressed Steel, Fisher, Lucas, Dunlop und viele andere große Auto- und Metallbetriebe waren geschlossen.

Überall in den kleinen Industriestädten um Birmingham fanden Demonstrationen statt. So demonstrieren in Dudley 500, in Wolverhampton mehr als 2.500, in Walsall 700, in Stoke-on-Trent 2.000 Arbeiter und Angestellte. Das neue Michelin-Werk in Stoke-on-Trent mußte schließen.

Qxford: Sämtliche Werke der British Leyland Automobilwerke mußten geschlossen werden, weil 25.900 Kollegen in Streik getreten waren. Eine 1.000 Mann starke Demonstration marschierte durch die Innenstadt.

In ganz Schottland streikten insgesamt 250.000 Arbeiter, nämlich Autofabriken und Werften waren geschlossen.

In Glasgow, der größten Stadt in Schottland, demonstrieren mehr als

10.000 Kollegen, obwohl der Magistrat die Demonstration verboten hatte. Es war die erste Demonstration in Glasgow seit 50 Jahren. In der Küstenstadt Dundee (in Südlich von Glasgow) streikten 20.000 Arbeiter der Michelin-Werke, der Timex-Fabriken, der Robb Caledonian Werft und der National Cam Register-Fabriken. 7.000 demonstrieren durch die Stadt.

In South Wales waren 50 Kohlengruben geschlossen. In Swansea (eine Küstenstadt in Wales) streikten 9.000 Eisenbahner, Hafenerbeiter, Metallarbeiter und 800 Postler. Eine 8.000 starke Demonstration marschierte durch Cardiff.

Ein weiterer Streik-Zentrum war das Industriegebiet um Manchester und Liverpool im Nordwesten Englands.

In Manchester streikten über 30.000 Drucker, Hafenerbeiter, Bauarbeiter und Busfahrer. 4.000 Arbeiter demonstrieren.

In Liverpool streikten mehr als 60.000 Arbeiter der Ford-, Lucas-, Dunlop-, Vauxhall- und Triumph-Werke. Die Kneipen und Löschbetriebe mußten schließen, 12.000 Mann demonstrieren.

Auch im Nordosten in Newcastle und Middlesbrough streikten rund 15.000, vor allem die Werften waren betroffen.

In der Hafenstadt Hull waren Kneipen und Löschbetriebe geschlossen, Maschinenfabriken ebenfalls, 24.000 streikten.

Dies war nur die größte Streik- und Demonstration die am 1. Mai in England von den Arbeitern und Angestellten durchgeführt wurden. Aber schon diese Zahlen vermitteln einen Eindruck von der Stärke der spontanen Arbeiterbewegung in England. Die massiven Angriffe von Seiten der Kapitalistenklasse und der erbärmliche Verrat durch die Gewerkschaftsführung konnten die Arbeiterklasse Englands nicht daran hindern, ihren Protest gegen die arbeiterfeindliche Politik der Tory-Regierung in Massenveranstaltungen zum Ausdruck zu bringen.



Knüppel frei - s' ist 1. Mai



Knüppel frei - s' ist 1. Mai

Insgesamt ein sehr unlustiges und wenig kämpferisches Bild. Die DGB-Führer hatten mit starken Ordonnestruppen (die z.T. durch DKP/SDAJ-Leute verstärkt wurden) für eine "ordnungsgemäße" Durchführung "ihrer" Veranstaltung gesorgt. Um ihre Treue zu diesem kapitalistischen Staat auch in aller Deutlichkeit zu demonstrieren, hatten die Gewerkschaftsführer schwarz-rot-goldene Fahnen an massen ausstellen lassen, die dann auch die "Mit dem Kapital ..." Parolen aufs Schönste organisierten.

Ein recht anschauliches Bild vom Charakter der gewerkschaftlichen Mai-Veranstaltungen in Dortmund vermittelt ein Bericht unserer Genossen, die dort den ARBEITERKAMPF verkauften.

"Zur dritten Demonstration trafen die Genossen kurz nach 9.00 Uhr in der Hochofenstraße ein. Dort wurden wir von Bullen angehalten, die wissen wollten, wo wir herkämen, was wir zu verkaufen hätten und ob noch mehr von uns in Dortmund seien. (Diese Fragen bezogen sich auf die von der sogenannten "KPD" in Dortmund organisierte und verbotene Demonstration, Anon. AK-Red.)

Die Demonstration begann ebenfalls mit zwei Musikzügen, um die sich anfangs 30-40 Leute versammelt hatten. Zu diesem Zeitpunkt wurde nur ein Flugblatt der DGB-Jugend verteilt. Während des Marsches wurde die Demonstration ständig größer. Offenbar streifen auf der Strecke die Züge von anderen Abmarschorten zu dieser Demonstration. Insgesamt umfaßte der Zug gegen Ende 2.000 bis 3.000 Personen. Auch hier gab es keine roten Fahnen, sondern nur schwarz-rot-goldene. Dazu gab es kleine DGB-Schilder mit den bekannten Sprüchen. Ausnahme war auch hier ein SDAJ-Block mit Tümpfen gegen die Berufsverbote. Sprechchöre gab es überhaupt nicht.

Auf dieser Demonstration verteilten auch alle anderen Gruppen

alles sehr passend war), hielt MGM-Vorstandsmitglied Hans Preis die Ansprache. Diese Rede hielt sich voll und ganz im Rahmen dessen, was man auch sonst von den Gewerkschaftsführern zu hören gewohnt ist. Eingangs ging er auf den 1. Mai 33 und die anschließende Zerschlagung der Gewerkschaften ein und wies auf die "Verantwortung der Gewerkschaften bei der Erhaltung des demokratischen Rechtsstaates" hin. Sodann erließ er allen "Gewaltpredigern" eine Absage und beschwor den Kampf für Frieden, Demokratie und soziale Reformen - wobei er lobend die Ostpolitik der Brandt-Regierung hervorhob. Im Folgenden ging er "schwer" mit den Kapitalisten ins Gericht, die für den zunehmenden Verlust der Stabilität verantwortlich seien und die "höhnische Zurückhaltung" der Gewerkschaften nicht entsprechend honoriert hätten. In diesem Zusammenhang wandte er sich auch gegen die Politik des Wirtschaftsminister Friedrichs (Helmut Schmidt, nannte er wohlweislich nicht) und erneuerte die Forderung nach Mitbestimmung."

Diese Rede von Preis fand bei den Zuhörern so gut wie keine (auch keine negative) Resonanz.

Ebensowenig wie oppositionelle Kräfte auf den verschiedenen Demonstrationen erwünschten Einfluß nehmen konnten, spielten sie auf der Kundgebung eine Rolle. Zwar versuchten rund 200 Mitglieder und Sympathisanten der Gruppe "KPD" am Rande für ihre Veranstaltung am Nachmittag zu werben, das wurde jedoch kaum zur Kenntnis genommen. Wenn die Zeitung der sogenannten "KPD" "Rote Fahne" in Nr. 18 dieses Jahres berichtet, daß der oppositionelle Block, die Red' marschierte mit in den Westfalenpark, wo ein Genosse eine kurze Kundgebungsrede hielt, der die Maytag (1) mit Interesse anhörten. So ist das eine halbhohe Über-treibung.

Polizeiterror gegen Hausbesetzer

Forts. von Seite 11

die rechtlichen Möglichkeiten für die Mieter voll ausschöpfen und sich nicht einfach einschleichen zu lassen. (Bei der Hausbesetzung war die Vorgehensweise allerdings erfolgreich geblieben.)

In dieser „Mieterinitiative“ gaben bislang einige DKP-Mitglieder in Zusammenarbeit mit wenigen SHB- und Juno-Studenten politisch den Ton an. Allerdings existierte diese „Mieterinitiative“ im wesentlichen nur als einflussloser Pöbel ohne Verbindung und Rückhalt in der Bevölkerung. Die sich in den letzten Wochen schnell verschlechternde und bedrohlich werdende Wohnsituation in Hohenfelde brachte der „Mieterinitiative“ dann plötzlich die langsehnte Verbindung mit den Mietern der vom Abriss bedrohten Häuser der Ekhofstraße. Viele Mieter traten der Initiative als Mitglieder bei.

Der ständig sich verschärfende Polizeiterror, besonders gegen die jugendlichen Besetzer des Hauses Ekhofstr. 39 und schließlich dessen brutale Räumung durch das Polizeigrößgebot führten zu ständigen Reibereien und schließlich zur politischen Spaltung der Mieterinitiative. Bis zu 75 % ihrer Mitglieder solidarisierten sich mit den jugendlichen Hausbesetzern und unterstützten diese auch. Die DKP und ihr sozialdemokratischer Anhang (SHB und Juno-Studenten) isolierten sich vollständig, da für sie eine Solidarisierung mit den Besetzern nicht infrage kam, sondern nur eine „deutliche Abgrenzung“.

Dieser DKP-Flügel hatte von Anfang an ein gestörtes Verhältnis zur Hausbesetzung, störte diese Aktion doch ihrer „legalen“ Verhandlungen mit den Behörden. So unternahmen z. B. die Reformisten und Revisio-

nisten alle Anstrengungen, die Bewohner des benachbarten Hauses Ekhofstr. 43 ja nicht in den „Verruf“ kommen zu lassen, sie seien auch Besetzer oder hätten sonst irgendwas mit diesen zu tun. Schließlich hatten sie ja ihre „rechtmäßigen“ Mietverträge von ASTA/Studentenwerk. Am 9. Mai 1973 veranstalteten sie einen Mieter-Initiativ-Tag mit Bier und Brause und auch die Polizei war herzlich eingeladen. Man forderte zur selbsttätigen „Famulusversicherung“ der Häuser (des Bewohners) auf.

Während also die Besetzer und Anwohner einen systematischen Terror der Polizei ausgesetzt waren, während die Polizei ständig versuchte, die Bevölkerung durch Ausweiskontrollen etc. von Sympathiebeziehungen mit den Besetzern abzuhalten, wird von diesen Leuten als „Diskussionspartner“ eingeladen. Als ob die „Argumente“ der Polizei nicht deutlich genug gewesen wären.

Es erschienen dann auch tatsächlich 2 hohe Beamte, davon war der eine der Einsatzleiter Kieve, der am 4.5.1973 eine verschlossene Tür in der Ekhofstr. 43 eingetreten hatte, um seinen Beamten zu ermöglichen, die Feuerleiter des besetzten Hauses wegzunehmen.

Die „Solidarität“ der Revisoren und Reformisten sah genau wie die Solidarität in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Hetze gegen die gesamte linke Bewegung) so aus, dass sie sich in der Agitation, die sie betreiben, in der rechtsopportunistischen Ecke verstecken, um ja nicht in den Verdacht zu kommen, „Radikale“ zu sein. Ganz „neutral“ werden in dem Flugblatt zum „Mieter-Initiativ-Tag“, mehrere gewalttätige Zwischenfälle durch Polizisten und (!) einige Besetzer“ verurteilt und man protestiert auch ein bisschen – nicht etwa gegen das Vorgehen der Polizei (Eintreten der Tür), sondern „Der Initiativkreis verur-

teilt besonders die Einbeziehung (!) des von regulären (!) Mietern bewohnten Hauses Ekhofstr. 43 in die Aktionen der Polizei“, als Forderung wird aufgestellt: „sofortige Instandsetzung der beschädigten Feuerleiter“ (!!!)

Das Flugblatt gipfelt dann in einer Anbiederung beim Senat. „Wir begrüßen den Entschluss des Senats, das Viertel Hamburg vor den Zugriff von Bodenspekulanten und Finanzmarken Interesses zu schützen“ (!). Wie dieser Schutz aussah, konnten die Bewohner der Ekhofstr. dann ein Tag der Räumung mit verfallenen Fenstern und Türen des besetzten Hauses wurden herausgerissen, das Dach abgetragen (obwohl noch eine Altmietlerin im Haus wohnte) und die Abbruchleute gingen auch gleich noch in die Häuser Nr. 43 und 41, um die dort lebenden Wohnungen zu zerstören, wovon sie nur durch Diskussion mit den Bewohnern abgehalten werden konnten. Revisionisten und Reformisten „danken dem Senat, daß er alte Viertel Hamburg vor dem Zugriff von Bodenspekulanten schützen will“.

Das massenfeindliche Vorgehen der DKP wurde noch einmal besonders deutlich an den Vorbereitungen zu einer Demonstration, die am Sonnabend stattfand.

Verschiedene linke Hamburger Organisationen hatten sich noch am Abend nach der Räumung zusammengefunden, darunter auch die DKP-Leute aus der Mieterinitiative Hohenfelde, sowie Kollegen aus den vom Abruch bedrohten Häusern. Einmütig wurde beschlossen, einen Wochendienst vor den betroffenen Häusern aufzustellen, da damit gerechnet werden mußte, daß die Bewohner Abtrüppeln in die Häuser schickten würde. Eine Protestdemonstration für Sonnabend wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

Am nächsten Tag fand erneut eine

Versammlung von Vertretern verschiedener Organisationen statt, auf der die weiteren Bedingungen (Reden, Parolen, Transparente etc.) vereinbart werden sollten. Wieder erschienen die DKP-Leute aus der Mieterinitiative und erklärten zum allgemeinen Erstaunen „im Namen der gesamten Mieterinitiative“ die geplante Demonstration für „nicht mehr sinnvoll“. „Man darf die Stimmung nicht noch weiter anheizen!“ In die gleiche Kerbe haute der ASTA-Vertreter (ebenfalls DKP). Man dürfe „nicht gegen den Polizeiterror demonstrieren“. Dies würde bedeuten, „daß man auf die Provokationen herein falle“ (!!!). – Die Reformisten sprengten darauf die Versammlung und verhielten sich wieder einmal mehr ein gemeinsames Vorgehen linker Gruppen.

Noch am selben Tag stellte sich dann heraus, daß die DKP-Leute bewußt gelogen hatten und keinerlei Legitimation hatten, im Namen der Mieterinitiative die Demonstration abzusagen. Die Mieter der Ekhofstr. versuchten im übrigen schon auf Flugblätter, eine sofort einberufene Vollversammlung der Initiative stellte die DKP-Leute zur Rede und bekräftigte mit 75 %iger Mehrheit nochmals ihren Willen zur Demonstration. – Dieses Gaunertum der DKP-Leute blieb nicht das letzte. Unverfroren versuchten sie auch weiterhin, die Mehrheit der Mieter auszunutzen, um ganz im Interesse des SPD-Senats, der Bewohnung etc. – die ganze Angelegenheit auch erst einmal „abkühlen“ zu lassen, damit der Boden ihrer reformatistischen Illusionen in Mäuschelgesprächen mit Senats-Vertretern erneut gefunden werden kann. (Ein starkes Stück in diesem Zusammenhang leistete sich ein DKP-Führer, der mit erlogenen Behauptungen den schon oben erwähnten „Wochendienst“ nach Hause schicken wollte. Dieser DKP-Herr mußte erst von den aufgewachten Mietern

zurechtgewiesen und in die Wüste geschickt werden).

In einem ASTA-Flugblatt vom 23.5. wird die Spalterpolitik von DKP/SHB dann vollends klar Offen wird zum Boykott der Demonstration aufgerufen: „KOMM! ITONEN, BETEILIGT EUCH NICHT AN EVENTUELLEN (!) DEMONSTRATIONEN AM SONNABEND!“ Die Initiatoren der Demonstration werden als „bunte Palette von Sektierergruppen“ diffamiert. Offen wird die Lüge verbreitet, die „Mieterinitiative Hohenfelde“, „distanziere“ sich von der Demonstration, Sektierer wollen ihr „Söppchen kochen“ auf den Interessen der Mieter usw. Schließlich wird zu einer „Informationsveranstaltung“ zum Zeitpunkt der Demonstration aufgerufen, die angeblich auch von der Mieterinitiative unterstützt werde. – Zur Demonstration kamen dennoch etwa 1.500 Menschen.

Aber nicht nur bei der DKP war ein Zurückweichen vor dem sich verschärfenden Polizeiterror und der allgemeinen Illegalisierungs- und Kriminalisierungskampagne der Bourgeoisie sichtbar geworden. Die Hamburger Fühler des „Zirkelblocks“ (NRF/KBB), die SSG/KG (Sozialistische Studenten-Gemeinde) hatte sich in ihrer ganzen Agitation und Propaganda zur Hausbesetzung ebenfalls darauf „beschränkt“, Mieter und Bodenspekulanten „anzuprangern“. Mit keinem Wort geht es auf die politischen Zusammenhänge, auf eine Einordnung der bürgerkriegsähnlichen Räumung und der faschistischen Hetze der „freien Presse“ in die gegen die gesamte linke Bewegung gerichtete Kampagne ein. In rechtsopportunistischer Manier wird von einer bevorstehenden Illegalisierung und der Kriminalisierung linker Gruppen kein Wort erwähnt.

Bezirksorganisation - KB-Gruppe Hamburg



Hamburg - Stadt mit SCHMERZ HERZ für Kinder

Das Sinken des Lebensstandards als Verbesserung der Lebensqualität zu verkaufen – das ist die Kunst der bürgerlichen Politiker. Mit der Ideologie von der „Verbesserung der Lebensqualität“ will sich die SPD als volknahe, reformfreundliche Volkspartei, als „Partei des kleinen Mannes“ verkaufen. Je schlechter die Lebensbedingungen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung werden, umso lauter wird der Chor der Parlamentarier, der Versprechungen macht, der von „Verbesserungen“ in den höchsten Tönen redet, der versucht, reale Verbesserungen durch Illusionen zu ersetzen. Die Hamburger SPD legte jüngst so ein Ei – vielbäckert, aber faul!

Im Januar dieses Jahres beschloß die SPD-„Stadtversammlung“, daß Hamburg eine Stadt mit Herz für Kinder ist. Diese Aktion „Hamburg Stadt mit Herz für Kinder“ will die Kinderliebe und die Menschenfreundlichkeit der SPD unter Beweis stellen. Mehr noch: „Mit dieser Initiative wollen wir den Hamburger Bürgern, aber auch der Verwaltung verdeutlichen, wie wichtig wir die Aufgabe nehmen, über den Lebenswert unserer Stadt, über die Qualität des Lebens nicht nur zu sprechen, sondern auch vor allem konkret dafür zu arbeiten.“ (SPD-Bürgermeister Schulz)

Das hörte sich nach Armut auf, Krepeln und zupacken an. Es hörte sich aber nur so an. Wer nämlich hofft heute, daß an der Lage der rund 100.000 Kinder in Hamburg etwas verbessert werden würde, sah sich betrogen. Die ganze Aktion entpuppte sich sehr schnell als Publicity Show

des Senats, mit der sich Bürgermeister und Senatoren zu göttigen Stadtvätern aufschwingen wollten. Dahinter stehen die Erfahrungen der Werbebranche zu stecken. Mit Kindern werben ist eben leichter. Polowettbewerb, ein Säuglingspflege-Wettbewerb (Wir suchen den Super Vati), Kindermöbelausstellungen, Kinderkochkurse, Musterkaplässe auf der IGA, Broschüren über richtige Kinderernährung – das sind einige Ausschnitte aus dem „Lebensqualitätsverbesserungsprogramm“ der SPD. Damit ein Herz für Kinder beweisen zu wollen, ist allerdings ganz schön mühe.

Hamburg hat ein Herz – für Autos. Mit dem größten Parkplatzangebot der BRD erfüllt Hamburg hervorragend die Vorschriften der „Reichsgaragenordnung“ von 1939: 25 Quadratmeter Abstellfläche für ein Auto sind vorhanden – mit ca. 2 Quadratmetern Spielplatzfläche muß jedes Kind auskommen. Von den 14 Millionen Kindern in der BRD müssen 5 Millionen auf Straßen und Gehwegen spielen. Insgesamt fehlen in der BRD 25.000 Spielplätze. Dafür müssen jährlich etwa 70.000 Kinder bücken – beim Spiel auf Straßen werden sie von Autos angefahren und meistens schwer verletzt.

Aber auch die vorhandenen Spielplätze bieten ein Bild der Langeweile: Sandkasten – Klettergerüst – Schaukel. Nach diesem phantastischen Schema sind die meisten Spielplätze gebaut, und genauso phantastisch sind die Spiele, die dort gespielt werden können. Sie bieten für die Kinder ungefähr soviel Abwech-

slungsmöglichkeiten wie ein Fließband für Arbeiter. Der Spielplatz bestimmt, was gespielt wird, nicht das Kind. Wie ein Hohn klingen da die Forderungen bürgerlicher Pädagogen nach dem Land, die Kinder sollten doch bitteschön Kreativität und Spontaneität entfalten. Überall, wo das möglich wäre, versperrten Verbotschilder den Kindern den Weg.

Wie die Spielplätze aussehen müssen, auf denen Kinder wirklich spielen können, wie sie es wollen, das kann man jetzt in Hamburg auf der „Internationalen Gartenausstellung“ besichtigen. Für diese Ausstellung hat die BRD über 60 Millionen DM Steuergelder aus der Tasche gezogen worden. Für ein gepflegtes Eintrittsgeld können daher jetzt die Menschen Blumen und unter anderem den „Musterspielplatz“ besichtigen. Allerdings ist und bleibt dieser Spielplatz ein Einzelstück – die Kinder werden weiterhin auf den Straßen oder auf den langweiligen Einfamilienplatzchen spielen müssen. Lebensqualität – nur gegen Eintrittsgeld.

Auch im kapitalistischen Wohnungsbau findet man bestätigt, daß menschliche Bedürfnisse hinter den Bilanzen der Kapitalisten zurückstecken. So sind Kinderzimmer beim Wohnungsbau keine bindende Voraussetzung. Die „Grundzüge des Bundesinstituts für Städtebau und Wohnungswesen“ sagen lediglich aus, daß Kinderzimmer 8 Quadratmeter Grund- und 2,2 Quadratmeter Spielfläche haben sollten. Diese Grundräume sind für Kinder phantastische Räume, und offenbar nicht auf den Bedürfnissen spielender Kin-

der, sondern auf der Raumverdrängung eines Kindes aufgebaut. Illusionen sind diese Grundsätze sowieso ca. 1 Million Kinder in der BRD haben kein eigenes Bett, sie müssen bei ihren Geschwistern oder ihren Eltern unter die Bettdecke kriechen. 800.000 Wohnungen fehlen, allein in Hamburg sind es 50.000. Während sich die Kapitalisten überlegen, ob sie ihren Kindern ein Island oder ein Shetland-Pony zum Geburtstag schenken, muß der Arbeiter gut ein Drittel seines Lohnes für Wohnungsmiete ausgeben, wenn seine Kinder ein eigenes Zimmer haben sollen.

Daß die Kinder der arbeitenden und lernenden Bevölkerung für die Kapitalisten nur ein notwendiges Übel sind, bestätigt sich auch in den Schulen und Kindergärten. In Hamburg sitzen durchschnittlich 32 Kinder in einer Volksschulklassse – unvorstellbar! Mit einem dabei das Bild von der Sardinienküste ein.

Auf einen freien Kindergartenplatz gibt es in Hamburg 10 Bewerber. Für die meisten Familien, in denen Vater und Mutter arbeiten müssen, um den Lebensstandard halten zu können, ist der einzige Ausweg, den Kindern den Hauskutschel zu geben und sie ansonsten den Tag über allein zu überlassen.

Das sind Ausschnitte aus der wirklichen Lebensqualität der Kinder in der BRD. Daran ändert sich auch nichts, wenn die SPD mit Möbelausstellungen und Polowettbewerben „gegenanarbeitet“.

Solche Aktionen wie „Hamburg Stadt mit Herz für Kinder“ sollen die kapitalistische Logik verschleiern, daß Investitionen in die Lebensqualität der Menschen „Luxus“ und Menschen sind für Kapitalisten nur dann interessant, wenn sie als Arbeitskräfte „verwertbar“ sind und Profit bringen. Und in diese Arbeitskräfte investieren die Kapitalisten eben nur so viel, wie zu ihrer Erhaltung notwendig ist. Was darüber hinausgeht, ist „rausgeschmissenes Geld“. Kinder sind als Arbeitskräfte noch nicht verwertbar, sie sollen aber möglichst schnell und vor allem billig groß werden. Aus dieser kapitalistischen Logik ergibt sich dann auch, daß Kinder ohne Bett, ohne Spielmöglichkeiten auch zu Arbeitskräften werden.

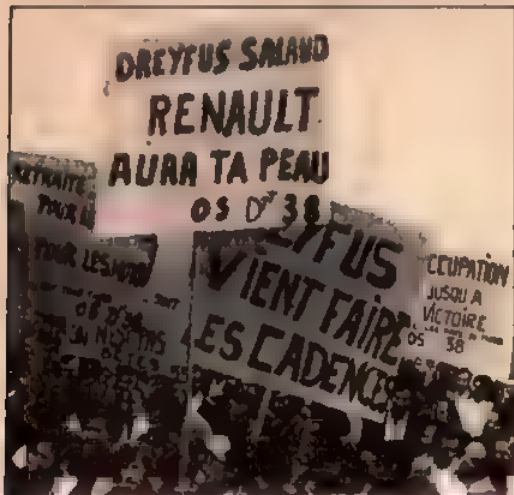
Innerhalb dieser Logik bewegt sich auch die Senats-Show. Der „Super-Vati“ und das Kinderfest im „Hotel Atlantic“ helfen den Hamburger Kindern kein Stück. Helfen soll diese Aktion nur der SPD, die damit versucht, ihr soziales Image aufzupolieren. Diese Aktion soll für den kapitalistischen Staat werben – die Illusion vom „Sozialstaat“ soll die arbeitende und lernende Bevölkerung mit ihren Ausbeutern verbinden. Ob das allerdings in diesem Fall auf der ganzen Linie erfolgreich sein wird, bleibt fraglich. Die Aktionen und Sensationellen sind so oberflächlich, die soziale Demagogie ist so plump und durchsichtig, daß der Widerspruch zwischen der wirklichen Situation der Kinder und der staatlichen Politik nicht verschleiert, sondern eher noch offensichtlich wird.

Diese Aktion, in der Kinder zum Werbeträger für die Ideologie von der Lebensqualität benutzt werden, beweist nur einmal mehr die Herabwürdigung, mit der Kinder vom kapitalistischen Staat behandelt werden.

Renault/Frankreich:

Die Streiks der O.S.

Nach 40 Tagen Absperrung und Streik haben die Arbeiter des Automobilwerks Renault vorerst die Arbeit wieder aufgenommen. Ein Erfolg konnte allerdings nur in einer Abteilung des Werks Billancourt erzielt werden. Die Probleme, besonders die der angelernten Arbeiter, bleiben damit die gleichen und es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie wieder in neuen Kämpfen aufbrechen.



„Dreyfus, Schweinehund – Renault will deine Haut!“
(Dreyfus ist der Generaldirektor von Renault)

Für gleiche Arbeit, gleicher Lohn

Für gleiche Arbeit, gleicher Lohn! Mit dieser Forderung waren am 21. März 400 angelernte Arbeiter der Karosseriepreme im Renault-Werk Billancourt in den Streik getreten (siehe die letzte Ausgabe des ARBEITERKAMPF, Nr. 29, Seite 5). Sie kämpften damit gegen die unzumutbare und völlig willkürliche Spaltung in mehrere Lohnkategorien, die einzig und allein den Profitten der Geschäftsleitung und der Uneinigkeit der Arbeiter dient. Gerade die angelernten Arbeiter, die demagogisch *ouvriers spécialisés* (O.S.), „spezialisierte Arbeiter“ genannt werden, sind neben ihrer ohnehin schon weit niedrigeren Bezahlung gegenüber den Facharbeitern (den *ouvriers professionnels*, O.P.) von dieser Lohnspaltung besonders stark betroffen. Allein bei Renault sind sie in 15 verschiedene Klassen eingeteilt.

Dafür genießt die Arbeit der O.S. die andere Reichweite Dreck, Härte und vor allem Monotonie. Die Kapitalisten bürden solche Arbeit mit Vorliebe den zumeist sprachunkundigen und in noch schlechteren Verhältnissen aufgewachsenen ausländischen Arbeitern auf, von denen es in Frankreich drei Millionen gibt – größtenteils Spanier, Portugiesen und Nordafrikaner. Die Arbeitsbedingungen der O.S. haben in letzter Zeit immer häufiger zu Streiks geführt, was auch die öffentliche Meinung veranlaßt, sich dem Problem zuzuwenden.

Politiker und Ökonomen dachten über die O.S. und ihre Lage nach und fanden dabei heraus, daß sie „die Vergessenen der modernen Welt“ sind. Und sie fanden auch die Lösung des Problems: sie versicherten, daß die weitere technische Entwicklung auch die Lage der O.S. verbessern wird, und daß die heutige Fließbandarbeit in ca. zehn Jahren verschwunden ist.

Aber die bürgerlichen Statistiken selbst widerlegen dieses unannehmliche und nur auf Beruhigung abzielende Geschwätz. 1954 betrug der Anteil der O.S. an der gesamten Arbeiterbevölkerung 52,5%, während die qualifizierten Arbeiter 47,3% ausmachten. 1968 hatte sich dieses Verhältnis bereits in 63,5% O.S. und 36,5% Facharbeiter gewandelt. Bei Renault zählte man 1963 schon 73% O.S. und 1971 dann sogar 78%.

Die 400 O.S. in der Karosseriepreme von Renault-Billancourt warteten dann auch nicht mehr auf die weitere technische Entwicklung, sondern nahmen den Kampf für ihre Forderungen auf. Das einzige und bewährteste Mittel der Arbeiterklasse, um tatsächlich eine Änderung

ihrer Lage herbeizuführen.

Die Geschäftsleitung von Renault verlegte sich aufs Taktieren und Provokieren und versuchte, die Streikenden gegen die Nichtstreikenden auszuspielen. Aber ohne Erfolg. Die Arbeiter der Karosseriepreme hielten durch, unterstützt mit der Solidarität ihrer Kollegen. Ein erstes Verhandlungsergebnis, in dem die Direktion zwar eine gleiche (aber niedriger als geforderte) LohnEinstufung zusicherte, wo sie jedoch die Spaltung über unterschiedliche Prämien aufrechterhalten wollte, lehnten die Streikenden ab. Erst nach drei Wochen, am 11. April, wurde die Arbeit aufgrund einer Vereinbarung wieder aufgenommen, in der die Direktion auch die Prämien in einen gleichen und festen Lohn integrierte. Dennoch stimmte ein großer Teil gegen diese Vereinbarung, und ein noch größerer Teil blieb der Abstimmung ganz fern, weil die Höhe der gleichen LohnEinstufung nicht den Forderungen entsprach. Die Unzufriedenheit über diesen Punkt reichte aber nicht mehr zur Weiterführung des Streiks aus. Immerhin haben die 400 O.S. durch ihre Ausdauer zwei wichtige Erfolge errungen, die allerdings nur für ihre Abteilung gültig sind:

- Nicht mehr die Maschine wird bezahlt, sondern der Arbeiter auch bei einem Wechsel zu einer anderen Maschine bleibt der Lohn der gleiche.
- Für gleiche Arbeit gilt gleicher Lohn: die Spaltung der Arbeiter durch die Lohnliste zählt in die der Abteilung nicht mehr.

Gegenoffensive der Direktion

Mit dieser Vereinbarung für die 400 angelernten Arbeiter der Karosseriepreme war die Auseinandersetzung bei Renault jedoch nicht beendet. Die Direktion hatte während des Streiks der 400 O.S. 7.000 andere Arbeiter des Werks Billancourt schrittweise ausgesperrt und wollte ihnen dafür nur 47% ihres Lohns zahlen. Die 7.000 Arbeiter, die sich zuvor nicht gegen ihre streikenden Kollegen hatten auszuspielen lassen, wendeten sich dieser hinterhältigen Provokation der Geschäftsleitung am 13. April traten sie nun in den Streik und forderten den vollen Lohn für die Aussperrungszeit.

Dieser zweite Streik im Werk Billancourt endete aber mit einer Niederlage. Während die Streikenden in Billancourt keine ausreichende Kampfverbinding mit ihren Kollegen in den anderen Renault-Werken herstellen konnten (wofür die Gewerkschaftsführung der CGT verantwortlich war), leistete die Direktion eine Kraftprobe im gesamten Unternehmen. Sie schloß zwei der Hauptwerke, in Flins und in Sandouville. Allen in Flins wurden 22.000 Arbeiter ausgesperrt. Auch im Werk Le Mans wurde schließlich „technische Arbeitslosigkeit“ angeordnet.

Natürlich wandten sich die Arbeiter auch in diesen Werken gegen die Angriffe der Geschäftsleitung. In Sandouville besetzten die Arbeiter beispielsweise für kurze Zeit die Stromzentrale. In Flins hatte die Geschäftsleitung 26 Arbeiter (darunter 22 Ausländer) wegen „Schädigung der Arbeitsfreiheit“ entlassen und dabei auch die Justiz zu Hilfe gezogen.

Die 26 Entlassenen organisierten daraufhin eine Versammlung vor dem Betriebsrat, an der 2.000 ihrer Kollegen teilnahmen. Insgesamt war die Streikorganisation in diesen Werken aber schwächer als in Billancourt, und es mangelte eben an der Verbindung untereinander. Viele Arbeiter meinten: „Warum sollen wir streiken, wo wir doch ausgesperrt sind und sowieso nicht arbeiten?“

Gegen diese Kraftprobe der Direktion im gesamten Unternehmen konnten die Arbeiter in einem Werk (Billancourt) nicht standhalten. Mit einem späteren Angebot, dem die Gewerkschaftsführung zustimmte,

brach die Direktion schließlich die Kampfkraft der Streikenden. Die Nachzahlung für die Aussperrungszeit wurde von 37% bis 60% gestaffelt. Diejenigen, die nicht nur ausgesperrt waren, sondern auch gestreikt hatten, sollten weniger erhalten. Diejenigen, die ausgesperrt waren, aber nicht gestreikt hatten, mehr. Tatsächlich wurde dann bei der Auszahlung völlig willkürlich vorgefahren. Die Direktion demonstrierte ihre Allmacht, indem sie einige Streikende als Nicht-Streikende, und einige Nicht-Streikende als Streikende einstuft.

Daß die Arbeiter eine Niederlage erlitten hatten, sahen am 2. Mai nach 40 Tagen Aussperrung und Streik die Arbeit wieder aufnehmen, ist unbestreitbar. Der Streik wurde gegen eine Nachzahlung von 47% des Lohns geführt, und endete für viele mit einer Nachzahlung von 37%. Nichtsdestoweniger blühte die CGT-Führung diese eindeutige Tatsache in einen Sieg um, als sie in einem Flugblatt dazu aufrief, die getroffene Vereinbarung zu unterstützen. Kein Wort verlor sie mehr über die „vollständige Bezahlung der Aussperrungszeit“, obwohl dies die Hauptforderung des Streiks gewesen war. Im gleichen Flugblatt sprach die CGT davon, daß die Direktion zu „ernsthaften Verhandlungen über die Klassifikation“ gebracht worden sei, daß die Anzahl der Lohnkatego-

rien der O.S. im ganzen Werk verringert werden sollten usw. Dies war allerdings weit von der Wirklichkeit entfernt. Nach wie vor ist die Mehrheit der O.S. durch ihre LohnEinstufung gespalten.

Unzufriedenheit, die über diese Vereinbarung und über die Rillfassung von 7 Kollegen des Werks Billancourt herrschte, bog die CGT-Führung sofort ab. In einer Abteilung hatten sich schon 80% der Arbeiter bereit erklärt, den Streik fortzusetzen. Ein CGT-Sekretär wiegelte jedoch mit dem „Argument“, daß sie die einzigen im ganzen Werk waren, die weiterstreiken wollten, und daß man die Probleme auf der nächsten Gewerkschaftsversammlung besprechen würde. Der anhaltende Protest blieb so ohne praktische Konsequenz. Ein junger Arbeiter meinte über die Situation nur: „Alle sind von vorn bis hinten angeekelt, und die Wagen, die heute morgen vom Band gegangen sind, sind verunreinigt.“

Am 4. Mai zwei Tage nach Wiederaufnahme der Arbeit, meldete die linke Presse-Agentur a.p.f.: Die Direktion von Renault-Billancourt will die Arbeiter alle Sonnabende bis zu den Ferien arbeiten lassen, um die „verlorene Zeit“ wieder aufzuholen. Diese Maßnahme hat vor allem unter dem Arbeitern der Nachmittagschicht, die bis um 23 Uhr arbeiten müssen, große Unzufriedenheit hervorgerufen.



15. Mai in Mailand. Eine Blüte für Calabresi, den vor einem Jahr erschossenen Kommissar der Politischen Polizei, ist enthielt worden. Eine Menschenmenge zieht zu, wie der italienische Innenminister Rumor abfährt. Plötzlich wird von der anderen Straßenseite ein Gegenstand geworfen – eine schwere Handgranate! Eine junge Frau wird getötet, zahlreiche Verletzte und Schwerverletzte liegen auf dem Platz.

Der Attentäter wird verhaftet. Er heißt Gianfranco Bertoli und ist 40 Jahre alt. In den ersten Nachrichten über den Vorfall wird es heißen, der Täter sei ein „vorbestrafter Anarchist“.

Ein anarchistischer Bombenwerfer wäre der italienischen Bourgeoisie wie selbstverständlich gekommen, in einer Situation wo sich in Italien der Protest gegen den faschistischen Mord Terror immer mehr verallt. Bertoli aber ist dafür offenbar nicht der richtige Mann. Die Story vom „vorbestraften Anarchisten“ fällt zusammen wie ein Kartenhaus. Folglich, vorbestraft ist Bertoli und das sogar reichlich. Das ist aber auch das einzige, was an der Story stimmt.

Wenige Stunden nach dem Attentat erscheint bei der Polizei Rodolfo Merli. Er arbeitet als Kellner in einem Restaurant und ist nebenbei Funktionär der faschistischen Gewerkschaft CISNAL. Er kennt Bertoli von früher und bei ihm hat der „Anarchist“ den Abend vor dem

Attentat verbracht. Seltsam genug. Weiter wird bekannt, daß Bertoli früher Kontakt zur berüchtigten Organisation „Pace e libertà“ (Frieden und Freiheit), einem Geschöpf des US-Gebühndienstes CIA, hatte.

Es stellt sich weiter heraus, daß Bertoli die beiden letzten Jahre in einem israelischen Kibbuz gelebt hat. Karmia, 55 km von Tel Aviv. Ein Kibbuz, das der „sozialistischen“ MAPAM-Partei untersteht. Auch die von Bertoli geworfene Handgranate ist israelisches Fabrikat.

Am 8. Mai hat Bertoli Haifa mit dem Schiff verlassen. In Genoa hat er das Schiff nicht verlassen, sondern er blieb bei Marseille an Bord. Das Schiff kam dort am 13. Mai morgens an, zwei Tage vor dem Attentat. Was er in Mail wollte, und wann er die Grenze nach Italien überschritt, ist ungeklärt.

Warum gerade Marseille? Die italienische Tageszeitung „Unità“ (PCI) schreibt: „...dort arbeitet eine der am höchsten organisierten internationalen Zentren in Europa, die eng verbunden ist mit den internationalen Organisationen der Arbeiterbewegung und dem CIA selbst.“ (19. Mai)

Alles deutet darauf hin, daß Bertoli die französische Italienstadt zur Koordinierung des Attentats ansteuerte. Interessant ist in diesem

Zusammenhang die Bemerkung von Noah Schwatermann, einem der Vorstände des Kibbuz Karmia. In einem Interview mit der israelischen Zeitung „Maariv“ Bertoli habe kurz vor Ostern einen Brief aus Frankreich erhalten und daraufhin an Bord des Schiffes gegangen.

Der Wunder nicht genug. Woher hatte Bertoli die Granate? Er behauptet, sie im Arsenal des Kibbuz gestohlen und aus Israel herausgeschmuggelt zu haben. Diese Version wird von Kennern der israelischen Sicherheits-Vorkehrungen für unglaublich gehalten.

Weiter, Bertoli hatte einen falschen Paß auf den Namen Massimo Magri. Unter diesem falschen Namen hat er auch im Kibbuz gelebt. Dem seltsamen daten ist zunächst, daß die israelische Polizei einen vorbestraften Ausländer mit israelischem Paß zehn Jahre im Lager leben ließ, ohne ihn am besten zu bemerken.

Das zweite ist, daß es tatsächlich einen Massimo Magri gibt. Er ist Mitglied der marxistisch-leninistischen Gruppe „Servizio il popolo“. Seinen Ausweis hat er 1968 als verloren gemeldet.

Es scheint, daß dieser seltsame „Anarchist“ noch einige weitere Überraschungen bereit hält. Mit Sicherheit kann jetzt schon gesagt werden, daß es sich nicht um einen übergeschnappten Einzelgänger, sondern um das Werk eines imperialistischen Geheimdienstes handelt.

Streiks bei VW

Vom 10. bis 16. April streikten Arbeiter in allen Volkswagenwerken in Kassel, Emden, Hannover, Salzgitter, Braunschweig und Wolfsburg beteiligten sich mehr als 10 000 Arbeiter an kurzen Streiks. Anlaß war die vom VW-Konzern geplante Kürzung der Jahres-„Erfolgprämie“.

Die Jahres-„Erfolgprämie“, die noch unter dem alten VW-Chef Nordhoff zu Zeiten, als die Volkswagenwerke noch als kapitalistischer Musterbetrieb galten – eingeführt wurde, war bis zum Jahre 1970 eine „freiwillige“ Zahlung der Konzernleitung. 1970 gelang es, diese Prämie im Mantelvertrag abzusichern, der Tarif enthält aber keine garantierte Höhe dieser Prämie.

Mit der Anfang der 70er Jahre aufgrund stärkerer Konkurrenz wachsenden Absatzkrise begannen die Unternehmer auch diese Prämie zu drücken.

Im letzten Jahr wurde sie von 8% (1971) auf 5,2% des Jahresbrutto-Verdienstes gekürzt, was durchschnittlich etwa 480, DM weniger als im Vorjahr ausmachte. Damals hatte es zwar starke Unruhe in den Betrieben gegeben, doch aufgrund drohender Entlassungen (1972 wurde die VW-Belegschaft um 12 000 auf zur Zeit etwa 122 000 verringert) kam es nicht zu Kampfaktionen hergegen.

Anfang April 1973 begannen Verhandlungen zwischen der IG Metall und der Konzernleitung um die Höhe der in diesem Jahr zu zahlen-

den Prämie. Dabei wurden von den Unternehmern 5,35% angeboten.

In allen Werken wurde dieses Angebot von den Arbeitern scharf kritisiert. Auf zahlreichen Betriebsversammlungen, in Resolutionen der Vertrauensleute wurde die Forderung nach 8% aufgestellt.

Sprecher betonten immer wieder die verbesserte Ausgangslage für die Arbeiter gegenüber dem Vorjahr.

So mußten die Arbeiter in sämtlichen Werken in diesem Jahr schon mehrfach Sonderschichten fahren.

Die starke Expansion des VW-Konzerns im Ausland ist kein Geheimnis. Allein in diesem Jahr wurden mehrere neue Werke gegründet: VW of Nigeria, mit dem Bau eines zweiten Werkes von VW do Brasil zu beginnen, das VW-Werk in Jugoslawien hat die Produktion aufgenommen, die Werke in Mexiko und Südafrika werden mit großen Mitteln ausgebaut und der Export in-

die USA hat wieder stark zugenommen, wobei erstmals bekannt wurde, daß mehrere hundert Millionen Mark zum Aufbau eigener Produktionsstätten in den USA bereitstehen.

Als die Konzernherren bei ihrem

schließen noch einmal 8% gefordert. Eine von ihnen eingeleitete Unterschriftensammlung bringt in kurzer Zeit 3 000 Unterschriften. Auf Meldungen aus Kassel werden am 11. immer wieder kurze Streiks durchgeführt. An den Händen an-



Am zweiten Streiktag beteiligten sich auch etwa 600 Lehrlinge in einem zweistündigen Streik an den Aktionen. Sie erklärten sich mit den übrigen Kollegen in einem Demonstrationsschritt durch die Hallen solidarisch. Sie forderten ebenfalls 8% für Lehrlinge. Als Erfolg können sie verbuchen, daß jetzt erstmals auch die Lehrlinge die „Erfolgprämie“ erhalten.

provokatorischen 5,35%-Angebot blieben, flogen die Brocken

Das erste Mal: Streiks in allen Werken

Es begann am 10. April in Kassel. Mehrere hundert Kollegen der Spätschicht zogen durch die Werkshallen. Die Demonstration wuchs in kurzer Zeit auf etwa 4000 Arbeiter an. Auf Spruchbändern und in Sprechchören wurden immer wieder

der 8% gefordert. Dieser insgesamt zweistündige Streik wurde am nächsten Tag von der Früh- und Normalmischicht aufgenommen. Insgesamt 7000 Arbeiter beteiligten sich am 11. an dem ebenfalls zweistündigen Streik.

Die Nachricht vom Kasserer Streik drang auch in die anderen Werke. In Emden stoppt am 11.4. die Frühmischicht für zwei Stunden die Bänder. Die Werksleitung, besorgt um den „Arbeitsfrieden“, schickt leitende Angestellte an die Bänder um „Rädesführer“ ausfindig zu machen. „Kritische Punkte“, wie die Stoppmacher der Bänder werden besonders scharf beobachtet. In den Hallen taucht der Werksschutz auf. Trotzdem kommt es auch in der Spätschicht zu Arbeitsniederlegungen.

In Hannover hatten am 10. April 200 Vertrauensleute in einer Ent-

sen von den Arbeitern befestigte Streiklosungen mit

Ebenfalls am 11.4. traten in Salzgitter mehrfach VW-Arbeiter in Kurzstreiks.

Aufgrund der vielen Streiks in den einzelnen Werken erhöhte die Konzernleitung schon nach dem ersten Streiktag ihr Angebot auf 6,5%. Die Arbeiter bestehen aber in den nächsten Tagen auf 8%.

Am 12.4. griffen die Streiks auf das Wolfsburg Hauptwerk über.

In einem Zug durch mehrere Hallen, der von etwa 80 Kollegen ausging, wuchs die Demonstration schnell an und zog zum Verwaltungsschloß, wo in Sprechchören die 8%-Forderung unterstrichen wurde. Die von den Arbeitern zum Auskommen aufgeführten Vorstandsvertreter von VW hatten sich schleunigst verzogen.

Am nächsten Tag wurde der Streik von der Frühmischicht wieder aufgenommen. Wieder zog ein Demonstrationsschritt zum Verwaltungsschloß und forderte diesmal VW-Boss Lewing persönlich auf, Stellung zu nehmen. Lange Arbeiter sahen Lewing in seinem Büro auf und untermaurierten noch einmal die Forderungen der Kollegen.

Ebenfalls am 13.4. traten zu nächst 4 500 Arbeiter der Frühmischicht in Braunschweig in den Streik für die 8%. Die 3 000 Kollegen der Spätschicht schlossen

sich dem Streik an.

Nachdem auch am Wochenende ausreichendes Verhandlungsergebnis zustande kam, traten am Montag, den 16.4. in Wolfsburg wiederum etwa 1 000 Arbeiter in den Streik.

In Emden protestierte die Spätschicht in einem Streik gegen das unzureichende Angebot der Unternehmer. Man beschloß, eine Demonstration in die Stadt zu machen. Mittlerweile war vor dem Werkstor aber Polizei aufgefahren worden.

Daraufhin demonstrierten die Arbeiter im Werksgelände.

Ein Teilerfolg

Am 17.4. wurde dann das Verhandlungsergebnis bekannt. Die Jahres-„Erfolgprämie“ wurde umgewandelt in eine tarifliche Sonderzahlung bei VW. Sie betrug für die



Alle Bänder stehen still, wenn der VW-Arbeiter es will!

Forts. von Seite 19

einsteilen.

Es ist sich sogar darüber im Klaren, daß die Unruhe noch weiter anwachsen wird. Deshalb werden Methoden angewandt, die eine Einigung und Organisierung der Arbeiter verhindern oder zumindest erschweren sollen. Zu einer dieser „vorbereitenden“ Maßnahmen gehört das Auseinanderstreuen der miteinander bekannten Arbeiter bei der täglichen Einteilung auf die verschiedenen Schichten. Die Unternehmer wissen, daß einander bekannte und aufeinander eingespielte Kollegen auch bessere Arbeit leisten. Aber die Zersplitterung und organisatorische Isolierung der bewußten Arbeiter sind ihnen in diesem Fall weit wichtiger als ein kleiner wirtschaftlicher Vorteil.

Weil die Kapitalisten „Ruhe im Haus“ brauchen, versuchen sie so zu verhindern, daß die Arbeiter feste Gruppen aufbauen, die sich gegen die Willkür der Geschäftsleitung und ihrer Inspektoren zu wehren wissen. Die Hoffnung der Kollegen, die Situation würde sich bessern, war vor und nach den Betriebsratswahlen 1972 besonders groß. Es hat sich aber seitdem so gut wie nichts geändert, es sind nicht einmal Versuche des BR unter Leitung des SPD-Mitglieds Backhaus deutlich geworden, die wesentlichen Forderungen bei der Geschäftsleitung durchzusetzen.

Aber es wird nicht nur nichts für die Kollegen getan – darüber hinaus ergreift die Mehrheit des Betriebsrats Maßnahmen, um formale Betriebsratsmitglieder daran zu hin-

dern, sich für die Kollegen einzusetzen.

1. Fall

Gegen das BR-Mitglied Retzlaff beantragte die übrigen BR-Mitglieder seinen Ausschluss aus dem BR. Die „Begründung“: Der Kollege Retzlaff hätte auf der Betriebsversammlung im Oktober vergangenen Jahres die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ verjagt. Was war nun vorfallen? Auf dieser Betriebsversammlung forderte Buss, „seine“ Arbeiter auf, an der „Konkurrenzfähigkeit“ der Stauerei Buss tatkräftig mitzuarbeiten. Er hob die „Schönung des Arbeitsgeheimnisses“ hervor und forderte indirekt mit dem Hinweis auf die kommenden „schweren Zeiten“ unsere Zurückhaltung bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen sowie mehr und schneller Arbeit.

Buss meinte weiter, alle würden doch „am gleichen Strang ziehen“, und versuchte, den Arbeitern einzureden, die Unternehmer und die Arbeiter hätten doch ein „gemeinsames Interesse“ am Gedeihen der Stauerei Buss. Aus dieser Logik war Buss so unerschrocken, von den Kollegen zu verlangen, sie sollten doch auf die so oft geforderte und seit langem tariflich festgelegte Bezahlung der Meldezeit verzichten! Daran wurde ganz deutlich, was in Wahrheit hinter dem so oft zitierten „gemeinsamen Interesse“ steckt: Egoismus und allein das Interesse des Kapitalisten, auf Kosten der Arbeiter seinen Profit zu erhöhen.

Dies versuchte das BR-Mitglied

Retzlaff deutlich zu machen, als er – ziemlich erregt und wütend sagte, ihm sei es „scheißegal“, ob Buss pleite mache oder nicht, ihm interessiere sein Tarifvertrag und daß der vom Unternehmer eingehalten werde.

Auf diesen Ausbruch hin leitete der BR auf die Initiative des Vorsitzenden Backhaus ein Arbeitsgerichtsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses aus dem BR gegen den Kollegen Retzlaff ein.

Um im Betrieb andere Kollegen gegen Retzlaff aufzuheizen und um vor Gericht besser dazustehen, wurden bei den Kollegen Unterschriften für einen Ausschluss des Kollegen Retzlaff aus dem BR gesammelt. Vieles spricht dafür, daß diese Unterschriftensammlung von Seiten des BR in „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ mit der Geschäftsleitung organisiert wurde. Sie wurde vom „Sicherheitsinspektor“ der Firma durchgeführt. (Er schien in dieser Zeit mehr für die politische Sicherheit der Kapitalisteninteressen als für die Unfallfreiheit der Arbeiter da zu sein.)

Nach dem Eindruck vieler Kollegen kamen aber zunehmende Unterschriften zum Ausschlussverfahren meist nur aus Teilen des Betriebes zusammen, denen die Stellungnahme des Kollegen Retzlaff oder er selbst persönlich unbekannt ist. Mit dieser demagogischen Stimmungsmache sollte der Anschein erweckt werden, die Arbeiter wären „massenhaft“ gegen ihren Vertreter eingestellt.

Der Kollege Retzlaff hat inzwischen den Arbeitsgerichtsprozess in der 1. Instanz gewonnen, das Ar-

beitsgericht konnte in seinen Aussagen auf der Betriebsversammlung keinen Grund zum Ausschluss aus dem BR sehen. Dabei hatte die Gemeinliche schwere Geschütze aufgeföhren. Sie hatte sogar Fiete Koch, führender ÖTV-Sekretär für den Hafenbereich, laden lassen, der nach Kräften versuchte, den Kollegen Retzlaff in die Pfanne zu hauen. So behauptete er scheinheilig, ihm sei überhaupt nicht bekannt, daß im Hamburger Hafen die Meldezeit in der Regel nicht bezahlt würde, deshalb könnte er auch überhaupt nicht verstehen, warum sich der Kollege Retzlaff so aufgeregt habe und halte seine Aussagen für in keinem Fall gerechtfertigt!

2. Fall

Bei der Roskat GmbH, die der Firmengruppe Buss angehört, wurde vor kurzem das BR- und DKP-Mitglied Julius Christmannes fraktion gekündigt. Er hatte auf einer Betriebsversammlung sowohl die Kapitalisten angegriffen, als auch den Betriebsratsvorsitzenden Otto Ehrlert scharf kritisiert. Dieser hatte den Arbeitern einen „Rechenhaufendreck“ hingelegt, der allenfalls durch seine Inkompetenz dem „Betriebsfrieden“ im Sinne der Kapitalisten förderlich sein konnte. Dazu kam noch, daß Christmannes sich auch am Arbeitsplatz für die Kollegen eingesetzt hatte und er bei den Arbeitern deshalb sehr beliebt war.

Da alles waren Gründe genug, um Julius Christmannes als „Aufwiegler“ und „Fremdkörper“ so schnell wie möglich zu entfernen. Das Arbeitsgerichtsverfahren, daß

Jahre 1973 und 1974 84 % von einem 12. Teil des Jahr, stattgefunden. Für 1973 wird sie auf 96 % erhöht.

Das bedeutet in alten Prozent ausgedrückt für 1973/74 ca. 7 %, 1975 8 %.

Damit war es nicht gelungen, das Verhandlungsergebnis auf die volle Erfüllung der Forderung von 8 % zu steigern.

Doch die ersten größeren Kampfaktionen seit Jahren verhinderten ein schnelles Verhandlungsergebnis auf Kosten der Arbeiter.

Die Streiks, die das erstmal alle VW-Werke erfassten, waren überhaupt erst Anlaß für die Konzernherren, über höhere Forderungen zu verhandeln.

Auf der anderen Seite darf man nicht übersehen, daß in der jetzigen schwierigen Lage nicht mehr für die VW-Arbeiter dringender wäre.

Das voll auszunutzen, verhinderte mangelnde Kampferfahrung und ungenügende Organisation der Streiks. Hinzu kommt, daß zwischen den einzelnen Werken keine Verbindung bestand, so daß vielfach Gerüchte und Spekulationen umhieren. Es kam vor, daß Kollegen der Spätschicht erst durch Flugblätter der Kommunisten von Aktionen der Frühmischicht erfahren und umgekehrt.

Für die Arbeiter in den Volkswagenwerken waren diese Aktionen aber wichtige Erfahrungen in den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern. Gegenüber dem Vorjahr haben sie deutlich gemacht, wie den Angriffen auf Lohn- und Arbeitsbedingungen nur wirksam zu begegnen ist.

Bereichsleitung Metall
KB-Gruppe Hamburg

Christmannen gegen diesen Beschluß angeklagt hat, läuft noch.

Am Fall Buss wird besonders deutlich, wie eng der politische Angriff der Kapitalisten mit den wirtschaftlichen zusammenhängt: Um seine Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, geht Buss daran, seine Arbeiter härter auszunutzen und sie möglichst niedrig zu bezahlen. Der wachsenden Unruhe unter den Arbeitern begegnet er mit Einschüchterungsmaßnahmen. So sollte der Kollege Retzlaff exemplarisch für sein konsequentes Auftreten auf der Betriebsversammlung bestraft werden.

Den unzufriedenen Arbeitern treten die Kapitalisten nicht gerne selbst gegenüber. Dieses Geschäft – die Durchsetzung von Maßnahmen im Auftrag der Kapitalisten gegen die Arbeiter – erfüllen sozialdemokratische Betriebsräte am liebsten, wie im Fall Retzlaff deutlich wurde. Der BR wurde vorgeworfen, er sollte Retzlaff erst einmal aus dem BR herausdrücken, dann hätte Buss leichtes Spiel gehabt und es einfach vor die Tür geschickt, nachdem er keinen Kündigungsschutz mehr gehabt hätte.

Dies ist aber einmal geschickter, langfristig aber kann dieser Angriff auf die Buss-Belegschaft im ganzen und BR Retzlaff im einzelnen nur dann abgewehrt werden, wenn die linken Kollegen bei Buss sich zusammenschließen und so nicht Einzelkämpfer überlassen, gegen die Unternehmer aufzustehen.

Schauersteute Zeile, Hafenbereich, KB-Gruppe Hamburg

HBV-Tarifrunde

Die diesjährige Tarifrunde im Bereich Handel-Banken-Versicherungen (HBV) sind entsprechend der Preise und Vorstellungen der Kapitalisten glatt über die Bühne gegangen worden. Die Tarifabschlüsse (8,5% bei Banken, durchschnittlich 11% bei Versicherungen) orientierten sich an den jeweils vorausgesetzten Abschlüssen bei Metall bzw. Druck.

Die HBV-Angestellten-Bereiche zeichnen sich durch vergleichsweise geringe aktive Beteiligung der Kollegen an den Tarifverhandlungen aus. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist hier mit unter 20% - woron noch die Mehrheit in der DAG organisiert sind - besonders niedrig. Dies ist ein Ausdruck dafür, daß hier das Bewusstsein noch wenig entwickelt ist, daß es notwendig ist, den Kampf um die eigenen Interessen aktiv und organisiert zu führen. Kampferfahrungen fehlen hier fast vollständig. Mit der Aufspaltung in viele Einzelarbeitsverträge, die zu ganz verschiedenen Zeitpunkten abgeschlossen werden, trägt die Gewerkschaftsführung das ihre dazu bei, diesen Zustand aufrechtzuerhalten.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß gerade die HBV-Gewerkschaft in den letzten Jahren einen stürmischen Mitgliederzuwachs erlebt hat; allein im vergangenen Jahr waren es fast 10% mit 13000 neuen Mitgliedern. In dieser Tarifrunde gab es, ausgehend von den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, verstärkte Anläufe zu aktiver Tarifpolitik der Belegschaften und gleichzeitig Kritik an der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung, die nicht von den Interessen der Kollegen ausgeht, sondern sich an den „gesamtwirtschaftlichen“ Interessen der Kapitalisten orientiert. Während die Gewerkschaftsführung als etwa hier in Hamburg die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen im Versicherungsbereich begannen, auf breiter Ebene eine konsequente gewerkschaftliche Politik zu entfalten, der Angriff auf diese Arbeit und Rechte der Gewerkschaftsmitglieder überhaupt. D.h. die Entwicklung geht in Richtung von Zuständen, die wir in Gewerkschaften wie etwa der IG Metall bereits haben.

Der Artikel soll auf den Verlauf der Tarifrunde eingehen und insbesondere auf die Entwicklung, wie sie sich hier in Hamburg gezeigt hat.

von Hermann Schindler

Durch einen Konzentrations- und Rationalisierungsprozeß, durch kräftige Preissteigerungen, drastische Erhöhungen etwa der Kfz-Prämien bei den Versicherern und das Abwälzen von Verwaltungskosten bei den Banken auf die kleinen Kontoinhaber konnten die Kapitalisten eine erhebliche Steigerung ihrer Profite verzeichnen. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur liefert eine enorme Steigerung der Profite an sich.

Im Gegensatz zu sonstigen Jahren verteilten die Kapitalisten auf größeren Gejammer über ihre Lage und traten in den Tarifverhandlungen gleich mit Angeboten von 8 - 8,9% auf. Damit wurden von vornherein die schnellen Abschlüsse angestrebt. Offensichtlich schenken an den Kapitalisten nicht zweckmäßig, bei anhaltenden Preissteigerungen und verstärkter gewerkschaftlicher Aktivität der Mitglieder ihre Taktik des langen Dahinschiebens der Verhandlungen zu wiederholen. Das hatte bei noch geringerer gewerkschaftlicher Aktivität in der Gewerkschaft HBV, noch vergleichsweise geringeren Preissteigerungen und insgesamt kaum größeren Tarifkämpfen in der BRD im letzten Jahr, seinerzeit lediglich etwa eine Unterabteilung im Einzelhandel im Bezirk Saar zur Folge. Vor zwei Jahren, 1971, waren die Kapitalisten mit provozierenden Null-Angeboten aufgetreten. Überall gab es deshalb erste gewerkschaftliche Aktionen der HBV, Protestdemonstrationen, wie hier in Hamburg von den Bankangestellten, mit denen sich die Angestellten des Versicherungsbereichs solidarisierten. Dem Gewerkschaftssekretär für die Fachabteilung Versicherungen, Gerd Hamman, dem besondere Verdienste bei der Organisation des Protestes der Kollegen dabei zukam, wurde danach unter Vorwand vom Vorstand die Kündigung ausgesprochen. Im Saarland hatte es damals erstmals seit 1919 einen kurzen Wurststreik der Bankangestellten gegeben.

Die Tarifrunde im Handel: Ohne die Kollegen

Die Tarifverhandlungen im Handel wurden fast ohne die Kollegen durchgeführt.

Im Einzelhandel waren die Tarifverträge zum 31.3.1973 gekündigt worden. Die gewerkschaftlichen Kollegen wurden mit 100,- DM abgespeist, womit sie weiterhin stark hinter den anderen Branchen zurückblieben.

hinterherlaufen. Die Tarife der Angestellten werden z.T. erst im Juni ausgehandelt. Im Groß- und Außenhandel waren die Tarife bereits zum 31.12.1972 gekündigt worden.

Die Tarifabschlüsse am 26.4. - nach der Drucktarifrunde, brachten um 10 bis 13,6% höhere Tariflöhne.

Hier in Hamburg stehen den 60 000 Beschäftigten in diesem Be-

reich lediglich 1400 HBV-Mitglieder gegenüber. Hier tut die Gewerkschaftsführung durch weit aufgespaltenen Tarifverhandlungen - das mühe dazu, daß Kampfkraft der Belegschaften nur schwerlich zustande kommt. Allein in Hamburg gibt es in diesem Bereich 26 Tarifverträge, die außerdem noch zu ganz verschiedenen Zeiten abgeschlossen werden. In dieser Taktik hat die Gewerkschaft HBV „Großartiges“ geleistet. Anlässlich des Gewerkschaftstages wurde „stolz“ als „Erfolge“ gemeldet, daß nun zum 1.1.72 226 Manteltarifverträge, 289 Gehalts- und Lohnverträge und 202 Tarifverträge für Sonderbereiche laufen habe, bzw. zwischen 1968-71 1631 Tarifverträge abgeschlossen worden seien.

In dem einzigen Flugblatt in Hamburg während der laufenden Tarifverhandlungen im Groß- und Außenhandel wurde unter der Parole „Einigkeit macht stark“ dann für den Eintritt in die Gewerkschaft geworben. Eigens hinzugefügt war die Parole „Lippenbekenntnisse nützen nicht.“ Nichtsdestotrotz hatte der Ortsvorstand die Frechheit, für eine Fachgruppensitzung während der laufenden Verhandlungen die Tarifrunde überhaupt nicht in der Tagesordnung zu berücksichtigen. Bereits zur Aufstellung der Forderungen waren nur einige Betriebsräte gehört worden.

So gab es auf der Fachgruppensitzung am 10. Mai nach gelaufener Tarifrunde Kritik der Mitglieder: Es sei notwendig, alle Kollegen in die Diskussion miteinzubeziehen, zur Aufstellung von Forderungen aus den Betrieben. Außerdem müßten gewerkschaftliche Betriebsgruppen aufgebaut werden. Das wurde vom Vorstand abgelehnt: Rechte und Richtlinien müßten erst noch auf höherer Ebene geklärt werden. Das, obwohl in der Gewerkschaft HBV längst Betriebsgruppen mit „Rechten und Richtlinien“ existieren.

Der Forderung nach einheitlichen Abschlüssen der Tarifverträge wurde entgegengehalten, daß diese Spaltung der Kollegen gut sei (für die Kapitalisten natürlich).

In den Schwerpunktsgebieten sei leichter was rauszuholen, so die „Argumentation“ des Vorstandes, woran sich die anderen Gebiete dann orientieren könnten.

Hier wurde deutlich, daß von Seiten der Gewerkschaftsführung es zwar Appelle zur gewerkschaftlichen Organisation gibt und „Argumente“, daß man ja was tun und das beste wolle, die berechtigten Forderungen der Kollegen aber nur auf dem Wege zu erlangen sind, wenn aus den Betrieben selbst die Kraft dazu entwickelt wird.

Die Tarifrunde bei den Banken

Für die 290 000 Bankangestellten wurden die Tarife zum 28.2. gekündigt. Die Gewerkschaft trat mit der Forderung von 80 DM + 6% an. Am 3. März boten die Kapitalisten 5% an, am 19.3. hatte man sich nach dem Muster von Metall auf 6,5% geeinigt, zusätzlich gab es einige „Strukturverbesserungen“ bis zu 16,7%. Damit war auch stillschweigend der Sockelbetrag unter den Tisch gefallen, auf dem die Fragebögen des Hauptvorstandes an die Gewerkschaftsmitglieder eigens hingenommen, bzw. damit gegen eine reine lineare Forderung zu Felde gezogen wurde. So sprach sich auch die Mehrheit für Forderung des Hauptvorstandes aus.

Verglichen mit dem Handel sieht die Situation bei den Banken schon etwas besser aus. Hier hat die Gewerkschaft HBV fast 10% der Angestellten organisiert.

Ein Tarifarbeitskreis in Ham-

Ein Tarifarbeitskreis in Hamburg

In Hamburg hatten Angestellte 1971 nach entsprechender gewerkschaftlicher Mobilisierung die Bereitschaft gezeigt, für ihre Forderung auf die Straße zu gehen und kämpfen. Vereinzelt gibt es zwar gewerkschaftliche Betriebsgruppen, die allerdings in der Tarifrunde keine große Bedeutung hatten. Zur diesjährigen Tarifrunde war ein Tarifarbeitskreis aufgebaut worden. Der Arbeitskreis begann vielsprechend mit einem Seminar über Tariffragen. Doch insgesamt ist zu sagen, daß dieser Arbeitskreis nicht die Bereitschaft der Kollegen, sich aktiv in der Tarifrunde einzusetzen, heraufzuleben ließ. Denn über diesen Arbeitskreis wurde nicht versucht, systematisch die Diskussionen in den Betrieben zu entwickeln, ein Informationsnetz in den Betrieben und die Kontakte über die Betriebe hinweg aufzubauen, sondern bei loser organisatorischer Form wurde er mehr als Public-Relation Stelle des Vorstandes benutzt, der Informationsflugblätter, wobei der Text zum Teil erst in Düsseldorf kontrolliert werden mußte, und Posters herausgab und die Fragebögen der Mitgliederbefragung des Hauptvorstandes auswerte. Ist das die „basinäre Tarifpolitik“ der Gewerkschaftsführung, die den Tarifarbeitskreis unter dieses Motto stellt?

Damit wurden dann die Vorstellungen des Hauptvorstandes leibhaftig durchgesetzt.

Die Tarifrunde bei den Versicherungen

Für die 190 000 Versicherungsangestellten wurden die Tarifverträge zum 31.3.73 gekündigt. Auch hier wurde die Tarifrunde unabhängig von insbesondere den Bankangestellten geführt, trotz gleicher Arbeitsbedingungen und Tätigkeiten. Das zeigt die Unmöglichkeit des Grades von einem „leistungsgerechten Gehalt“. Die Gewerkschaft HBV ging mit einer Forderung von 6% und 90 DM Sockel in die Verhandlungen. Die Kapitalisten boten am 12.3. 8% und am 3.4. dann, ähnlich wie bei den Banken, 8,5%

+ Korrekturen. Die Mehrheit der Tarifkommission war bereit, dieses Ergebnis anzunehmen. G. Volkmar, der vom Hauptvorstand auch für die Banktarifrunde verantwortlich zeichnet, setzte hier seinen Einfluß ein, daß dieses Ergebnis abgelehnt wurde. Das macht wiederum deutlich, wie mit dem Verkauf der Drucktarifrunde die Lohnleitlinien nach oben korrigiert wurden.

Am 18.4. wurde dann der Schlichtungsanspruch von 9,9% + Korrekturen, was einem Ergebnis von durchschnittlich 11% entspricht, von allen Tarifparteien angenommen.

Gewerksoppositionelle Ansätze in Hamburg

Die gewählten Hamburger Delegierten hatten in der Tarifkommission gemäß ihrem Auftrag die Forderung von 200 DM für alle begründet. Unterstützt wurden sie lediglich von zwei weiteren Delegierten, ansonsten wurden sie ausgehöhlt und beschimpft („Schnauze - wir kommen mal zu Euch - Karussell fahren). Wie ist diese Forderung in Hamburg entstanden?

Dort sind insbesondere im letzten Jahr fast überall durch die Aktivität fortschrittlicher Gewerkschaftler aus den Betrieben heraus Gruppen aufgebaut worden, die dann vom Vorstand die Anerkennung als gewerkschaftliche Betriebsgruppe erhielten. So gibt es Betriebsgruppen bei Hermes, Volksfürsorge,

diese Entwicklung. In der Gewerkschaft HBV noch weitgehend bevorzugt, gab es in Hamburg während der Tarifrunde bei den Versicherungen erste Ansätze.

In den Betriebsgruppen in Hamburg wurde schon frühzeitig im letzten Jahr die Diskussion um die Tarifrunde aufgenommen. Die Argumentation der Gewerkschaftsführung geht aus von „gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten und Erfordernissen“, d.h. vom Interesse der Kapitalisten. Dazu läßt sie regelmäßig Gutachten über die „Lage der Versicherungsunternehmen“ von Herrn Aufenanger anfertigen, (obwohl darin, das nebenbei, gesagt wird, daß ein Prozent Lohnerhöhung die Kapitalisten nur ca. ein Tausendstel ihrer Prämie kostet). Bei der Berechtigung der Forderung wird insbesondere mit dem „Nachholbedarf“ der Versicherungsangestellten argumentiert, als wenn es darum ginge, bei den Kapitalisten Mitleid zu erwecken und nicht die bestehende Kampfkraft der Kollegen entscheidend wäre und man hier tatsächlich von einem „Nachholbedarf“ sprechen kann. Lineare Lohnerhöhungen wurden ebenso wie bei den Bankangestellten mit dem Trick der Sockel- und Prozentforderung praktisch unter den Tisch gekehrt, da ja sonst die Sache nicht leistungsgerecht wäre, so die Argumentation bei den Fragebögen an die Mitglieder.

Die Betriebsgruppen setzten sich zum Teil über die Argumentation der Gewerkschaftsführung hinweg. In der Diskussion wurde ausgegan-

gen von den ständig zunehmenden Angriffen der Kapitalisten auf die Lebensbedingungen der Kollegen zur Erhöhung ihrer Profite. Da diese Angriffe alle Kollegen gleich betrafen, wurde für alle eine einheitliche Forderung aufgestellt. Da aber andererseits weiterhin gesagt wurde, daß die aufgestellten Forderungen auch von der wirtschaftlichen Lage der Versicherungsunternehmen gerechtfertigt seien, versuchte die Gewerkschaftsführung, durch Streichungen die vorbereiteten Veröffentlichungen der Betriebsgruppen zur Mitgliederversammlung möglichst weit auf ihre Linie zu trimmen, so geschahen bei der Betriebsgruppe Iduna und in ähnlicher Form bei Hermes. Dieses Verfahren läuft darauf hinaus, daß die Gewerkschaftssekretäre nur das veröffentlicht lassen wollen, was ihrer Meinung entspricht, weil sie nur das „verantworten“ könnten. Das rief natürlich den Protest und Resolutionen der Betriebsgruppen hervor, was dann in den Fachgruppen vorant getrieben wurde. Allerdings hat dann die Resolution gegen das Vorgehen des Ortsvorstandes, die vom Fachgruppenvorstand mit Unterstützung der Betriebsgruppenvorstände (auf deren Arbeitstagung in Sieverau) verabschiedet wurde, den Gewerkschaftssekretären praktisch die Zensur bei Veröffentlichungen zugestanden, die über die organisierten HBV-Mitglieder eines Betriebes hinausgehen. Denn es heißt dort u.a. „Protokolle und Mitteilungen, die an andere“ (als die vorher erwähnten „HBV-Mitglieder des Betriebes“), „bzw. nichtorganisierte Arbeitnehmer des Betriebes gerichtet sind, bedürfen der Zustimmung des Fachsekretärs“! Mit der Einsetzung einer Sonderkommission durch den Ortsvorstand ist versucht worden, die Mitgliederzensur weiter aus dem Schußfeld zu rücken.

Den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen war es klar, daß sie mit ihren Forderungen zur Tarifrunde sich in Opposition zur Gewerkschaftsführung gestellt hatten und daß es zur Zeit noch an der Breite und der Kraft mangelte, diese Forderungen gegen die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführung durchzusetzen. Auf der

BASF:

Der 'schlafende Riese' hat sich gerührt

Im Bezirk Rheinland-Pfalz arbeiten 80% der Chemiewerker im Umsatzstärksten Chemiekonzern der Welt, BASF. Auch die Tarifkommission dieses Bezirks besteht fast nur aus „Anilinern“ (BASF). Durch betriebliche Sonderverträge verdienen die „Anilin“-Kollegen durchschnittlich etwa 120,- DM mehr als – bei Akkordarbeit, gleicher Arbeit und Arbeitszeit – Chemiewerker aus der übrigen Branche. So konnte in der Tarifkommission mit dem Versprechen, hinterher betrieblich noch einiges nachzuholen, aber jetzt zunächst weniger zu fordern, die Aufstellung einer 12%-Forderung durchgesetzt werden.

Daß trotzdem die Kampfbereitschaft der BASF-Kollegen dieses Jahr so groß war wie lange nicht mehr, zeigte sich am 6. April.

An diesem Freitag fanden in Mainz die ersten Tarifverhandlungen '73 für Rheinland-Pfalz statt. Bei BASF-Ludwigshafen wurde nach der Mittagspause eine Vertrauensleute-Versammlung einberufen. Aber es kamen nicht nur die Vertrauensleute, aus allen Richtungen strömten die Kollegen plötzlich herbei, über 8.000 hatten schließlich die Arbeit niedergelegt! „34% Gewinnsteigerung der BASF-Bosse allein im letzten Jahr – und uns wollen sie wieder mit einigen Stabilitätsprozenten abspenken!“ An drei Stellen im Werk fanden sich die Kollegen zu Kundgebungen zusammen und forderten in Sprechchören: „12%! 12%!“ Auf eilig gemalten Pappschilddern standen Losungen wie: „Aniliner 12% und wenn dem Timm der Kittel brennt!“ (Timm ist BASF-Vorstandsobd.). „Alle Räder stehen still, wenn dies der Aniliner will!“ „Solidarität!“ „Lehrhinge holen!“ Aber es gelang nicht, die 500 Lehrhinge aus der Lehrwerkstatt H 307 loszuweisen. Die

Ausbilder bedrohten jeden streikwilligen Lehrling mit harten Strafen, und die Lehrhinge ließen sich einschüchtern.

Die Geschäftsleitung läßt Drohflugsblätter verteilen: Solche Aktionen seien „rechtswidrig“ und würden gegen die „Friedenspflicht der Sozialpartner“ verstoßen. Sie beruht sich auf das BVG, dessen wahrer Charakter dadurch wieder einmal entlarvt wird. Es wird mit Lohnentzug und Schadensersatzklagen gedroht. Ganz in diesem Sinne versuchen auch einige Betriebsräte, die Kollegen wieder zur Arbeit zu schicken. Als sie jedoch auf Widerstand stoßen, werden die Versammlungen geschwind nachträglich zu „vom Betriebsrat genehmigte außerordentliche Betriebsversammlungen“ erklärt.

Hals über Kopf kamen von den Tarifverhandlungen in Mainz schließlich die Betriebsrats-Vorstände und der IG-Chemie-Betriebsvorsitzende angereist. Sie schafften, was bisher nicht gelungen war: Um ca. 15.30 Uhr lösten sich die Versammlungen widerstrebend auf.

Am 9. April, dem Tag, an dem die kämpfenden Drucker-Kollegen mit 10,8% abgespeist wurden und an der Börse plötzlich die Chemie-Aktien sanken, versammelten sich nach Feierabend über 1.000 BASF-Vertrauensleute. Schweres Geschütz von der Gegenseite: Sogar BASF-Personalleiter Dr. Abel war erschienen. Als bekannt wurde, daß der Konzern gegen einige Betriebsräte – besonders die Kommunisten unter ihnen – Maßnahmen wegen „Rädelführerschaft“ einleiten wollte, mußte Abel auf Druck der Vertrauensleute schließlich zusagen, daß solche Maßnahmen nicht ersonnen werden. Die Vertrauensleute forderten 12% und stellten fest: „Lohnfragen sind Machtfragen“. Dazu ein

Redner unter donnerndem Applaus: „Hoffentlich haben das endlich jene Gewerkschaftsfunktionäre erkannt, die sich von der sogenannten Sozialpartnerschaft etwas erlauben!“

Um die Initiative der „Aniliner“ zu isolieren und abzuwürgen, propagierte besonders der DR-Vorsitzende Bauer (SPD) die Forderung nach einem Haustarifvertrag.

Am 17. April wurde den Chemie-Kollegen in Nordrhein der 9,9%-Abschluß aufgegeben.

Einen Tag später mußte in Rheinland-Pfalz die Landeslichtungsergebnisse verlegt werden: Über 6.000 „Aniliner“ traten trotz „Friedenspflicht“ in Streik! Vielleicht, weil die Kollegen entmutigt waren von dem Nordrhein-Abschluß, standen bei BASF als Mindestforderung nur noch 10%. Jedoch konnten die Versuche der Betriebsrats- und Geschäftsführer, den Kampf auch noch auf das Ziel „Haustarif bei BASF“ einzuzwingen, nicht verhindern, daß sich die Chemie-Kollegen des ganzen Bezirks solidarisierten!

Gestreikt wurde auch bei Grünzweig + Hartmann, Michelin, ICI Offenbach, Kali-Chemie, Pentaplast, Montabaur und Texta!

Bei einer Umfrage unter den Vertrauensleuten am 19.4. stimmten im ganzen Bezirk die große Mehrheit gegen 10% als Höchstgrenze und für höhere Forderungen und Abschlüsse, bei Anilin allein 67,9% der VK-Kollegen.

Trotzdem stand die Streikfront auch bei BASF nur zwei Tage. Lag es an der – nach 50 Jahren Ruhe – natürlich noch mangelnden Übung der Kollegen, ihren Kampf wirklich selbständig zu organisieren? Haben nach den breiten spontanen Aktionen vom 6.4. „Sozialpartnerschaft“, Versöhnler die Leitung der Kämpfe

an sich reißen können? Warum wurde erst zwei Tage vor dem langen Osterwochenende losgeschlagen und nicht sofort in der Woche nach dem 6.4.?

Am Dienstag nach Ostern (24.4.) ließ die IG-Chemie den zweiten Versuch zur Landesschlichtung scheitern – um vor den Kollegen ein Alibi als Kämpfer zu wahren? Der Versuch, die BASF-Kollegen mit Haustarif-Propaganda aus der Solidarität mit den übrigen Kollegen herauszulocken, hatte sich jedenfalls durchgesetzt: Außer „kein Abschluß unter 10%“ forderte die Tarifkommission einen Anilin-Sonderarif.

So waren von der Kampffront nur noch wenige übriggeblieben. 150 Aniliner und 250 Texta-Kollegen streikten an diesem Tag.

Danach hielten alle Beteiligten die gesetzlich zur „Berufung“ der Arbeiter vorgeschriebene „Friedenspflicht“ bis zur Bundesschlichtung

am 18. Mai ein. Die Verhandlungen wurden 23 Stunden in die Länge gezogen – bis zum Wochenende, wann wohl zuallererst nur die Freizeit im Kopf haben – auch ein „Berufungsmittel“. Dann ließen die IG-Chemie-Unterhändler auch diese Verhandlung platzen, aber nur, um sich unmittelbar darauf doch auf einen Abschluß einzulassen. Ein Manöver, um noch einmal als „harte Verhandlungsführer“ dazustehen?

Der Abschluß: 10,2% auf 12 Monate und 60,- DM, die allerdings erst Ende März '74 ausbezahlt werden. Immerhin: Daß die „Aniliner“ sich zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert wieder gerührt haben, ließ – im Gegensatz zu den übrigen Tarifbezirken – alle Verhandlungen bis zur Bundesschlichtung platzen und brachte ihnen ein halbes Prozent mehr ein als den übrigen Chemie-Kollegen.

Chemie-Gewerkschafts-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Ein Meisterstück an Verflüchtung und Demagogie leistete sich die IG-Chemie-Führung in der Mai-Ausgabe der „Gewerkschaftspost“, Zeitung für alle IG-Chemie-Mitglieder. Folgende Zitate aus einer Reportage über die BASF-Kämpfe sprechen für sich:

„Anlaß des Aufbegehrens“ ... waren angeblich nicht die Angriffe auf die Lebenslage der Kollegen, sondern: „das unbefriedigende Angebot der Arbeitgeber im Tarifstreit des Bezirks Nordrhein und die Sorge, daß sich die Chemieunternehmen von Rheinland-Pfalz bei den an diesem Tag beginnenden Verhandlungen ... nicht frei entscheiden können, weil sie sich im Würgegriff der Arbeitgeberzentrale befinden.“

Zur Entstehung der drei Kundgebungen, von denen doch offensichtlich auch die Gewerkschaftsführung überrascht wurde: ... wurden die aufgetragenen Kollegen an drei zentralen Punkten ... zusammengeführt (1), um zu verhindern, daß es gegenüber uneinsichtigen Vorgesetzten zu Tätlichkeiten kam.“

Über die Abwiegelung der häufig aus Mainz herbeigeleiteten Betriebs-

rats- und Gewerkschaftsführer wird befriedigt festgestellt: „... gelang es nach einer Weile den Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern durch eine ausführliche und aufschlußreiche Berichterstattung, daß die Kollegen schließlich an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten.“

„In dieser brenzigen Situation“ (für wen wohl?) „konnte der berechtigten Zorn der Aniliner mit erheblichen Mühen gedämpft werden.“ Über die drohenden Flugblätter der BASF-Bosse: „... bevor man so unqualifiziert reagiert, sollte man sich auch als Unternehmer überlegen, was geschieht, wenn man sich einer Mücke einen Elefanten macht.“

Der Versuch, durch Betriebsrat den Kampf der Aniliner aus der Solidarität aller Kollegen herauszukaufen, wird damit begründet, daß „die BASF-Vertrauensleute“ sich angeblich „nicht länger von Unternehmern anderer Chemie-Konzerne dirigieren lassen wollen.“ (Hervorhebungen von uns.)

Außer dieser Reportage sind in der gesamten Mai-Ausgabe dem Thema Chemie-Tariffrage ganze 115 Zeilen gewidmet!

Forts. HBV Tarifrunde

Mitgliederversammlung der Fachgruppe Versicherungen im Dezember 72 brachte auf die Kritik Günter Volkmar vom Hauptvorstand langwierige Ausführungen über alles mögliche, um so das einheitliche Vorgehen der Betriebsgruppen möglichst zu sabotieren. Es wurde auch versucht, die Betriebsgruppen gegeneinander auszuspielen. Es konnte dennoch im Februar schließlich die 200-DM-Forderung und für die Auszubildenden von 60,65 und 70% der Gehaltsstufe IV für die Hamburger Delegierten für die Tarifkommission verbindlich gemacht werden, obwohl auch weiterhin einige Betriebsgruppenmitglieder im Verein mit dem Ortsvorstand, diesen Beschluß zu sabotieren suchten.

Wenngleich all dies nicht dazu ausreichte, die Pläne der Kapitalisten zu durchkreuzen und diese Tarifrunde für die Kollegen eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage gebracht hat, ist das das kein Grund zur Resignation, sondern erfordert, die eingeleiteten Ansätze weiter zu entwickeln. In dieser Tarifrunde gab es zum ersten Mal kontinuierliche Arbeit von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, die Zusammenarbeit von ihnen konnte für Hamburg hier hergestellt werden.

Sie standen nicht alleine da, sondern konnten sich die Erfahrungen der anderen zunutze machen und ihre Arbeit im Betrieb verbessern. Unter den Betriebsgruppen fanden viele Gespräche zu politischen Fragen statt. Es kommt darauf an, das dies nicht nach der Tarifrunde wieder verpufft, wie dies leider bereits im Gange ist, sondern weiter ausgebaut wird, auch über die Zusammenarbeit innerhalb des Ver-

sicherungsbereichs in Hamburg und der Gewerkschaft HBV hinaus, wie das während der Tarifrunde unter den Betriebsgruppen diskutiert wurde.

Besonderes Augenmerk muß auch darauf gerichtet werden, daß nicht mit dem Aufbau eines Vertrauensleutenkörpers von seiten der Gewerkschaftsführung die Aktivität der Betriebsgruppen liquidiert wird, womit dann der VK seinen Zweck verfehlt. Hatte die Betriebsgruppe Volkmarfrage vor der Bildung des VK monatliche Mitgliederversammlungen durchgeführt und Ansätze von Arbeitskreisen gehabt, so gibt es inzwischen bald nur noch Halbjahresitzungen des VK.

Die Arbeit unter den Belegschaften verstärken!

Im Betrieb konnten sich im Verlauf der Tarifrunde die Betriebsgruppen stärken und neue aktive Kollegen hinzugewinnen. Doch gerade hier muß die bisherige Arbeit kritisch überprüft werden. Der Kampf in den Gewerkschaften für eine konsequente Klassenpolitik hat den Kampf in den Betrieben zur Grundlage. Gerade jetzt darf der Kampf nicht isoliert in irgendwelchen Gremien geführt werden, sondern müssen die Diskussionen in Betrieben zur Abwehr der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und verstärkte Unternehmerwillkür geführt werden. Es reicht nicht einfach, in die Gewerkschaft einzutreten und sich auf eine Gewerkschaftsführung zu verlassen, die den Kapitalisten in die Hände spielt, und den Abbau der Demokratie in den Gewerkschaften be-

treibt. Zu stark noch ist von den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen die Arbeit unter der gesamten Belegschaft vernachlässigt worden. Zwar ist gerade bei den Angestellten des HBV-Bereichs das Mißverhältnis zwischen einem kleinen Teil konsequenter Gewerkschafter und einem Großteil nicht einmal gewerkschaftlich organisierter Kollegen objektiv besonders groß. Doch das allein kann nicht der Grund sein, wenn zur Mitgliederversammlung von 4000 HBV-Mitgliedern bei den Versicherungsangestellten in Hamburg nur 100 erscheinen. Ihre Mitgliederbefragung zur Tarifrunde hat die Gewerkschaftsführung in Hamburg geschickt ausgenutzt, um die Mehrheit der Mitglieder gegen die in den Betriebsgruppen gefaßten Tarifforderungen auszuspielen. Sie konnte mehrheitliche Zustimmung für ihre Prozent- und Sockelforderung erreichen.

In dem Hamburger Chemie-Betrieb Reichold-Albert-Chemie wurde etwas ähnliches benutzt, um die Auslösung des Vertrauensleutenkörpers durch den IG-Chemie-Ortsvorstand zu „begründen“. Dort war als Tarifforderung 200 DM für alle aufgestellt worden. Es wurde behauptet, eine kleine Gruppe von Extremisten habe die Arbeit des VK sabotiert, in dem an dieses Heftblatt angehängten Fragebogen wurde zur Zustimmung der Auflösung des VK durch die Kollegen aufgerufen und zur nachträglichen Zurücknahme der 200-DM-Forderung.

Wenngleich im Hamburger HBV-Versicherungsbereich sich rechte Gewerkschafter in den Betriebsgruppen nicht entsprechend formiert haben und für die Mitglieder noch ein relativ großer Spielraum für ihre Arbeit gegeben ist, werden die Angriffe auf die Arbeit der linken Gewerkschafter in diese Richtung sehr schnell verschärft werden, wobei es entscheidend davon abhängen wird, wie weit die Politik der Betriebsgruppen Ausdruck des Willens der Belegschaften ist.

Die Gewerkschaft HBV wird sich zweifellos der Heitz- und Ausschließkampagne in allen Gewerkschaften gegen fortschrittliche Gewerkschafter und insbesondere Kommunisten, die nicht in der DKP sind, anschließen. Dies teilt der Gewerkschaftssekretär auf der (oben erwähnten) Fachgruppenitzung des Groß- und Außenhandels bereits mit.

In anderen DGB-Gewerkschaften ist diese Kampagne bereits voll im Gang. Der Gewerkschaftsvorstand der HBV braucht lediglich zu übernehmen, ausdrücklich zu erklären, daß Kommunisten oder einfach jemand, der hohe Forderungen aufstellt, „antidemokratisch“ oder „antigewerkschaftlich“ sei – um auf Grundlage der Satzung Ausschüsse vornehmen zu können. Es heißt in der HBV-Satzung unter § 11 (Ausschluß der Mitgliedschaft):

1. Der Ausschluß eines Mitgliedes kann erfolgen, wenn dasselbe:

a) antidemokratische oder antigewerkschaftliche Bestrebungen von Vereinigungen, Parteien oder anderen Gruppierungen durch seine Mitgliedschaft fördert oder in Wort und Schrift bzw. durch andere aktive Mitwirkung unterstützt.

2b) Mitglieder von Organisationen, bei denen eine Mitgliedschaft nach DGB-Beschluß mit der Zugehörigkeit zu einer DGB-Gewerkschaft unvereinbar ist, sind vom Hauptvorstand ohne Ausschlußverfahren nach den vom Gewerkschaftsausschuß zu beschließenden Durchführungsbestimmungen auszuschließen.

So haben im Februar die Teilnehmer einer Arbeitstagung des Betriebsgruppenvorstandes und der Vertrauensleute im Hamburger Versicherungsbereich einstimmig festgestellt, „daß nur durch eine verstärkte Betriebsgruppen- und

Vertrauensleutenarbeit eine entscheidende Stärkung unserer Organisation zu erreichen ist“, und die Forderung nach Auswertung der bisherigen Arbeit erhoben.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Betriebsgruppe Iduna daraus den Schluß zog, daß mehr als allgemeine Mitglieder-versammlungen der Betriebsgruppen notwendig sind. Sie haben darüber hinaus ständige Arbeitsgruppen, nach Arbeitsgebiet im Betrieb bzw. in der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe gebildet, die alle in diesem Zusammenhang wichtigen Fragen diskutieren und kontinuierlich mit den Kollegen arbeiten.

Die Diskussion über die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenslage und die politischen Rechte muß verstärkt geführt werden. In diesem Zusammenhang wird die Gewerkschaftsführung die HBV-Mitglieder verstärkt an die Kandidaten nehmen und die Heitz- und Angriffe gegen oppositionelle Kräfte führen. Nur auf dem Wege der Vorbereitung der Klarheit darüber wird es möglich sein die gewonnenen Ansätze zu erhalten.

HBV-Komitee, KB-Gruppe Hamburg

Hinweis:

Aus Platzgründen kann der angekündigte zweite Teil des Artikels „Was ist Zionismus?“ nicht mehr in diese Nummer aufgenommen werden, sondern wird erst in AK Nr. 30 abgedruckt werden.

Zu diesem Thema eine Berichterstattung: In AK 28 wurde von einem Prozess berichtet, der unlängst in Israel gegen einen angeblichen „Spionage-Ring“ geführt wurde. Die angekündigte Gruppe heißt nicht – wie berichtet – „Rote Fahne“, sondern „Rote Front“.

Ebenso mußte der Abdruck des zweiten Teils des Artikels „Zur Lage der ausländischen Arbeiter“ verschoben werden.

Forts. von Seite 23

Metallindustrie: Wieder Geheimverhandlungen!

etwa 1 000 Arbeiter bei Mannesmann in Dulsburg-Hückingen zu einem dreistündigen Protest durch das Werk. Sie protestierten insbesondere dagegen, daß die Sonderzahlung wieder ohne die Arbeiter in einer Nacht- und Nebelaktion ausgehandelt wurde und forderten zusätzliche betriebliche Zugeständnisse. Als in der Rheinisch-Westfälischen Metallindustrie das Ergebnis bekannt wurde, traten 600 Arbeiter aus Protest gegen die Höhe des Ergebnisses in einen Warnstreik und forderten eine monatliche Teuerungszulage von 100 DM.

In beiden Betrieben wurden schon nach dem 8,5 % Tarifabschluß Warnstreiks mit der Forderung nach mehr Lohn durchgeführt.

Schon vor diesem Abschluß war die Bereitschaft und die Forderung aus zahlreichen Metallbetrieben nach mehr Lohn in Streiks und betrieblichen Forderungen erkennbar geworden (siehe auch Berichte in dieser Ausgabe des ARBEITER-KAMPF). Die wachsende Sorge der Kapitalisten über eine anwachsende Welle „wilder“ Streiks veranlaßte sie, mit einer mäßigen Erhöhung die Unruhe und die Kampfbereitschaft der Stahl- und Metallarbeiter zu dämpfen. Ihre Hauptsorge gilt dabei zur Zeit den Kampfkraften der Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen und der Metallarbeiter in Baden-Württemberg.

Krupp-Vorstandschef Klotzbach sagte nach dem Abschluß: „Das Ergebnis belastet zwar die Unternehmen, ist aber mit Erleichterung aufgenommen worden, da es eine Lösung zur Beseitigung der Unruhe in den Betrieben ist.“ („Neue Ruhrzeitung“ vom 26.5.)

Mit dieser Sonderzahlung haben die Gewerkschaftsführer einmal mehr eine Fortführung ihrer Tarifpolitik in Geheimverhandlungen mit den Unternehmern geboten. Gerade diese Politik ist unter den Gewerkschaftlern heftiger Kritik ausgesetzt. Mit dem Abschluß ist einmal mehr gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt worden. Die Kampfbereitschaft, die momentan günstige Lage für erfolgreiche Lohnkämpfe ist in diesen Verhandlungen auf der Strecke geblieben. Arbeitsethische, Preissteigerungen und das Scheitern von Gewinnen haben die Oberhand behalten.

Die 280 DM sind aber noch nicht das letzte Wort.

Streiks in Mannheim

Allein in den letzten 4 Wochen kam es in Mannheim und Heidelberg in etwa 10 Betrieben zu Warnstreiks für mehr Lohn und gegen Preistreikerei.

Um diese Unruhen aufzufangen, schlug IGM-Bezirksleiter Steinkühler in Stuttgart sofort nach dem Stahl-Ergebnis vor, dies auch für Baden-Württemberg zu übernehmen. („Stuttgarter Zeitung“ vom 26.5.)

Seit dem 24.5. streiken in der Mannheimer Landmaschinenfabrik John Deere etwa 2 600 Arbeiter und Angestellte für mehr Lohn. Am Montag, dem 28.5. wuchs die Zahl der Streikenden gegenüber den Vortagen noch an, da sich die Angestellten mit den 2 000 Arbeitern solidarisierten. Die Forderungen der Kollegen sind: 70 Pfennig mehr Stundenlohn und 120 DM Gehaltserhöhung! Aktive Streikbeteiligung geht vor allem von den ausländischen Kollegen aus (Deere beschäftigt 22 verschiedene „Länder“!), die immer wieder Kontrolltrupps durch das Werk schicken, um Streikbrecherarbeiten zu verhindern. Die Unternehmensleitung hat den Arbeitern Polizeieinsatz angedroht, da angeblich 2 Arbeiter, die „arbeitswillig“ waren, verprügelt worden sind.

In einem 6-tägigen Streik forderten 300 Arbeiter im Stahlwerk Mannheim GmbH eine Erhöhung der Löhne und Gehälter. In der kleinen Mannheimer Maschinenfabrik Con streikten 34 Arbeiter für eine Lohnerhöhung. In Heidelberg sind im amerikanischen Landmaschinenkonzern International Harvester ebenfalls seit dem 24.5. 5 600 Arbeiter in den Streik getreten. Sie fordern zusammen mit ihren Kollegen im Harvester-Werk Neuß: Erhöhung des Tariflohns, eine betriebsinterne Zulage und einen Zuschlag zum bisherigen Weihnachtsgeld, sowie Bezahlung der Streikzeit. Die Unternehmensleitung erklärte, daß sie nicht vor Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln will.

Die Streiks bei John Deere und Harvester dauerten bei Redaktionsschluß noch an. Bereichsleitung Metall KB-Gruppe Hamburg

Karmann-Ghia:

Ausländerhetze gegen streikende Kollegen!

Im Osnabrücker VW-Karmann-Werk traten am 8.5. etwa 1 600 spanische und portugiesische Arbeiter geschlossen in den Streik.

Die Unternehmensleitung hatte sich geweigert, den aus „produktionstechnischen Gründen“ für die Zeit vom 23.7. – 10.8. festgesetzten Betriebsurlaub zu verlängern.

Für die ausländischen Kollegen bedeutet das: nur 15 Tage von ihrem Tarifurlaub zwischen 18 und 24 Tagen. Von diesem Urlaub gehen dann noch Tage für die schwerliche Hin- und Rückreise ab, so daß von Erholung wohl kaum die Rede sein kann.

Als ihre Forderung nach einem zusammenhängenden Urlaub von der Unternehmensleitung abgelehnt wurde, da „zu viele hiervon Gebrauch machen wollten“ und mit dem zynischen Hinweis, sie könnten ja Heimurlaub in zwei Teilen nehmen, was bedeutet, zweimal die teuren Fahrtkosten zu bezahlen, war das Maß voll.

Die Arbeiter traten in den Streik und wählten sich eine Verhandlungskommission. Die Unternehmensleitung weigerte sich jedoch zu verhandeln – mußte aber dann



Streikende Arbeiter vor dem Werkstor

unter dem Streikdruck den Forderungen nachgeben.

Unter großem Jubel wurde das Ergebnis aufgenommen und der Beschluß gefaßt, mit der Forderung nach Bezahlung der Streikzeit den

Streik fortzusetzen. Diese Forderung konnte jedoch trotz des insgesamt 30 Stunden andauernden, über drei Tage reichenden Streiks nicht durchgesetzt werden – einzig die Zusage, den ausgefallenen Verdienst durch Nacharbeiten aufzuholen, wurde erreicht.

Dieser bisher einmalige Streik ausländischer Arbeiter wurde mit großem Selbstbewußtsein und großer Solidarität geführt. Im vollen Bewußtsein ihrer Stärke – bei Karmann lag durch den Streik die gesamte Produktion still – widersprach diese Aktion dem von Feinden und Spaltem der Arbeiterklasse verbreiteten Klischee, die „Gastarbeiter“ seien doch nur zum „Rangklotzen und Geldverdienen“ hier. Im Gegenteil, von der Geschlossenheit und Solidarität dieser Aktion können wir alle lernen, sie war ein Schritt in der Richtung der Entwicklung einer einheitlichen Kampffront aller Arbeiter – gemeinsamer Feind – gemeinsamer Kampf.

Ein Teil der Unternehmerpresse und der Rundfunk benutzten die Kampfkraft, um mit offenem und verstecktem Rassismus, mit nationaler Überheblichkeit Front gegen unsere ausländischen Kollegen zu machen. Mit Schlagworten wie „Gastarbeitermentalität“ wurde die Aktion abgetan. In vielen Kommentaren kam zum Ausdruck: jetzt streiken sogar schon die Gastarbeiter, wo sie doch froh sein können, daß wir sie bei uns arbeiten lassen. Die „Frankfurter Rundschau“ etwa sprach von den „aus entlegenen Gebieten Südwesteuropas herangeholten Spaniern und Portugiesen“.

Den Gipfel erreichte allerdings die „Bild“-Zeitung, die es fertigbringt, den Karmann-Streik in faschistischer Manier in einem Alcmuz mit einer Meldung über eine Messerstecherei, an der außer Deutschen auch „Gastarbeiter“ beteiligt waren, zu nennen.

Gegen Rassismus und nationale Überheblichkeit die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse. Gewerkschaftskommission des KB-Gruppe Hamburg

Jetzt streiken auch Gastarbeiter

Aschaffenburg/Osnabrück, 8. Mai
Zum erstenmal sind die Gastarbeiter einer deutschen Firma geschlossen in Streik getreten. Im Autowerk Karmann-Ghia streiken seit gestern 1500 Portugiesen und Spanier. Sie fordern mehr Urlaub. Und: zum erstenmal haben sich Gastarbeiter mit Deutschen eine blutige Straßenschlacht geliefert, bei der es einen Toten und mehrere Verletzte gab. Mit Messern, Holzknütteln und Bierflaschen gingen etwa 70 Italiener und Aschaffenburg-Bürger aufeinander los. Auf dem Straßenpflaster verblutete ein 24-jähriger deutscher Autverkäufer.

Dieser Artikel stammt nicht aus Hitlers „Völkischer Beobachter“, sondern aus der „Bild“-Zeitung vom 8.5.73.

Merck räumt auf! Wieder zehn Lehrlinge gefeuert

1972 wurden im Bundesgebiet 280 gewerkschaftliche Jugendvertreter und Tausende von Lehrlingen während und nach ihrer Lehre rausgeworfen. In vielen Firmen können politisch und gewerkschaftlich aktive Jugendliche von vornherein sicher sein, daß sie nach der Lehre keine Anstellung im Lehrbetrieb finden.

Erfolgt unmittelbar kein Rauschmiß – sind Lehrlinge, die sich gewerkschaftlich und politisch für die Belange ihrer Kollegen einsetzen besonders der Repression der Geschäftsleitung und ihrer Handlanger ausgesetzt.

Nur ein Beispiel der letzten Zeit: Bei Beiersdorf schrieb die Geschäftsleitung einen Brief an die Jugendvertretung:

„Die Jugendvertretung sollte prüfen, ob nicht der Zeitaufwand für ihre Arbeit zu groß ist, so daß eventuell ihre Ausbildung darunter leiden würde.“

Ein Fall, der etwas größere Kreise zog, ist die erneute Entlassung von zehn Lehrlingen in der Chemischen Fabrik MERCK in Darmstadt im März dieses Jahres. Die Entlassungen erfolgten direkt nach Abschluß der Lehre. Die Begründung war die übliche und für alle Zehn gleich:

– Mangel an Arbeitsplätzen
– Die Leistungen sind nicht ausreichend.

Beides konnte sofort von den Lehrlingen und dem angerufenen Betriebsrat widerlegt werden:

– Es herrscht kein Mangel an Arbeitsplätzen, im Gegenteil, die Firma Merck wachte in Zeitungsinserten Bewerber für die sieben „freigeordneten“ Stellen.
– Die Leistungen der Lehrlinge

waren gut, zum Teil sogar überdurchschnittlich, einige hatten ihre Lehre ein halbes Jahr früher abgeschlossen.

So hieß die Entlassungsbegründung später ganz anders:

„Leistungen und Prüfungsergebnisse allein sind keine genügende Grundlage für ein Arbeitsverhältnis.“

und weiter:
„Der persönliche Gesamteindruck der Entlassenen ist unzureichend.“

Was nun hatte dem „persönlichen Gesamteindruck“ dieser Lehrlinge nach Meinung der Geschäftsleitung so sehr geschadet, daß sie trotz qualifizierter Arbeit und freier Stellen kurzerhand vor die Tür gesetzt worden sind?

In den letzten 2 Jahren hatten diese 10 Lehrlinge sich am aktivsten am Aufbau einer gewerkschaftlichen Jugendgruppe beteiligt.

Außerdem waren 4 der Lehrlinge gewählte Jugendvertreter und es gelang, die Arbeit dieser beiden Gruppen zu koordinieren. Jugendvertretung und Jugendgruppe beschäftigten sich mit den Problemen der Lehrlinge und versuchten in Aktionen zusammen zu „fassen“ den älteren

Kollegen einige Forderungen durchzusetzen. Die Jugendgruppe hatte großen Zulauf, viele Lehrlinge wendeten sich an die Jugendvertretung. Die Lehrlinge und auch ein Teil der älteren Kollegen unterstützten z.T. aktiv Forderungen und Aktionen der Jugendvertretung und der gewerkschaftlichen Jugendgruppe.

Ständige Konflikte und Auseinandersetzungen mit den Ausbildungsleitern waren nur der Anfang. Jetzt hat die Merck-Geschäftsleitung die günstige Gelegenheit beim Schopf gepackt und versucht, die gewerkschaftliche Interessensvertretung durch den Rauschmiß zu zerkleinern.

Dieses Vorgehen ist auch bei Merck nichts neues, 1971 wurden nach dem Lohnstreik 18 Lehrlinge, die sich am Streik beteiligt hatten, gefeuert. Heute wie 1971 protestierten nicht nur die Lehrlinge, sondern auch die älteren Kollegen gegen diese Maßnahmen.

In mehreren Flugblättern wurde der Sachverhalt geschildert und zur Solidarität mit den Entlassenen aufgerufen. Und die Merck-Arbeiter stellten sich hinter ihre jüngeren Kollegen. Mehrere Hundert strichen zu einer öffentlichen Kundgebung, um gegen die Entlassungen zu protestieren, in einem Fernsehinter-

view vor den Werkstoren solidarisierten sich sämtliche befragten Kollegen mit diesen Lehrlingen. Klar war, diese Entlassung pickt einige heraus, trifft diejenigen, bei denen es ziemlich einfach ist, sie nach der Lehre mit hergezogenen „Argumenten“ rauszuwerfen; da hat ja nicht mal ein Gesetz vor, das die Kapitalisten noch übergehen müßten. Die Entlassungen richten sich aber gegen alle aktiven Gewerkschafter, alle fortschrittlichen Kollegen, sie sollen die direkt Betroffenen fertigmachen, die Aktiven beiseite, die anderen Kollegen dazu einschüchtern. Die erwartete Einschüchterung fand jedoch nicht statt, wie die Aktionen gegen die Entlassungen zeigen.

Der Betriebsrat hat von den Vertrauensleuten den Auftrag bekommen, eine Betriebsvereinbarung abzuschließen, die sicherstellen soll, daß die Ausbildungspolitik des Betriebes in Zukunft die Nichtweiterbeschäftigung nach bestandener Lehre ausschließt.

Jedoch sind Entlassungen durch die Kapitalisten keine Frage von Gesetzen (die können Entlassungen höchstens erschweren), sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital, in der konkreten Auseinandersetzung.

Die Lehrlinge kommen auf die schwarze Liste

Einer der entlassenen Lehrlinge hatte sich bei dem Chemie-Betrieb Röhm in Darmstadt beworben. Der Vertrag war schon fast perfekt, dann wurde er nach seiner Lehrma befragt. Als der Rauschmiß offenbar wurde, erfolgte eine Absage; Begründung:

Es ist schon ein großer Makel, wenn man bei einer so renommierten Firma wie Merck nach der Lehre nicht weiterbeschäftigt wird. Der Lehrling sucht hi heute noch.

Ein anderer Lehrling schrieb 12 Betriebe an und bekam überall eine Absage. Aus Geldnot nahm er eine Stelle als Packer bei der Firma Dugens an. Nachdem er 6 weitere Firmen abgeklappert hatte, bekam er eine Anstellung, die, in etwa seiner Ausbildung entspricht. Allerdings hat er jetzt einen Weg von 2 Stunden An- und Abfahrt.

Merck-Direktor Ewert auf die Frage des „Frankfurter Rundschau“, warum er nicht Lehrlingen und Betriebsrat eine Begründung für den Rauschmiß gegeben hätte (die Begründung „persönlicher Gesamteindruck“ erfolgte erst ziemlich spät!): „Die Chancen der jungen Leute bei der Bewerbung um einen anderen Arbeitsplatz sollten nicht durch eine öffentliche Diskussion beeinträchtigt werden.“

Beeinträchtigt werden sollte nicht der „Arbeitsfrieden“ im Betrieb durch eine öffentliche Diskussion, das Botschaftssystem der Kapitalisten über schwarze Listen funktioniert so und so einwandfrei.

Jugendkommission des Chemie-Bereichs, KB-Gruppe Hamburg